Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Nr. 4
Dezember 2025

DGAP ANALYSE

Anatomie der Anti-Zeitenwende

Konturen einer AfD-Außenpolitik

Jacob Ross
Research Fellow,
Europa-Zentrum

Wird über die AfD gesprochen, geht es meist um Themen wie Zuwanderung und innere Sicherheit. Außenpolitischen Analysen der Partei bleiben oberflächlich, Einordnungen wie etwa „anti-europäisch" oder „pro-russisch" werden nicht ausgeführt. Die vorliegende Auseinandersetzung mit Denkern und Ideen, die die AfD und ihr Parteivorfeld inspirieren, möchte dazu beitragen, diese Lücke zu füllen. Und sie zeigt, dass die Partei international nicht so isoliert dasteht, wie die deutsche Debatte häufig suggeriert.

- Interessen statt Werte: Deutsche Außenpolitik soll sich künftig nicht mehr an Werten, sondern vor allem an (nationalen) Interessen orientieren. Damit gleicht die AfD-Position der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft.
- Multipolare Weltordnung: Das Abwenden von der Idee des kollektiven Westens des 20. Jahrhunderts bereitet für die AfD den Weg in eine zukünftig multipolare Weltordnung. Die Partei sieht in dieser Veränderung Chancen – auch für Deutschland.
- Wider den Universalismus: Die ersten beiden Punkte bestärken viele AfD-Vordenker und Politiker in ihrer Ablehnung universeller Ansprüche in der internationalen Politik. Sie passen damit zu einer auch im Westen wachsenden postliberalen Strömung.
- Zwischen MAGA und Putin: Die aggressive Infragestellung der internationalen liberalen Ordnung durch die aktuelle US-Regierung stellt bisherige außenpolitische Gewissheiten der AfD in Frage. Hier schwelt ein innerparteilicher Richtungsstreit.

Mit Unterstützung der

ZEIT STIFTUNG BUCERIUS

Inhalt

Executive Summary **4**
Einführung **5**
Zur Methodik **8**

1. Erklärungen und Einordnung zum deutschen Umgang mit Rechtsaußen **9**
1.1 Deutsche Eigenheiten: das BfV, Begrifflichkeiten und die Brandmauer 9
1.2 Keine deutsche Eigenheit: der globale (Rechts)populismus 13
1.3 Die AfD und die neue „Neue Rechte“ 17
1.4 Metapolitik, Gramscianismus von rechts und kulturelle Hegemonie 20

2. Liberalismuskritik und die schwere Wahl zwischen Ost und West **23**
2.1. Der globale Liberalismus in der Krise 23
2.2 Unverhoffte Schützenhilfe aus Washington 26
2.3 Russlandfaszination auf der Probe 29
2.4 Gegenmodelle: Ostdeutschland, Mitteleuropa und Eurasien 32

3. Europäisch denken, die EU verändern **35**
3.1 Europäische Vernetzung der Rechtsaußen-Parteien 35
3.2 Ungarn, „Eurasien“ und das illiberale Europa 38
3.3 Gegen die EU – für ein Europa der Nationen 40
3.4 Renaissance eines zivilisatorisch definierten Europas 43

4. Multipolare Weltordnung: Wo die AfD sich fortschrittlich gibt **47**
4.1. Multipolarität: Ein umkämpfter Begriff 47
4.2. Das Ende der USA als unipolarer, liberaler Hegemon 50
4.3. Ein europäischer Pol in einer multipolaren Welt 52
4.4. Globale Anschlussfähigkeit der AfD 54

5. Fazit **58**

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Politik sucht weiter nach einem Umgang mit der Alternative für Deutschland (AfD). Debatten konzentrieren sich dabei meist auf die Innenpolitik. Weil die AfD zuletzt in Umfragen auf Bundesebene konstant vor den Unionsparteien lag und in den Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sogar eine absolute Mehrheit gewinnen könnte, spitzt sich die Frage, wie mit der Rechtsaußen-Partei umzugehen ist, aktuell zu. Bundeskanzler Friedrich Merz hat seine Absage an eine Zusammenarbeit zwischen Union und AfD, ob in einer Koalitionsregierung oder durch die Tolerierung einer Minderheitsregierung, wiederholt mit den außenpolitischen Positionen der Partei begründet: der historischen Gegnerschaft zum Euro etwa oder der Russlandnähe von Teilen der AfD.

Dass der Umgang mit Rechtsaußen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte in Berlin ein anderer ist, als in Paris, London oder Washington, liegt auf der Hand. Die Brandmauer-Debatte wird in Deutschland grundlegender geführt und mit dem Parteienverbot oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) haben die Verfassungsorgane Instrumente zur Verfügung, die es andernorts nicht gibt. Wer einen Blick über die deutschen Grenzen hinauswirft, erkennt jedoch schnell, dass viele Fragen, die derzeit in Deutschland gestellt werden, in vergleichbarer Dringlichkeit in fast allen wichtigen Partnerstaaten auch gestellt werden: Der Aufstieg der AfD ist mitnichten eine deutsche Eigenheit, sondern Teil eines globalen Phänomens.

Dieser Umstand ist zunächst für den Umgang mit der AfD wichtig, verändert zunehmend aber auch die Debatten in der Partei. Für das außenpolitische Selbstverständnis der Rechtsaußen ist es ein entscheidender Unterschied, gegen ein gefestigtes Establishment anzukämpfen oder – und das ist der wachsende Eindruck in der AfD – Teil eines weltweiten Trends zu sein, der spätestens mit der Wiederwahl Donald Trumps im November 2024 auch in Europa Momentum gewonnen hat. Diese Veränderung birgt Chancen, aber auch Risiken für die AfD. Besonders in der Außenpolitik setzt sie eine Professionalisierung und Aktualisierung vergangener Positionen voraus, die zwangsläufig innerparteiliche Kämpfe zur Folge haben wird.

Dabei kämpft die AfD längst nicht mehr nur in Deutschland und Europa um Anschlussfähigkeit. Aufmerksamen Beobachtern der internationalen Beziehungen wird nicht entgangen sein, dass die Infragestellung der sogenannten „liberalen, regelbasierten Ordnung", die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter US-Führung geschaffen wurde, in vollem Gange ist. Dass wir in einer Zeit großer Umbrüche leben, ist eine Floskel. Mit dem Begriff „Zeitenwende" hat Bundeskanzler Olaf Scholz nach der russischen Invasion der Ukraine versucht, die damit einhergehenden Veränderungen zu kanalisieren und für Deutschland konstruktiv zu nutzen. Die Interpretation des Begriffs bleibt aber umstritten und die AfD erarbeitet Programme, die den Prozessen, die im Februar 2022 angestoßen wurden, an vielen Stellen konträr entgegenlaufen. Welche Version der Zeitenwende sich am Ende durchsetzt, ist völlig offen. Höchste Zeit also, sich mit der „Anti-Zeitenwende" der AfD auseinanderzusetzen.

Dass die AfD vielfach nicht mehr gegen internationale Trends ankämpft, sich im Gegenteil oft einreiht, zeigen die folgenden außenpolitischen Positionen der AfD, die das Ergebnis dieser Studie sind:

1 **Interessen statt Werte:** Deutsche Außenpolitik soll sich nicht an Werten, sondern vor allem an (nationalen) Interessen orientieren. Die AfD gleicht sich damit der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft an.

2 **Europa, nicht „der Westen":** Die europäische Identität Deutschlands und die Mitgliedschaft in der EU werden in der AfD immer weniger infrage gestellt. Teile der Partei verneinen aber die Zugehörigkeit zu einem „kollektiven Westen".

3 **Multipolare Weltordnung:** Das Abwenden von der Idee des kollektiven Westens des 20. Jahrhunderts bereitet für die AfD den Weg in eine zukünftig multipolare Weltordnung. Die Partei sieht in dieser Veränderung Chancen – auch für Deutschland.

4 **Wider den Universalismus:** Die ersten drei Punkte bestärken viele AfD-Vordenker und Politiker in ihrer Ablehnung universeller Ansprüche der internationalen Politik. Sie passen damit zu einer weltweit wachsenden postliberalen Strömung.

5 **Taktischer Transatlantismus:** Donald Trump und das MAGA-Weltbild verschaffen der AfD aktuell unverhoffte Vorteile. Zunehmend versucht die Partei, Sympathien in Washington auch innenpolitisch zu nutzen.

6 **Russland als Partner:** Teile der AfD, besonders in Ostdeutschland, positionieren sich seit Langem pro-russisch. Hier stellt sich in der Partei zunehmend die Frage, ob eigene Positionen einer zukünftigen Koalitionsfähigkeit geopfert werden sollen.

EINFÜHRUNG

Seit geraumer Zeit macht ein Zitat die Runde, das dem italienischen marxistischen Philosophen Antonio Gramsci zugeschrieben wird: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Es ist die Zeit der Monster".[1] Das Zitat stammt aus den 1930er Jahren. Rund hundert Jahre später verwendete es General Alfons Mais, Inspekteur des deutschen Heeres, anlässlich eines Neujahrsempfangs in Münster.[2]

Diese düstere Zustandsbeschreibung umreißt auch den Hintergrund und den Rahmen dieser Untersuchung: Am 24. Februar 2022 begann Russland seinen Angriffskrieg auf die Ukraine. Drei Tage später rief der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine „Zeitenwende" aus. Sein Nachfolger, der gegenwärtige Bundeskanzler Friedrich Merz, ergänzte Anfang 2025 einen „Epochenbruch", nachdem Donald Trump zum zweiten Mal zum amerikanischen Präsidenten gewählt worden war und seither alle bisherigen Gewissheiten der westlichen Welt infrage stellt.

Der folgende Text geht davon aus, dass beiden Begriffen, sowohl der „Zeitenwende" als auch dem „Epochenbruch", die gemeinsame Überzeugung zugrunde liegt, dass Deutschland und die EU autonomer werden und sich aus den Abhängigkeiten lösen müssen, die sie an Autokratien wie Russland und China, aber auch an Verbündete wie die Vereinigten Staaten binden. Und dass Deutschland angesichts tektonischer Verschiebungen massiv seine eigene Wehrfähigkeit erhöhen muss. Sowohl in Berlin als auch in vielen anderen europäischen Hauptstädten nimmt man an – oder schließt es jedenfalls nicht aus –, dass Russlands Angriff auf die Ukraine keine Ausnahme in einer ansonsten regelbasierten Weltordnung ist, sondern die neue Regel in einer Welt, die vorerst keine universelle Ordnung mehr kennt. Bundeskanzler Merz drückte es im November 2025 wie folgt aus: „Wir sind heute […] Zeitzeugen einer […] grundlegenden neuen Weltordnung. Wir wissen noch nicht, wie sie in einigen Jahren aussehen wird. Aber […] dass die Weltordnung, die wir im Westen in den letzten 80 Jahren und im Osten in den letzten 35 Jahren kennengelernt haben […] an ihr Ende gekommen ist".[3]

Gramsci nannte die Zeit des Übergangs ein „Interregnum". In Think Tank-Kreisen sprach man zuletzt von „Polykrisen". Beide Begriffe sind unpräzise und wirken hilflos. Es fehlt offenbar an klaren Kategorien, um die großen Veränderungen genauer zu erfassen.

In dieser Unordnung sah die außenpolitische Koordinatorin der Wochenzeitung DIE ZEIT, Anna Sauerbrey, schon 2023 Möglichkeiten für Neuanfänge, sie schrieb über „Chaos als Chance".[4] Doch Chaos nutzt häufig vor allem jenen, die den Status quo für sich und ihre Stellung im politischen Gefüge als ungerecht empfinden, als Korsett, das neuen Kräfteverhältnissen nicht ausreichend Rechnung trägt. Das trifft in Deutschland auf die Alternative für Deutschland (AfD) zu, die aufgrund ihrer radikalen Positionen von den anderen Parteien ausgegrenzt wird.[5]

Die Forderung nach Anerkennung der neuen Kräfteverhältnisse spiegelt dabei nur oberflächlich eine weitere Erkenntnis wider: Wer die Außenpolitik der AfD und von Rechtsaußen-Parteien und Bewegungen überall im Westen, von Washington über London und Paris bis nach Berlin, verstehen möchte, muss sich mit ideengeschichtlichen Grundlagen jener Konflikte beschäftigen, die eigentlich seit vielen Jahrzehnten als endgültig befriedet gelten.

Einen Einstieg bietet der französische Philosoph und Publizist Alain de Benoist, ein zentraler Vordenker der Neuen Rechten, die in den USA und Europa zunehmend in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit gerät. Als Student im Paris der 1960er und 1970er, schuf de Benoist eine ideologische Gegenbewegung zur linken 68er-Revolution, gründete gemeinsam mit Mitstreitern den *Groupement de Recherche et des Etudes pour la Civilisation Européenne* (GRECE), einen

1 Vgl. Antonio Gramsci in Albrecht von Lucke 2025, *Die Zeit der Monster und die Ära der Verheerung*, Januar 2025, (https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/januar/die-zeit-der-monster-und-die-aera-der-verheerung#_ftn1) (abgerufen am 10.10.2025). Das präzise Zitat lautet: „Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen."

2 Martin Kalitschke 2025, *Inspekteur des Heeres: „Die alten Gewissheiten gibt es nicht mehr* (https://www.wn.de/muenster/muensterinspekteur-des-heeres-die-alten-gewissheiten-gibt-es-nicht-mehr-neujahrsempfang-3227674?pid=true&ueg=default), (abgerufen am 23.11.2025)

3 Vgl. Friedrich Merz, *Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit*, November 2025 (https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-wirtschaftsgipfel-sz-2394206), (abgerufen am 23.11.2025)

4 Vgl. Anna Sauerbrey, *Chaos als Chance*, September 2023 (https://www.zeit.de/2023/39/multipolare-welt-fuehrungsmaechte-westen), (abgerufen am 13.10.2025)

5 In eingeschränkterem Maße auch auf die Parteien Die LINKE und Bündnis Sarah Wagenknecht. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich aber bewusst auf die AfD.

Kreis von Rechtsaußen-Intellektuellen.[6] Fünfzig Jahre später beobachtet der inzwischen 82-jährige von seinem Wohnsitz im Pariser Umland aus, wie seine Ideen wieder aufgenommen werden und junge neurechte Vordenker weit über Frankreich hinaus beeinflussen. Wie Gramsci in den 1930er Jahren, der für ihn ein wichtiger Bezugspunkt bleibt, beschreibt de Benoist den gegenwärtigen Zustand der Welt als eine „Übergangsphase", eine Zwischen- und Krisenzeit, in der alles unsicher scheine.[7] De Benoist ist einer von fünf Vordenkern, denen der amerikanische Philosoph Matthew Rose sich in seinem 2021 erschienenen Buch „A World After Liberalism" widmet. Darin analysiert Rose den Postliberalismus, eine bis vor Kurzem noch recht unbekannte ideengeschichtliche Strömung, die nun neurechte Denker und Politiker beeinflusst – etwa den gegenwärtigen US-Vizepräsidenten J.D. Vance.

Im Vorwort beklagt Rose ein Versäumnis im Umgang mit rechten Denkern und Ideen, das auch die hier vorliegende Untersuchung bestätigt. Rose schreibt, dass die „radikale Rechte"[8] in der vorherrschenden politischen Kultur des Westens derzeit als das „Andere" ausgegrenzt werde, ihre Denker würden in Universitäten nicht diskutiert, ihre Bücher in Bibliotheken nicht verliehen, ihre Ideen blieben einem breiten Publikum unbekannt, der mediale Mainstream kenne sie nicht. Und doch, so Rose: Wer den „Lärm" sozialer Medien ignoriere, aufmerksam lese und zuhöre, der werde einen Generationenwechsel auf der intellektuellen Rechten konstatieren.[9] Dass der lange übersehen wurde, liegt laut Rose daran, dass Debattenräume in den vergangenen Jahren rechts und links immer enger geworden seien.

Seine Diagnose trifft auf die deutsche außenpolitische Debatte jedenfalls zu. Viele der im folgenden Text behandelten neurechten Denker und Konzepte werden in Deutschland kaum oder nur in Kreisen Gleichgesinnter diskutiert. Diese Verengung von Debattenräumen kann aus demokratietheoretischer Perspektive bedauert werden. Und Analysten und Think Tanks könnten sich sorgen, dass der Blick auf Trends verstellt wird, die nicht verschwinden, weil sie im politischen Berlin kaum diskutiert werden.

Seit der Wiederwahl Donald Trumps 2024 ist in einer neuen Generation neurechter Denker das Interesse an postliberalen Strömungen erwacht. Im April 2025 schrieb die Politikwissenschaftlerin Carlotta Voß, wer den Liberalismus verteidigen wolle, müsse „auf das Feld der Ideen zurück" und diese „Beschäftigung mit dem ideologischen Treibstoff dieser neuen historischen Kräfte" fehle bislang.[10]

Die Beschäftigung hat zuletzt deutlich zugenommen. Der Großbritannien-Korrespondent von DIE ZEIT, Jochen Bittner, berichtete vom Parteitag der derzeit in allen Umfragen führenden rechtspopulistischen *Reform-UK*: Ihrem Anführer Nigel Farages gehe es „um nicht weniger als eine kulturelle Wende […] offenbar hat Farage einen schlummernden Gegen-Zeitgeist angezapft".[11] Anne Hähnig, auch sie ZEIT-Journalistin, schreibt zum Rechtspopulismus, er sei „keine reine Protestbewegung" mehr, sondern existiere „aus sich heraus, aufgrund der Stärke seiner Idee", die aber, wie Hähnig anmerkt, „merkwürdig unterbelichtet" bleibe.[12] Zustimmung findet sie bei Nikolaus Busse von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Im September 2025 schrieb er in einem Artikel unter der Überschrift „Wir erleben eine Revolution", dass Trump oder die AfD nicht mehr nur „aus Protest […] sondern für ihre Weltanschauung gewählt werden".[13] Laut Busse habe der Rechtspopulismus mittlerweile eine „global verbreitete Weltanschauung hervorgebracht".

Auch die hier vorliegende Untersuchung plädiert dafür, sich eingehend mit der Weltanschauung der Rechtsaußen zu befassen. Nur wer sich mit ihr beschäftigt, wer dahinterstehende Ideen und Ideologien kennt, kann sich informiert mit ihr auseinandersetzen. Der Politikwissenschaftler Philipp Manow hat es treffend

6 Einer von ihnen, Emmanuel Leroy, sollte später außenpolitischer Berater und Redenschreiber der französischen Rechtspopulistin Marine Le Pen werden – vgl. Manni Crone und Ian Klinke, *Ruptures on the right. The Franco-German far right after Ukraine*, 2025, Danish Institutefor International Studies (DIIS). DIIS Report Vol. 2025 No. 06, 21 (https://pure.diis.dk/ws/files/27479238/The_Franco-German_far_right_after_Ukraine_DIIS_Report_2025_06.pdf), (abgerufen am 23.11.2025)

7 Vgl. Gespräch im Juli 2025

8 Rose schreibt von der „radikalen Rechten". Die vorliegende Untersuchung ordnet die Ideen und Programme der AfD und anderer Bewegungen und Parteien als „rechtsaußen" ein.

9 Vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism,* 2021, Yale University Press, New Haven & London, 3 ff.

10 Carlotta Voß, *Für Gott und gegen das Böse*, April 2025 (https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/april/fuer-gott-und-gegen-das-boese), (abgerufen am 21.10.2025)

11 Jochen Bittner, *Der Anti-Dutschke plant die Konterrevolution*, September 2025, (https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/nigel-farage-reform-uk-parteitag-birmingham), (abgerufen am 13.10.2025)

12 Anne Hähnig, *Das ist doch kein Protest!*, September 2025 (https://www.zeit.de/kultur/2025-09/rechtspopulismus-waehlerschaft-globalisierung-diskussion), (abgerufen am 13.10.2025)

13 Nikolas Busse, *Wir erleben eine Revolution*, September 2025, (https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erfolge-von-trump-oder-afd-wir-erleben-eine-revolution-110670810.html), (abgerufen am 13.10.2025)

beschrieben: Man komme „nicht umhin, genauer hinzuschauen, wenn man das gegenwärtige Geschehen verstehen statt nur verurteilen will".[14]

Die Analyse der Neuen Rechten und das Eintreten für offene Debatten ist eine Gratwanderung. Wer das tut, gerät schnell in den Verdacht, mit den Ideen der Rechtsaußen zu sympathisieren. Diese Sorge schimmert in vielen Beiträgen zum Thema durch, zumindest zwischen den Zeilen. So sorgte im Juni 2025 ein Artikel des ZEIT-Journalisten Robert Pausch mit der Überschrift „Rechts dreht auf" für Aufregung. Er hatte sich ein langes Streitgespräch zwischen dem Bundestagsabgeordneten Maximilian Krah und dem neurechten Verleger Götz Kubitschek angehört und bilanziert: „Das Gespräch […] gehört zum Interessantesten, was politische Parteien und ihr intellektuelles Vorfeld zuletzt hervorgebracht haben." Pausch fragte kritisch, warum „strategische Diskussionen mit Tiefe und Substanz derzeit nur innerhalb der radikalen Rechten stattfinden?"[15] Auch die Deutschlandfunk-Reihe „Gefährliches Denken verstehen", veröffentlicht im September 2025, diskutierte eingangs ausführlich, wann „verstehen zu billigen wird".[16] Schließlich sei der Versuch, „rechtes und rechtsextremes Denken [zu] verstehen", eine „risikoreiche Beschäftigung". Der Autor Nils Schniederjann versteht seine Recherche allerdings auch als „Plädoyer, sich mit etwas zu beschäftigen, was man nicht gutheißt".[17]

In diesem Sinne möchte sich auch der folgende Beitrag verstanden wissen.

Im Zuge der von Olaf Scholz 2022 ausgerufenen „Zeitenwende" und des von Friedrich Merz 2025 beschworenen „Epochenbruchs" schmieden Rechtsaußen eigene Pläne, benutzen aber oft dieselben Begriffe. So behauptete der AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf, bis Mai 2025 außenpolitischer Sprecher seiner Partei, Anfang 2025 im Bundestagsplenum mit Blick auf den Wiedereinzug Donald Trumps ins Weiße Haus: „Die Zeitenwende beginnt jetzt!"[18] Angesichts der anhaltend hohen Umfrage- und Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in allen westlichen Staaten und der AfD in Deutschland, ist es Zeit, sich eingehend mit der entsprechenden Weltanschauung zu befassen. Die Recherchen und Interviews, die dieser Studie zugrunde liegen, liefern stichhaltige Argumente dafür, dass Moosdorf Recht behalten könnte und Europa und der Westen vor großen Umbrüchen stehen.

Ob die deutsche Politik und Gesellschaft auf diese Umbrüche vorbereitet sind, darf bezweifelt werden. Im Oktober 2025 umriss der Kölner Psychologe Stephan Grünewald, der kurz zuvor Bundeskanzler Merz auf der Präsidiumssitzung der CDU zum Umgang mit der AfD beraten hatte, im Podcast des stellvertretenden Chefredakteurs der BILD-Zeitung, Paul Ronzheimer, den Gemütszustand der Deutschen. Die vorliegende Untersuchung geht davon aus, dass sich seine Beobachtung auf die deutsche Außenpolitik übertragen lässt:

„*Die Zeitenwende, die Kanzler Scholz vor drei Jahren ausgerufen hat, hat psychologisch betrachtet gar nicht stattgefunden. Für eine Zeitenwende bräuchte es eine Vorstellung von einer neuen Zeit, Zeitenwende würde bedeuten: Man nimmt Abschied von einer vergangenen Zeit, die unwiderruflich verloren gegangen ist – beides gibt es nicht. Sondern die Menschen sind eher in einer Art Nachspielzeit. […] Die Gesellschaft ist überhaupt nicht in einer visionären Aufbruchsstimmung, sie spielt auf ‚halten', flüchtet sich eher in den Blick in den Rückspiegel.*"[19]

14 Vgl. Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 117

15 Vgl. Robert Pausch, *Rechts dreht auf*, Juni 2025 (https://www.zeit.de/2025/26/strategie-afd-maximilian-krah-goetz-kubitscheck-gruene), (abgerufen am 13.10.2025)

16 Vgl. Catherine Newmark und Nils Schniederjann, *Gefährliches Denken verstehen*, September 2025, (https://www.deutschlandfunkkultur.de/feature-reihe-ueber-neue-rechte-gefaehrliches-denken-verstehen-100.html), (abgerufen am 13.10.2025)

17 Ebd.

18 Matthias Moosdorf, *Plenarprotokoll 20/209*, 135 f., Januar 2025, (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20209.pdf#P.27149), (abgerufen am 13.10.2025)

19 Stephan Grünewald in Paul Ronzheimer, Oktober 2025, (https://open.spotify.com/episode/4BWwpxLR216aD3rOLvvhum?si=sWT3eo6wSSuwvJPFfx-Zyg&nd=1&dlsi=c14ab974b99849eb), (abgerufen am 30.10.2025)

ZUR METHODIK

Inhalte und Erkenntnisse der vorliegenden Untersuchung beruhen auf einer Literaturrecherche, die durch Gespräche mit Wissenschaftlern, AfD-Politikern[20] und Autoren aus dem Umfeld der Partei ergänzt wurden. Diese Gespräche sind in den Fußnoten entsprechend ausgewiesen.

Die Arbeit erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und möchte sich ausdrücklich als ein Debattenbeitrag verstanden wissen. Der Umgang mit der AfD und rechtspopulistischen Parteien in Deutschland, Europa und dem gesamten Westen wird in den kommenden Jahren für Medien, Universitäten, Think Tanks und die Gesellschaften insgesamt ein zentrales Thema sein.

Der Autor bedankt sich bei der ZEIT STIFTUNG BUCERIUS für die Unterstützung. Die eingehende Beschäftigung mit dem Umbruch der internationalen Politik setzt eine Auseinandersetzung mit ideengeschichtlichen Grundlagen voraus, die nur vornehmen kann, wer sich der Hektik der brandaktuellen Tagespolitik wenigstens gelegentlich entziehen kann.

20 In der AfD wurden insbesondere die Büros derjenigen Bundestags- und Europaabgeordneten kontaktiert, die die Außen- Europa- oder Sicherheitspolitik der Partei in der Öffentlichkeit prägen.

1. Erklärungen und Einordnung zum deutschen Umgang mit Rechtsaußen

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Debatte rund um die AfD. Angesichts der anhaltend hohen Umfragewerte und Wahlergebnisse der Partei vor allem in den östlichen Bundesländern, zunehmend aber auch in westlichen, stellt sich angesichts einer nicht mehr auszuschließenden Regierungsbeteiligung in dem einen oder anderen Bundesland die Frage, in welchem Maße die AfD-Programmatik auf die Regierungspolitik durchschlagen könnte. Solange es bei einer Regierungsverantwortung auf der Landesebene bleibt, werden außenpolitische Vorstellungen der AfD noch keine direkten Auswirkungen haben. Die Recherchen für diese Studie legen aber nahe, dass innenpolitische Erfahrungen der AfD-Politiker auch ihre Sicht auf außenpolitische Fragen und die internationalen Beziehungen stark prägen werden.

Zunächst werden die spezifisch deutschen Besonderheiten im Umgang mit den Rechtsaußen beschrieben, die es in dieser Form nirgendwo sonst gibt. So gilt es im Ausland zunächst einmal die deutschen Unterscheidungen zwischen „rechts", „rechtspopulistisch" und „rechtsextrem" zu erklären, ebenso die besonderen Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und das strikte Festhalten an einer Brandmauer zur AfD. In den Interviews mit AfD-Politikern wurde immer wieder deutlich, dass die Erfahrung, politisch weitgehend ausgegrenzt und von den Sicherheitsbehörden beobachtet zu werden, großen Einfluss auf die Weltsicht der Partei und ihrer Vertreter hat.

In einem zweiten Schritt wird geschildert, dass der Aufstieg der AfD – trotz der Eigenheiten, die sich aus der deutschen Geschichte ergeben – Teil eines globalen Trends ist. In den Erfolgen von Rechtsaußen und Rechtspopulisten überall im Westen zeigen sich durchaus Parallelen. Vergleiche sollten trotzdem nur mit großer Vorsicht gezogen werden, vor allem wenn es darum geht, politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Einblicke in die Debatten in Frankreich, Großbritannien und den USA weiten aber den Blick auf die deutsche Diskussion über die AfD.

Es ist eine weitere deutsche Besonderheit, dass die AfD stärker als andere rechtspopulistische und Rechtsaußen-Parteien in Europa über ihre Stellung im politischen Koordinatensystem und der Parteienlandschaft nachdenkt. Die Recherchen und Interviews zeigen, dass Parteivertreter sich mit Denkern der „konservativen Revolution" der 1920er Jahre identifizieren und mit der Neuen Rechten, die in den 1970er Jahren von Frankreich ausgehend versuchte, der linken Kulturrevolution der 1968er etwas entgegenzusetzen. Derzeit wird in der AfD etwa diskutiert, ob es Sinn macht, der CDU das Prädikat „konservativ" streitig zu machen oder ob nicht vielmehr die Zeit dafür reif ist, die politische Zuschreibung als „rechts" zu normalisieren.

Ein Blick auf die Strategien des politischen Vorfelds der AfD und dessen ideengeschichtliche Ursprünge schließt das Kapitel ab. Das ist auch deshalb wichtig, weil eine wachsende Zahl von AfD-Politikern glaubt, dass der wichtigste Kampf um Einfluss nicht im Plenum des Bundestages oder der Landtage tobt, sondern außerhalb der Parlamente, in „metapolitischen" Räumen und in Kulturfragen. Ein Sieg im Kulturkampf, heißt es, sei notwendige Bedingung, um Einfluss auf gesellschaftliche Trends und gesetzgeberische Gestaltung zu erringen. Auch auf diesem Feld lässt sich die AfD durch Erfahrungen im Ausland inspirieren.

1.1 DEUTSCHE EIGENHEITEN: DAS BFV, BEGRIFFLICHKEITEN UND DIE BRANDMAUER

Für das Verständnis des folgenden Textes ist es sinnvoll, eingangs auf einige Besonderheiten der deutschen Debatte über die AfD einzugehen. Politikwissenschaftler heben die Eigenheiten einer „sehr deutschen Diskussion" hervor.[21] Der Einwurf scheint zu Beginn schon deshalb gerechtfertigt, weil es in Deutschland

21 Philip Manow im Gespräch mit Ralf Hanselle, *Cicero Podcast Politik: „Der Populismus ist der Wiedergänger der liberalen Demokratie,* April 2025, (https://www.cicero.de/innenpolitik/philip-manow-podcast-ralf-hanselle-liberale-demokratie-populismus), (abgerufen am 13.10.2025)

Wahlergebisse AfD (Zweitstimme) bei Bundestagswahlen 2013-2025

Quellen: Wahl 2025: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/560707/waehlerstimmen-in-laendern-und-wahlkreisen/; Wahl 2021: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/zuf-btw-2021/340941/waehlerstimmen-in-laendern-und-wahlkreisen/; Wahl 2017: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/zuf-btw-2017/279907/waehlerstimmen-in-laendern-und-wahlkreisen/; Wahl 2013: https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2013/ergebnisse.html

Instrumente im Umgang mit Parteien gibt, die es nur in wenigen Ländern der Welt oder sonst nirgendwo gibt – das Parteienverbot zum Beispiel oder das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit seinem Aufgabenprofil.

Was ist die AfD heute – „rechts", „rechtspopulistisch", „rechtsradikal", „rechtsextremistisch"? Die Begrifflichkeiten gehen seit Jahren durcheinander und die analytische Unschärfe ist zum Problem geworden. Die Ungenauigkeit hält auch der Soziologe Matthias Quent für ein „Problem der deutschen Debatte" und fügt an, es könne zu spät sein, daran noch etwas zu ändern.[22] Trotzdem ist die Debatte entbrannt. Ein prominentes CDU-Mitglied forderte Anfang 2025 auf einer Tagung zum Umgang mit der AfD, den „Kampf gegen Rechts" stärker zu differenzieren. Manche Parteikollegen hätten das Gefühl, sie seien mitgemeint und politische Bildungsarbeit in Deutschland müsse deutlicher machen, dass „rechts" nicht „rechtsextrem", sondern eine legitime demokratische Position sei.[23] Der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Marc Speich, schrieb im September 2025 einen Gastbeitrag mit dem Titel: „Warum Mitte-rechts gebraucht wird".[24] Kurz darauf veröffentlichte Peter Hoeres, Professor für Neueste Geschichte, sein Buch „Rechts und links: Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart", in dem er für eine Enttabuisierung der Zuschreibung „rechts" plädiert.[25]

Für die Frage, ob die AfD rechts oder rechtsextrem sei, wird in der Regel auf das BfV verwiesen. Das Amt hat sowohl mehrere AfD-Landesverbände als auch die Bundespartei (im Mai 2025) als „gesichert rechtsextremistisch" eingestuft.[26] Gegen letztere Kategorisierung hat die AfD Klage eingereicht, die Einstufung ist bis zu einem Urteil ausgesetzt. Das gleiche Verfahren läuft auch in Brandenburg gegen die dortige Einstufung des Landesverbands.

Diese Kategorisierung durch das BfV ist für viele Institutionen[27] Grundlage und Maßstab für ihren Umgang mit der Partei, auch wenn es hieran auch Kritik gibt. Mathias Brodkorb, ehemals SPD-Landespolitiker, jetzt Journalist, publizierte 2024 das Buch „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?", das auf Grundlage von Gesprächen mit BfV-Beamten und Überwachten zum Schluss kommt, das BfV sei selbst „Teil des Problems".[28] Die Behörde, so Brodkorb, spiele sich zunehmend als „Sprach- und Gedankenpolizei" auf, arbeite häufig mit unpräzisen Definitionen und zweifelhaften Methoden.[29] Er fordert deshalb die Abschaffung des BfV. Auch andernorts regt sich Kritik. So fordert der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel zum Beispiel, Einstufungen des BfV zu kontextualisieren. Denn obwohl die Kategorisierung von einer weisungsgebundenen (also letztlich politisch beeinflussbaren) Behörde ausgesprochen werde, wie Merkel sagt, stelle die mediale Öffentlichkeit die Analysen des Amtes regelmäßig als unangreifbares Faktum dar.[30] Die Frage, ob die AfD insgesamt „rechtsextremistisch" ist, bleibt also umstritten.

Weitgehende Einigkeit herrscht aber darüber, dass die Partei ihren Aufstieg (rechts)populistischen Methoden verdankt. Die vorliegende Untersuchung geht mit Blick auf die AfD von einem instrumentellen Populismus aus – die Partei bedient sich populistischer Methoden, um erfolgreich zu sein (andere Populismustheorien gehen vom Populismus als in sich geschlossener Ideologie aus).[31] Mit der Populismusdebatte befasst sich dieses Kapitel eingehend. Sie veranschaulicht, dass die AfD-Programmatik sich in einen globaleren Trend einreiht und international anschlussfähig werden könnte.

Über die populistische Methodik hinaus bezeichnet der Autor die AfD in der vorliegenden Studie als „rechtsaußen". Dieser Begriff ist für die Partei im deutschen Kontext analytisch zutreffend, vermeidet aber zugunsten einer nüchternen Analyse die Vorwegnahme und den Gebrauch einer weiterhin umstrittenen

22 Gespräch im Mai 2025

23 Seminar im Frühjahr 2025

24 Mark Speich, *Warum Mitte-rechts gebraucht wird*, September 2025, (https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/politische-mitte-unter-druck-wie-pluralismus-erhalten-bleibt-110668185.html), (abgerufen am 23.11.2025)

25 Vgl. Jannis Koltermann, *Sollte die CDU sich „rechts" nennen?*, November 2025, (https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/sollte-die-cdu-sich-rechts-nennen-das-waere-in-mancher-hinsicht-ueberfaellig-accg-110783367.html), (abgerufen am 23.11.2025)

26 Stand November 2025: Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg – Voraussetzung sind dafür, so der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent, drei Verstöße: der Verstoß gegen das Menschenwürde-Prinzip, das Demokratie-Prinzip und das Rechtsstaatsprinzip. Vgl. Konstantin Kumpfmüller und Belinda Grasnick, *Warum die AfD „gesichert rechtsextremistisch" ist*, Mai 2025, (https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextremismus-100.html), (abgerufen am 24.11.2025)

27 Auch die DGAP

28 Vgl. Mathias Brodkorb, *Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?*, 2024, zu Klamen Verlag, Springe, 21

29 Vgl. ebd., 19 f.

30 Gespräch im Mai 2025

31 Vgl. etwa Marc Lazar, *Pour l'amour du peuple.Histoire du populisme en France, XIXe-XXIe siècle*, 2025, Gallimard, 32f.

Einordnung und Bewertung, auch wenn eine Reihe belastbarer Hinweise vorliegen, die Partei als rechtsextrem zu bezeichnen.[32]

Eine zweite deutsche Besonderheit ist die bereits erwähnte Ausgrenzung der AfD („Brandmauer"). Während Rechtsaußen-Parteien in den vergangenen zehn Jahren in fast allen westlichen Demokratien nach gewonnenen Wahlen vielerorts (mit)regieren konnten, war das in Deutschland bislang ausgeschlossen. Dass die AfD seit ihrer Gründung im Jahr 2013 von allen anderen im Parlament vertretenen Parteien gemieden wird, auch von der Union, die der aus Sicht der AfD wahrscheinlichste Koalitionspartner ist, findet rückblickend nicht mehr überall Zustimmung.

Der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent sieht triftige Gründe für diesen Ausschluss. Zwar sei die AfD nicht von Beginn an eine „rechtsextreme" Partei gewesen, aber schon früh von Scharfmachern wie Björn Höcke geprägt worden.[33] Der Politikwissenschaftler Philipp Manow bestätigt diese Erkenntnis, meint aber einschränkend, dass Stimmen wie Höcke bei Gründung der AfD 2013 „nicht tonangebend" gewesen seien.[34] Manow sieht durchaus historische Gründe für die Ausgrenzung einer Partei, die sich bereits in ihren Anfängen rechts der Unionsparteien verortete. Er gibt aber zu bedenken, dass jene, für die „schon Parteigründer Bernd Lucke ein Nazi war", für Höcke „keine Kategorien mehr" hätten.[35]

In diese Strategie der Ausgrenzung reiht sich, ebenfalls eine deutsche Eigenheit, das Konzept der „Brandmauer"[36] ein: der kategorische Ausschluss der AfD und die Unterscheidung von „demokratischen Parteien" einerseits und der – dieser Einordnung zufolge – außerhalb des demokratischen Spektrums stehenden AfD andererseits. Gerade vor den fünf Landtagswahlen 2026, aus denen die AfD laut aktuellen Umfragen in den östlichen Bundesländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern als stärkste Partei hervorgehen könnte, wird die Politik der Brandmauer besonders heftig und kontrovers diskutiert.[37] Zuletzt mehrten sich einzelne Stimmen, die die Ausgrenzung der AfD für einen Fehler halten, da die Partei hinter der Brandmauer gedeihe. „Aus falschem Geschichtsbewusstsein" werde in Deutschland eine Lösung abgelehnt, die sich andernorts bewährt habe, die Minderheitsregierung nämlich, schrieb im November 2025 etwa der Herausgeber der FAZ, Jürgen Kaube.[38] Eine Mehrheit der deutschen Politik hält aber an dem Konzept fest.

Wäre die Lage heute anders, wenn die AfD nicht von Beginn an ausgegrenzt worden wäre? Quent nennt diese Frage „interessant, aber spekulativ".[39] Er sieht im internationalen Vergleich kaum Beispiele, dass eine Einbeziehung von Rechtsaußen-Parteien den um sich greifenden Rechtspopulismus irgendwie „eingehegt" hätte. Ein Abschied von der Brandmauer, also ein Strategiewechsel im Umgang mit der AfD, zeichnet sich – Stand Ende 2025 – nicht ab, wenngleich, wie gesagt, einzelne Stimmen diese gelegentlich fordern.[40]

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD konstatiert Manow, dass auch die neue Bundesregierung an dem bisherigen Credo festhalte: wehrhafte Demokratie stärken, liberale Demokratie stützen.[41] Konkret: Die aktuelle Führung der Union schließt derzeit und für die Zukunft ein Bündnis mit der AfD oder eine „Tolerierung" durch die Rechtsaußen-Partei (als Minderheitsregierung) kategorisch aus. Und die SPD hat sogar auf ihrem Parteitag im Juni

32 Der Begriff „Rechtsaußen" wird mithin häufig verwendet. Andere Autoren sprachen in der Vergangenheit auch von der „extremen Rechten" – vgl. Richard Stöß, *Zur Vernetzung der extremen Rechten in* Europa, 4.10.2000 (https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf), (abgerufen am 21.10.2025), oder der „radikalen Rechten" – vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism,* 2021, Yale University Press, New Haven & London, 2021

33 Matthias Quent in Tagesschau „Die AfD ist die größte Gefahr für die Demokratie", Mai 2025, (https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-einstufung-verfassungsschutz-102.html), (abgerufen am 13.10.2025)

34 Philip Manow im Gespräch von Maria Fiedler und Sebastian Fischer, *Man muss sich fragen, ob dieser spezielle deutsche Weg wirklich intelligent ist*, August 2024, (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gespraech-mit-politologe-philip-manow-deutschland-neigt-dazu-die-politik-durch-recht-zu-ersetzen-a-a677f8b6-d327-4ff2-88bf-bbec6fde8d64), (abgerufen am 13.10.2025)

35 Vgl. ebd.

36 Der laut dem Welt-Journalisten Robin Alexander aus Abgrenzungen innerhalb der AfD entstand, in der Frühzeit der Partei und erst später in den medialen Sprachgebrauch kam – vgl. Vivien Valentiner, *Wer hat's erfunden? Kommt die „Brandmauer" von der AfD selbst?*, Februar 2025, (https://www.morgenpost.de/politik/article408226894/afd-hat-die-partei-die-brandmauer-selbst-erfunden-experte-im-interview.html), (abgerufen am 13.10.2025)

37 Vgl. etwa wahlrecht.de 2025, *Landtagswahlumfragen*, (https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/), (abgerufen am 13.10.2025)

38 Jürgen Kaube, *Prinzipienreiterei ruiniert die Republik*, November 2025, (https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/prinzipienreiterei-der-afd-gegner-ruiniert-die-republik-accg-110762351.html), (abgerufen am 24.11.2025)

39 Vgl. Gespräch im Mai 2025

40 Vgl. etwa Prof. Andreas Rödder in ARD, *Rechts-außen: Historiker Prof. Andreas Rödder wirbt für rote Linien statt Brandmauer*, September 2025, (https://www.ardmediathek.de/video/swr1-leute/rechts-aussen-historiker-prof-andreas-roedder-wirbt-fuer-rote-linien-statt-brandmauer/swr/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzlyNjQ0NDY), (abgerufen am 13.10.2025)

41 Philip Manow im Gespräch mit Ralf Hanselle, *Cicero Podcast Politik: „Der Populismus ist der Wiedergänger der liberalen Demokratie,* April 2025, (https://www.cicero.de/innenpolitik/philip-manow-podcast-ralf-hanselle-liberale-demokratie-populismus), (abgerufen am 13.10.2025)

2025 beschlossen, ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD anzustrengen.[42]

Solch „laute Rufe" nach einem Verbot sind nach Auffassung des Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel allerdings wenig dienlich. „Je lauter man Verbot schreit," sagt er, „desto progressiver dünkt man sich."[43] Auch andere Beobachter konstatieren, dass Ausgrenzung und Diskussionen über ein Parteiverbot die AfD bisher immer nur weiter gestärkt hätten.[44] Deshalb und weil sich ein Verbotsverfahren lange hinziehen dürfte und der Erfolg keineswegs sicher ist, wird jetzt über andere Strategien nachgedacht. So forderte Matthias Quent nach der Bundestagswahl 2025, dass, sobald eine Regierungsbeteiligung der AfD in „greifbare Nähe" rücke, „Institutionen und Verfahren der Demokratie überprüft und bei Bedarf faschismussicher gemacht werden" müssten.[45] Mit Verweis auf den Soziologen Steffen Mau und dessen Analyse insbesondere zur Lage in Ostdeutschland, schlägt Quent vor, Bürgerräte einzurichten, um eine „Beteiligung über Parteien hinaus zu stärken" und so die gesellschaftliche Polarisierung zu schwächen.[46]

Andere Beobachter sehen derartige Vorschläge kritisch. Folgt man Manow, dürften solche Gegenmaßnahmen die AfD eher weiter stärken. In seinem 2024 veröffentlichten Buch „Unter Beobachtung: Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde" führt er aus, warum der Aufstieg (rechts)populistischer Parteien aus seiner Sicht eng mit der fortschreitenden Liberalisierung und der Entpolitisierung – also dem Verdrängen elektoraler Prozesse zugunsten technischer und rechtlicher Entscheidungen – westlicher Demokratien seit den 1990er Jahren zusammenhängt. Manow hält den Populismus in seiner aktuellen Form für einen „Wiedergänger der vom Liberalismus erstickten Politik".[47] Manows Resümee entspricht Analysen im Ausland, die seit Langem wachsende „Liberalismusmüdigkeit" konstatieren. Der französische Philosoph Marcel Gauchet etwa schrieb, der Populismus begleite die Demokratie „wie ihr Schatten" und die „populistische Gefahr" sei das Gegenstück zur „oligarchischen Gefahr".[48] Auch die britische Populismusforscherin Margaret Canovan erklärte den Populismus Anfang der 2000er Jahre als „Antwort auf die Spannungen der liberalen Demokratie".[49] Manow wiederum verweist auf den niederländischen Populismusforscher Cas Mudde, der 2004 warnte, dass viele „Reaktionen auf den gegenwärtigen populistischen Zeitgeist [...] schwerwiegende Mängel" aufwiesen, ihn eher stärkten als schwächten.[50] Dieser Frage widmet sich das zweite Kapitel eingehender.

Der deutsche Umgang mit den populistischen Methoden der AfD ist jedenfalls einzigartig. Bei Vergleichen mit anderen Ländern, denen in der deutschen Debatte zunehmend Empfehlungen für die hiesige Politik entlehnt werden, sollte entsprechend Vorsicht walten.[51] Vielversprechend scheint der Blick ins Ausland jedoch, um die Gründe für den Aufstieg und die anhaltenden Erfolge der AfD zu verstehen. Daher folgt nun ein Einblick in die Populismusdebatte der letzten zehn Jahre in drei wichtigen Partnerländern Deutschlands: Frankreich, Großbritannien und die USA.

1.2 KEINE DEUTSCHE EIGENHEIT: DER GLOBALE (RECHTS)POPULISMUS

In Frankreich sind Debatten über die Gründe für das Erstarken des Populismus seit 2018 maßgeblich mit der Gelbwestenbewegung verknüpft. Deren Auslöser war damals die geplante Erhöhung einer Steuer auf Benzin. Vor allem im ländlichen Frankreich, das weiter sehr stark auf das Auto angewiesen ist, regte sich gewaltiger Unmut. Es folgten monatelange Proteste – meist friedlich, auf Kreisverkehren im ganzen Land, mitunter aber auch äußerst gewalttätig, vor allem in den Zentren der großen Städte, insbesondere in Paris. Weite Teile der Bevölkerung revoltierten gegen ihre als der Realität entrückt wahrgenommenen Eliten in den urbanen Zentren.

42 SPD beschließt Vorbereitung eines AfD-Parteiverbots, Juni 2025, (https://www.dw.com/de/spd-beschlie%C3%9Ft-vorbereitung-eines-afd-parteiverbots/a-73083945), (abgerufen am 13.10.2025)

43 Gespräch im Mai 2025

44 Vgl. etwa Julius Betschka, *So argumentieren die Befürworter eines neuen AfD-Kurses*, Oktober 2025, (https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-und-cdu--diese-argumente-sprechen-fuer-einen-neuen-kurs-36131226.html), (abgerufen am 24.11.2025)

45 Matthias Quent, *Eine Zäsur für die deutsche Demokratie?*, März 2025 (https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/559992/eine-zaesur-fuer-die-deutsche-demokratie/), (abgerufen am 13.10.2025)

46 Ebd.

47 Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 26

48 Vgl. Marcel Gauchet in Marc Lazar, *Pour l'amour du Peuple. Histoire du populisme en France, XIXe – XXIe siècle*, 2025, 218

49 Vgl. Margaret Canovan in Marc Lazar, *Pour l'amour du Peuple. Histoire du populisme en France, XIXe – XXIe siècle*, 2025, 218

50 Vgl. Cas Mudde in Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 83

51 Siehe etwa: Peter R. Neumann und Richard C. Schneider, *Das Sterben der* Demokratie, Rowohlt, Berlin, 2025

Schon 2014 hatte in Frankreich ein Buch Furore gemacht, dessen Thesen die Gelbwesten-Proteste zu bestätigen schienen: Mit „La France périphérique" hatte der französische Geograph Christophe Guilluy eine griffige Erklärung für die wachsende Entfremdung sowie die Gewalt geliefert, die sich nun Woche für Woche in Frankreich entlud. Kern ist das periphere Frankreich, jene Regionen außerhalb der Metropolen, die Guilluy „Vitrinen der glücklichen Globalisierung" nennt.[52] Aus diesen „Vitrinen" sei die alte Arbeiterklasse nach und nach verdrängt und von einer neuen, zugewanderten und globalisierten Arbeiterklasse ersetzt worden. Nachdem vor rund 200 Jahren Massen von französischen Landbewohnern im Zuge der Industrialisierung und auf der Suche nach Arbeit in die Städte gezogen seien, würden sie dort nun nicht mehr gebraucht.[53]

Guilluys Thesen stießen auf ein breites Echo. Im Laufe der Gelbwestenproteste griff sie unter anderem der Meinungsforscher Jérôme Fourquet in seinem Buch „L'archipel français" auf und stützte sie mit Statistiken. Fourquet beschreibt den fortschreitenden Zerfall des nationalen Zusammenhalts in Frankreich, den er vor allem auf den Verlust der großen, einigenden Strukturen des 20. Jahrhunderts zurück: die verbindende Kraft des Katholizismus etwa, oder der Arbeiterbewegung und der Massenmedien.[54] Diese nachlassende Bindungswirkung habe eine wachsende gesellschaftliche Individualisierung und Atomisierung zur Folge. Fourquet zieht dafür Indikatoren wie die rapide wachsende Diversität der Vornamen für neugeborene Kinder heran oder in die Höhe schnellende Scheidungsraten. Ein weiteres Zeichen ist für ihn die Entfremdung der gesellschaftlichen Elite von der Bevölkerungsmehrheit, vor allem in Städten habe die stabilisierende sozioökonomische Vermischung der Einwohnerschaft zuletzt rapide abgenommen. Weil Eliten mehr und mehr unter sich blieben, wachse ihr Unverständnis für die Mitbürger. Fourquet diagnostiziert Frankreich eine „kulturelle, geografische und ideologische Abspaltung" der Eliten.[55]

Für Guilluy wiederum waren bereits die Ablehnung des EU-Verfassungsreferendum im Jahr 2005 durch eine Mehrheit französischer Wählerinnen und Wähler sowie die Bewegung der *Bonnets rouges*, 2013, deutliche Signale des wachsenden Widerstands gegen die Eliten. Seine Lesart der gesellschaftlichen Verwerfungen fanden breiten Widerhall. 2018 sagte der bekannte linke Politiker Raphael Glucksmann im französischen Fernsehen: „Wenn ich nach New York oder Berlin fahre, fühle ich mich kulturell mehr zu Hause als in der Picardie [Region im Nordosten Frankreichs]. Und genau das ist das Problem".[56]

> *Wenn ich nach New York oder Berlin fahre, fühle ich mich kulturell mehr zu Hause als in der Picardie. Und genau das ist das Problem.*
>
> – RAPHAEL GLUCKSMANN

Der zweite Blick ins Ausland führt nach Großbritannien: Dort lieferte 2016, kurz nach dem Brexit, der britische Journalist David Goodhart einen weiteren prominenten Erklärungsansatz für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Er sieht im britischen Populismus, ähnlich wie Manow in Deutschland, ein „Gegengewicht". Aber wogegen? Für Goodhart trägt die Verantwortung für die gesellschaftliche Spaltung eine ökonomische, politische und kulturelle Elite, die er „Anywheres" nennt, eine Bezeichnung, die zur Wahrnehmung Guilluys und Fourquets passt:[57] Laut Goodhart ist diese Elite gut ausgebildet, sehr mobil, hat häufig Auslandserfahrung und lebt überwiegend in den urbanen Zentren Großbritanniens. Dieser Gruppe, deren Anteil er auf 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung

52 Vgl. Christophe Guilluy, *La France périphérique*, Éditions Flammarions, Paris 2024, 8
53 Vgl. ebd. 20
54 Vgl. Jérôme Fourquet, *L'archipel français*, Éditions du Seuil, Paris, 2019, 75
55 Vgl. ebd., 94
56 Vgl. Raphael Glucksmann, Oktober 2018, (https://x.com/28minutes/status/1054373468068818945?lang=de,), (abgerufen am 13.10.2025)
57 Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 5

schätzt, stellt Goodhart die „Somewheres“ entgegen, rund die Hälfte der Briten (die restlichen 25 Prozent stehen irgendwo „dazwischen“). Diese „Somewheres“ hätten kein vergleichbares kulturelles und ökonomisches Kapital, lebten häufiger in kleinen Städten oder auf dem Land und seien regional und national verwurzelter. Auch hier drängt sich eine Parallele zu dem von Guilluy beschriebenen „peripheren Frankreich“ auf.

Sein Buch „The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics“ sieht Goodhart als ein „Plädoyer für einen weniger starrköpfigen Liberalismus“.[58] Wer den Rechtspopulismus, den Brexit oder die Wahl von Donald Trump (2016) verstehen wolle, müsse erkennen, dass sie Reaktionen auf einen „liberalen Kompromiss“ seien. Goodharts Argument: Politiker links der Mitte seien zunehmend globalisierungs- und marktfreundlich geworden und jene rechts der Mitte hätten sich von ihren früheren gesellschaftspolitischen Überzeugungen verabschiedet, begrüßten zum Beispiel die rasante Zuwanderung. Dieser „Doppelliberalismus“ sei die Geschäftsgrundlage der Rechtspopulisten und folge der Argumentation: Die etablierten Parteien sind ohnehin alle gleich, warum also noch wählen gehen?[59] Für Goodhart ist der Grund für den Aufstieg populistischer Parteien, dessen Beginn er auf das Jahr 2002 datiert[60], das Beharren der Anywheres auf einer Politik, die inzwischen eine Mehrheit in vielen westlichen Demokratien ablehne. Im Erfolg der Rechtspopulisten will er gar einen „Sozialismus“ des 21. Jahrhunderts erkennen, rechtspopulistische Parteien seien in vielen Staaten zu den neuen Arbeiterparteien geworden.[61]

Auch Deutschland nahm Goodhart 2016 in den Blick. Zwar neigten deutsche „Anywheres“, aufgrund ihrer historisch begründeten Skepsis gegenüber jedem „normalen Nationalgefühl“ zu einer besonders großen „postnationalen politischen Korrektheit“.[62] Doch er sieht Deutschland (und ebenso Österreich und die Schweiz) gleichwohl besser gegen die Anywhere-Somewhere-Spaltung gewappnet. In Deutschland gebe es weder eine ökonomisch dominante Hauptstadt noch kulturell dominante Elite-Universitäten. Der Föderalismus habe zudem lokale Identitäten geschaffen und geschützt – und ein Gespür für ihre Bedeutung erhalten. Im „konservativ-katholischen Bayern“ sieht Goodhart sogar den Ort, wo der Kompromiss zwischen sozialem Konservatismus und ökonomischer Dynamik in Europa am besten gelingt.[63]

Nicht nur in Europa werden gesellschaftliche Liberalisierung und die Entfremdung der Eliten von weiten Teilen der Bevölkerung als Quelle rechtspopulistischer Erfolge ausgemacht. Dieses Erklärungsmuster ist spätestens seit dem erneuten Wahlsieg Donald Trumps im November auch in den USA weitverbreitet.

Einer der wortmächtigsten amerikanischen Liberalismuskritiker ist der Politikwissenschaftler Patrick Deneen. Sein Buch „Why liberalism failed“ wurde zu einem Bestseller[64], Deneen gilt als einer der wichtigsten Ideengeber für Vizepräsident J.D. Vance.[65] Deneen nimmt Bezug auf europäische Autoren wie Guilluy und Goodhart und sieht, ähnlich wie in Deutschland auch Manow, den Rechtspopulismus als „Reaktion des Immunsystems des Staatswesens“ (im Sinne einer Repolitisierung der Debatten).[66] Der Amerikaner geht aber noch einen Schritt weiter und entwickelt aus seiner Liberalismuskritik heraus Empfehlungen für ein politisches Programm. Populismus und Elitenkritik, schreibt er, seien allein noch kein Heilmittel gegen die „Krankheit“ des politischen Systems. Gestützt auf Arbeiten des Verfassungsrechtlers Adrien Vermeule an der Universität Harvard entwirft Deneen in groben Zügen eine neue Ideologie des sogenannten „Gemeinwohlkonservatismus“. Demnach könne nur eine neue „Aristokratie“, eine gebildete, vernunftbegabte Elite mit einer am Volkswohl orientieren Politik die notwendige Wende schaffen. „Aristopopulismus“ lautet sein für diese Theorie geschaffener Begriff.[67]

Wie Goodhart definiert auch Deneen den Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts teilweise mit dem Vokabular der ideologischen Kämpfe des 20. Jahrhunderts. So bezieht er sich zum Beispiel auf Michael Lind, einen konservativen US-Kommentator, der den Kampf zwischen liberalen Eliten und ihren populistischen Herausforderern treffend als „neuen Klassenkampf“

58 Vgl. ebd., 4
59 Vgl. ebd., 63
60 Das Jahr, in dem Jean-Marie Le Pen und der Front National in Frankreich erstmals in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahl einzogen.
61 Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 72
62 Vgl. ebd., xix
63 Vgl. ebd.
64 *Why liberalism failed* (2018) und *Regime Change* (2023)
65 Der ein eigenes Buch, *Hilbilly Ellegy* (2016), über seine Heimat und eine „Kultur in der Krise“ geschrieben hat, das zweifellos Parallelen zu der Anywhere-Somewhere-These Goodharts aufweist
66 Vgl. Patrick Deneen, *Regime Change*, Penguin Random House, 2023, 232
67 Vgl. ebd., 147

beschrieben habe.[68] Auch greift Deneen das klassische populistische Motiv der „schweigenden Mehrheit" auf und leitet sein Buch „Regime Change" von 2023 mit der Beobachtung ein, „die Vielen" seien jetzt im Begriff, ihr „Klassenbewusstsein" zu entwickeln.[69] Gegner sind für ihn die politische Klasse in der Hauptstadt Washington sowie die sie beratenden Experten, die er frontal angreift. Ein Grund, warum eine Mehrheit der US-Wähler Trump 2024 erneut zum Präsidenten gewählt habe, sei das in vielen Krisen verlorene Vertrauen in die eigenen Eliten. Beispielhaft nennt Deneen den Irakkrieg (ab 2003), die Folgen der Weltfinanzkrise (ab 2008) und das „Debakel" des US-Abzugs aus Afghanistan (2021).[70]

Auch die außenpolitische Debatte der Vereinigten Staaten war zuletzt von einem massiven Vertrauensverlust in das liberale Establishment geprägt. Der Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Programms für Sicherheitsstudien am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Barry Posen, hat die vergangenen dreißig Jahre als „liberale Hegemonie" beschrieben, als „überparteiliche Kombination unübertroffener Militärmacht mit radikalen politischen Zielen".[71] Auch der irische Ökonom Philip Pilkington, Gastgeber des „Multipolarity"-Podcasts und neben Deneen eine weitere prominente „postliberale" Stimme, verweist in seinem 2025 erschienenen Buch „The Collapse of Global Liberalism" explizit auf das Scheitern westlicher Außenpolitik. Pilkington glaubt, der russische Angriff auf die Ukraine und der Krieg seit 2022 habe die „anti-liberale" Dynamik weltweit massiv beschleunigt. Er ist überzeugt, den „finalen Moment" des globalen Liberalismus zu beschreiben, der im Kern bereits gestorben sei und allenfalls noch als Untoter fortbestehe.[72]

Vor allem in den USA lässt sich beobachten, dass die Enttäuschung über den Liberalismus bei einigen Autoren inzwischen mehr als nur Kritik ist, sondern ideologische und programmatische Züge annimmt. Das wünschten sich hierzulande auch Vordenker einer neuen Neuen Rechten für Deutschland.

1.3 DIE AFD UND DIE NEUE „NEUE RECHTE"

Während das BfV die AfD als „gesichert rechtsextremistisch" einordnet und manche ihrer politischen Gegner sie als „faschistisch" bezeichnen, sehen sich viele Vertreter der AfD selbst in der Tradition der Neuen Rechten, als Avantgarde eines neuen Konservatismus und Kollektivismus, den sie häufig auf die Formel bringen: „Dinge schaffen, die zu erhalten sich lohnt".[73] Damit stehen sie durchaus in Konkurrenz zu konservativen Stimmen in der CDU, die ihre Weltanschauung grundsätzlich ähnlich herleiten. Der Historiker und Leiter der konservativen Denkfabrik R21 Andreas Rödder, den Benedikt Kaiser, Autor und Mitarbeiter eines AfD-Bundestagsabgeordneten den „einzigen CDU-nahen politischen Intellektuellen des frühen 21. Jahrhunderts" nennt[74], definiert Konservatismus in der Streitschrift „Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland" von 2019 wie folgt: Das Bestehende und Geltende sei, solange nicht widerlegt, auch das Vernünftige und Richtige.[75]

Ideengeber im Umfeld der AfD, auch Kaiser, beziehen sich ausdrücklich auf Vordenker der historischen Neuen Rechten. Der bereits eingeführte französische Intellektuelle Alain de Benoist und sein Kampf gegen die universitäre antiautoritäre Linke der 1960er Jahren ist ein sehr häufig zitierter Autor. Er gilt heute als einer der „einflussreichsten Denker der postliberalen Rechten".[76] In der AfD wird mit Vorliebe aus einer Essaysammlung von de Benoist zitiert, die 1985 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Kulturrevolution von rechts" erschien.[77]

In einem Interview bekannte Kaiser 2024, dass ihn bei der Lektüre vor allem der erste Satz eines dieser Essays „wie ein Schlag" getroffen und inspiriert habe. Er lautete: „Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient".[78] Genau diese von de Benoist propagierte Abgrenzung von der „alten Rechten" (von französischen Royalisten bis zu deutschen Nationalsozialisten), ist heute wieder ein Anliegen von Teilen des intellektuellen Vorfelds der AfD, etwa auch von Kaiser.

68 Michael Lind in Patrick Deneen, *Regime Change*, Penguin Random House, 2023, 10
69 Vgl. Patrick Deneen, *Regime Change*, Penguin Random House, 2023, xiii
70 Vgl. ebd., 100
71 Barry Posen in Emma Ashford, *First Among Equals. U.S. Foreign Policy in a Multipolar World*, 2025, Yale University Press, New Haven, 4
72 Vgl. Philip Pilkington, *The Collapse of Global Liberalism*, Polity Press, Cambridge, 2025, 4
73 Arthur Moeller van den Bruck in Thomas Biebricher, *Was bedeutet „konservativ"?*, 23.09.2021, (https://www.boell.de/de/2021/09/23/was-bedeutet-konservativ), (abgerufen am 21.10.2025)
74 Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 49
75 Vgl. Claudius Seidl, *Wer Lügner überführen will*, November 2025, (https://www.sueddeutsche.de/kultur/union-cdu-afd-konservativer-think-tank-r-21-roedder-li.3327826?reduced=true), (abgerufen am 24.11.2025)
76 Vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism*, 2021, Yale University Press, New Haven & London, 13
77 Vgl. Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden
78 Ebd., 29 und Benedikt Kaiser in Mariam Lau, *Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer*, Juni 2024, (https://www.zeit.de/2024/28/benedikt-kaiser-neonazi-autor-afd-extremismus), (abgerufen am 13.10.2025)

De Benoist wehrte sich stets gegen den Faschismusvorwurf, den ihm seine häufigen Referenzen auf deutsche Autoren einbrachten, deren Schriften besonders häufig mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird. Dazu zählten etwa Ernst Jünger oder Carl Schmitt. De Benoist entgegnete, dass die „Bewegung der jungen Generation" von den Altrechten genauso weit entfernt sei wie von den Linken. Das Denken der Neuen Rechten, so der Franzose, zeichne sich dadurch aus, dass es die „Anerkennung der Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen" verbinde.[79] Hier liegt der Kern von de Benoists Kritik am Liberalismus: einer als „Gleichmacherei" empfundenen Globalisierung. Und es sind diese Ideen, die jüngst auch in Deutschland das Interesse an de Benoists Werken neu geweckt haben.

Viele Vertreter der AfD sehen sich selbst in der Tradition der Neuen Rechten, als Avantgarde eines neuen Konservatismus und Kollektivismus

Das Vorwort zur „Kulturrevolution von rechts" verfasste 1985 übrigens ein deutschsprachiger Vordenker der hiesigen Neuen Rechten: Armin Mohler, Schweizer Publizist und ein Vertrauter Ernst Jüngers. Mohler prägte bereits 1949, nur vier Jahre nach Kriegsende, den Begriff der „konservativen Revolution"[80] und machte sich in den 1980er Jahren einen Namen mit seiner Liberalismuskritik. In seinem Vorwort zu de Benoists Buch betont Mohler, selbst „Autoritäten" wie der Philosoph Raymond Aron hätten eine „Verketzerung" der Neuen Rechten mithilfe von Faschismus-Vorwürfen kritisiert.[81] Doch der rechte „Antiintellektualismus", so Mohler, habe ähnliche Entwicklungen – also eine Abgrenzung von der „alten Rechten" (in diesem Fall dem deutschen Nationalsozialismus) und die Wiederbelebung rechter Ideen – in Deutschland bisher verhindert. Abgrenzung und Wiederbelebung: Auch 40 Jahre nach der „Kulturrevolution von rechts" sind das zentrale Motive einer neuen Generation der Neuen Rechten.

Aus Sicht vieler AfD-Strategen ist das intellektuelle Kapital der Partei noch zu dünn und bedarf einer stärkeren ideengeschichtlichen Verankerung und gefestigten Weltanschauung. Benedikt Kaiser sieht die AfD in Deutschland Ende 2025 an einem Wendepunkt. Die „relativen Erfolge [...] der jüngsten Vergangenheit" führt er „fast ausnahmslos" auf „instinktive Protestreaktionen auf die enervierende Herrschaft des als links wahrgenommenen Establishments" zurück.[82] Nun aber habe der Rechtspopulismus seine Pflicht erfüllt, stoße an seine Grenzen und ende „auf dem Höhepunkt seiner Wahlergebnisse.[83]

Ähnlich wie Kaiser argumentiert auch der Österreicher Martin Sellner, Aktivist und langjähriger Sprecher der *Identitären Bewegung* (IB), die 2019 vom BfV als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung" eingestuft wurde.[84] Sellner, eine gewichtige Stimme im Vorfeld der AfD, publizierte 2023 sein Buch „Regime Change von rechts". Im Vorwort kündigt er an, „Strategiedebatte im rechten Lager befeuern" und Leser motivieren zu wollen, visionär zu denken.[85] Er teilt Mohlers Kritik von 1985, die Belebung neurechter Debatten in Deutschland scheitere häufig an rechtem Antiintellektualismus. Linke Kritik, „wonach rechter Populismus

79 Alain de Benoist, *„Den alten Volksgeist erwecken"*, August 1979, (https://www.spiegel.de/kultur/den-alten-volksgeist-erwecken-alain-de-benoist-a-73b0d5a6-0002-0001-0000-000039908730), (abgerufen am 13.10.2025)

80 Zu den wichtigsten Figuren der „konservativen Revolution" gehörten Carl Schmitt, Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler. Ihre Vertreten sahen Menschen von Natur aus nicht als gleichwertig an. Politik gründete aus ihrer Sicht auf Autorität, nicht auf Zustimmung, Gesellschaften funktionierten geschlossen, nicht offen und Geschichte sei zyklisch und nicht immer fortschrittlich – vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism*, 2021, Yale University Press, New Haven & London, 7 f.

81 Vgl. Armin Mohler in Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 23

82 Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 8

83 Ebd., 15

84 2020 wurde eine Klage der IB gegen die Einstufung abgewiesen – Vgl. Spiegel, *„Identitäre Bewegung" darf „gesichert rechtsextrem" genannt werden*, Juni 2020, (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/identitaere-bewegung-darf-gesichert-rechtsextrem-genannt-werden-a-f27d9ba6-a309-4917-b252-a94bdee2f4bc), (abgerufen am 24.11.2025)

85 Martin Sellner, *Regime Change von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 11

lediglich seine Ideenlosigkeit und Inhaltsleere professionell vermarkte", treffe häufig zu.[86]

Im Umfeld der AfD wird zudem immer häufiger die Frage diskutiert, wie die AfD zukünftig über den Status einer populistischen Protestpartei hinauskomme und mit welchem Attribut man sie in der deutschen Parteienlandschaft einzuordnen habe. In seinem Buch „Die Konvergenz der Krisen" von 2023 schreibt Kaiser, wenn die AfD, die Union der Merkel-Zeit und teilweise sogar Die Grünen zugleich als „konservativ" bezeichnet würden, sei der Begriff „parlamentspolitisch dienstunfähig".[87] Über die Netzwerke des neurechten Verlegers Götz Kubitscheks und dessen Antaios-Verlag oder den Jungeuropa-Verlag, der Kaiser publiziert, wirken die Strategiedebatten auf die AfD ein. Der innerhalb und außerhalb der Partei umstrittene Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah, zuvor Abgeordneter im Europaparlament, argumentierte in einem Interview, es sei ein Problem, wenn CDU-Politiker wie Armin Laschet und er selbst zugleich als „konservativ" bezeichnet würden. Politik brauche „Klarheit der Sprache", also überlasse er, Krah, Laschet die Marke „konservativ" und sage selbst: „Ich bin rechts".[88]

In seinem eigenen Buch „Politik von rechts" bemängelt Krah, dass die „politische Rechte" in vielen hochaktuellen Fragen – wie etwa EU-Skepsis, Friedenspolitik und Einwanderung – aus der Zustimmung der Mehrheit der Wähler und Wählerinnen zu den inhaltlichen Positionen der AfD bislang keine entsprechenden konkreten Ergebnisse ableiten könne. Der Partei werde die „praktische Umsetzung ihrer politischen Ziele nicht zugetraut".[89] Das sei aber Voraussetzung, so Krah, um die CDU als Kraft rechts der Mitte zu ersetzen. Auch Kaiser warnte zuletzt davor, „konzept- und weltanschauungslos" in mögliche zukünftige Koalitionsgespräche zu gehen.[90] Tomasz Froelich, AfD-Europaabgeordneter, sieht seine Partei aber auf gutem Weg, konstatiert wachsende „personelle und weltanschauliche Stabilisierung".[91] Das Problem der AfD seien nicht mehr Inhalte, sondern der Stil, in dem sie Politik kommuniziere. Gerade bei jüngeren Parteivertretern beobachte er aber neuen politischen Pragmatismus, höhere Kompromissfähigkeit und disziplinierteres Auftreten.

Diesen Trend möchte die AfD-Parteiführung verstetigen. In einem Strategiepapier vom Juli 2025 gab sie das Ziel aus, eine Lage zu schaffen, in der der politische Graben nicht länger zwischen der AfD und allen anderen Parteien verlaufe, sondern „sich ein bürgerlich-konservatives Lager und ein sich radikalisierendes linkes Lager gegenüberstehen".[92] Schon 2024 bilanzierte Krah: Die CDU binde zwar viele konservative Wähler, neutralisiere sie aber zugleich, weil sei mit ihrer Brandmauer-Politik in Koalitionen mit linken Parteien gefangen sei. Das aber würde auf Dauer – wie bereits in Frankreich oder Italien – zur Zerstörung christdemokratischer Rechtsparteien führen. Die CDU, so Krah, „zerstört sich selbst".[93] Auch viele andere AfD-Politiker wie etwa der Bundestagsabgeordnete Jan Nolte, gaben sich im Gespräch für die hier vorliegende Studie, zuversichtlich. Die CDU lebe allein von ihrer Substanz und ihren alten Stammwählern, Jüngere gewinne sie kaum dazu.[94] Die Zeit, so Nolte, spiele für die AfD.

Was die einen in der AfD begrüßen, stößt bei anderen aber auf Widerstand. Teile des Parteivorfelds fürchten, die damit einhergehende Verbürgerlichung der Partei zulasten klarer eigener Inhalte. In dem bereits erwähnten Streitgespräch zwischen dem Rechtsaußen-Verleger Götz Kubitschek und dem AfD-Bundestagsabgeordneten Krah, warf Kubitschek Letzterem vor, opportunistisch seine eigenen Positionen über den Haufen zu werfen, um anschlussfähig an die Unionsparteien zu werden.[95] Ähnliche Vorwürfe äußerte in

86 Vgl. ebd., 120

87 Vgl. Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der Krisen*, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 96

88 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 1:24:06 (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=5046s), (abgerufen am 13.10.2025)

89 Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 209

90 Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 17

91 Vgl. Gespräch im Mai 2025

92 Vgl. AfD Fraktion im Deutschen Bundestag, *Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung*, Juli 2025, (https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/1VR9r0oN9wXMYYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

93 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 0:20:22, (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=1222s), (abgerufen am 13.10.2025)

94 Gespräch im Mai 2025

95 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Passen Sie sich der Fließrichtung an, Herr Krah?" – Fragen, Antworten, Streit -Podcast 46*, Götz Kubitschek Juni 2025, (https://open.spotify.com/episode/2ljZbDuBp3KAdykPa2nh0H), (abgerufen am 13.10.2025)

der Vergangenheit auch der IB-Aktivist Sellner. Er erinnerte an Heinz-Christian Strache, langjähriger Spitzenpolitiker und bis 2019 Vizekanzler der Rechtsaußen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), der „jungen Idealisten" geraten habe, sich statt in der IB, in „den Gebietskörperschaften der Partei" zu engagieren.[96]

Verwiesen wird von Gegnern einer Anpassungsstrategie auch immer wieder auf Entwicklungen in Frankreich und Italien. Bereits 2024 warnte zum Beispiel Kaiser vor einer „Melonisierung" der AfD. Die Politik der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni war für ihn damals nicht mehr als eine „establishmentkonforme Mitte-rechts-Show mit patriotischem Jargon", die aber keinerlei „grundsätzlichen Weichen" anders stelle.[97] Für Kaiser und andere birgt die sogenannte „Entteufelung", die in Deutschland oft mit Blick auf die französische Rechtsaußen-Politikerin Marine Le Pen und ihr *Rassemblement National* (RN) auch für die AfD in Aussicht gestellt wird, die Gefahr, eigene Grundsätze zu verraten und Teil des „Kartells" der Mitteparteien zu werden.

Das Beispiel Giorgia Meloni ist dabei besonders interessant. Während die Italienerin für Kaiser eine Opportunistin ist, die sich den Parteien der Mitte angepasst habe, warnte die Direktorin des römischen außenpolitischen Think Tanks *Instituto Affari Internazionale* (IAI), Nathalie Tocci, in einem Gastbeitrag in der Zeitschrift „Foreign Affairs" im März 2025 vor einer Verharmlosung Melonis. Schaue man genauer auf die einzelnen politischen Maßnahmen der italienischen Ministerpräsidentin, so Tocci, zeige sich, dass die radikale Rechte doch nicht wirklich gezähmt werden könne.[98]

1.4 METAPOLITIK, GRAMSCIANISMUS VON RECHTS UND KULTURELLE HEGEMONIE

Wer nach tieferen Gründen für Toccis Warnungen sucht, landet schnell bei einer Figur, die sich, wie bereits erwähnt, in der Neuen Rechten großer Beliebtheit erfreut: Antonio Gramsci. Dass ausgerechnet Italiens Kulturminister Alessandro Giuli 2024 ein Buch über ihn veröffentlichte mit dem Titel „Gramsci è vivo" (Gramsci lebt!) wirkt auf den ersten Blick paradox. Gramsci war ein marxistischer Philosoph, der vor 100 Jahren die kommunistische Partei Italiens mitbegründete, während Giuli, wie Meloni, einst dem neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) angehörte. Doch ein zweiter Blick erklärt die Begeisterung für Gramsci. Sie geht auch auf den bereits erwähnten Franzosen de Benoist zurück, der hier vor einigen Jahrzehnten die politische Brücke zwischen den Lagern geschlagen hat. De Benoist führte Gramsci und dessen Theorien der „kulturellen Hegemonie" schon in den 1960er Jahren in neurechte Kreise ein.[99] Gramsci habe „genau begriffen", schrieb de Benoist damals, dass alle „großen Revolutionen der Geschichte" auf politischer Ebene letztlich nur eine Entwicklung konkretisiert hätten, „die in den Geistern schon vor sich gegangen war".[100] So sei die Revolution von 1789 der Aufklärung gefolgt und Lenin auf Marx.

1985 heißt es im deutschen Vorwort zu de Benoists „Kulturrevolution von rechts", der Autor habe einen „Gramscismus von rechts" formuliert.[101] Etliche neurechte Vordenker von heute sehen sich in der Tradition de Benoists, wollen dessen Ideen sowie die Kulturkämpfe der 1960er Jahre fortführen. Begriffe wie „kulturelle Hegemonie" oder „Metapolitik"[102] prägen ihre Texte. Was sie damit meinen, lässt sich an einem konkreten Beispiel verdeutlichen: Überraschenderweise bezieht sich Kaiser in seinen Ausführungen immer wieder vor allem auf eine Partei: Die Grünen. Damit steht er nicht alleine in der AfD, auch andere Vordenker im AfD-Umfeld schauen häufig auf die Grünen, sind sie doch aus ihrer Sicht die politische Bewegung, die seit vielen Jahren immer wieder politische Debatten prägt, den Diskurs in Universitäten, Verwaltungen und in den Medien beherrscht, ohne selbst jemals mehr als 15 Prozent der Mandate im Bundestag gewonnen zu haben.[103] Als Beispiel zitiert Kaiser die Entscheidung zum Atomausstieg Angela Merkels, 2011: Die CDU-Kanzlerin habe damit lediglich den Prozess vollendet,

96 Vgl. Martin Sellner, *Regime Change von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 118

97 Benedikt Kaiser in Mariam Lau, *Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer*, Juni 2024, (https://www.zeit.de/2024/28/benedikt-kaiser-neonazi-autor-afd-extremismus), (abgerufen am 13.10.2025)

98 Vgl. Nathalie Tocci, *Why Europe's Far Right Can't Be Tamed*, March 2025, (https://www.foreignaffairs.com/europe/why-europes-far-right-cant-be-tamed), (abgerufen am 13.10.2025)

99 Vgl. Nathan Sperber und George Hoare, *How the Right Hijacked Antonio Gramsci*, März 2025, (https://jacobin.com/2025/03/right-gramsci-de-benoist-trump), (abgerufen am 13.10.2025)

100 Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 42

101 Vgl. Michael Böhm in Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 8

102 Welches der Verfasser des deutschen Vorworts von „Kulturpolitik von rechts" dem französischen reaktionären Gegner der Revolution von 1789, Joseph De Maistre, zuordnet, der den Begriff wiederum bei deutschen Philosophen des 18. Jahrhunderts entlehnt habe – Vgl. ebd., 9

103 Vgl. Gespräch im Mai 2025

den Grüne jahrzehntelang vorangetrieben hätten. Erfolgreiche Metapolitik sei das gewesen, ohne selbst entschieden zu haben.

Diesen metapolitischen Kampf, der meist außerhalb parlamentarischer Fraktionssitzungen und Bundestagsdebatten stattfindet, hat die politische Rechte aus Sicht neurechter Denker zu lange vernachlässigt und der Linken überlassen.[104] Diese Sicht der Dinge teilen mittlerweile sogar Kommentatoren wie der Autor und Herausgeber der Welt Ulf Poschardt. Im November 2025 schrieb Poschardt, auch in direktem Bezug auf Kaiser, das bürgerliche Lager habe „sich in den vergangenen vierzig Jahren im Kulturkampf vor allem durch das Hissen weißer Fahnen profiliert".[105] Der metapolitische Kampf, so Poschardt weiter, werde auch weiterhin „ganz links gewonnen und „[...] ganz rechts".

Deutschland ist dabei nur ein Beispiel für den Kulturkampf: In Italien will Meloni mit aller Macht die ihrer Ansicht nach linke Hegemonie in der Kunst und Bildungspolitik brechen.[106] In Frankreich forderte die Rechtsaußen-Politikerin Marion Maréchal, eine Nichte von Marine le Pen, schon 2018, von Gramsci zu lernen, um die „ideologische Dominanz der Linken" zu brechen.[107]

Und auch bei Rechtsaußen außerhalb Europas erfreuen sich Gramscis Ideen seit Jahren großer Beliebtheit:[108] Andrew Breitbart zum Beispiel, Taktgeber der *alt right*-Bewegung in den USA, pflegte den Gramsci entlehnten Leitspruch, Politik werde immer von der Kultur bestimmt. Ein Jahrzehnt später verweist der rechte Aktivist Christopher Rufo, der Trumps Angriffe auf die angeblich von links unterwanderten Eliteuniversitäten der USA maßgeblich konzertiert hat, auf Gramsci. Laut Rufo hat sich die Linke in der Auseinandersetzung um Ansätze wie die *critical race theory*, die im Rassismus nicht nur ein individuelles, sondern ein tief verwurzeltes strukturelles Problem sieht, Gramscis Kulturkampf-Theorie zu eigen gemacht. Dank dieses Kampfes habe die Linke die „kulturelle Hegemonie in der Bürokratie" gewonnen und so gehofft, dauerhaft die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft zu ändern. Derzeit schreibt Rufo ein neues Buch, das von Gramsci inspiriert sein soll und als „Manifest der Neuen Rechten" angekündigt wird.[109]

Die kulturelle Gegenrevolution ist aus Sicht vieler neurechter europäischer Beobachter in den USA spätestens seit Ende 2024 im Gange. Anfang 2025 hielt Sellner auf den Studientagen in Schnellroda einen Vortrag mit dem Titel „Trump, Musk und Wir".[110] In dem sächsisch-anhaltinischen Ort führt der rechtsaußen-Verleger Götz Kubitschek eine zentrale Denkfabrik der Neuen Rechten. Obwohl sein „Institut für Staatspolitik" formal aufgelöst wurde, existiert dort weiter ein ideologisches und strategisches Zentrum. In Schnellroda also beschrieb Sellner Chancen und Risiken, die sich mit dem Erstarken der *alt right*-Bewegung, mit der ersten Trump-Wahl 2016 und der Schwächung linksliberaler Kräfte in den USA für europäische Rechtsaußen wie die AfD ergeben hätten. Zwar habe Biden 2020 die Wahl gewonnen. Viel wichtiger aus Sellners Sicht war aber, dass *Twitter* 2022 von Elon Musk gekauft und viele Aktivisten der Neuen Rechten auf X entsperrt habe. Seither hätten er, Sellner, sowie viele andere eine viel größere Reichweite als etwa auf den zuvor genutzten *Telegram*-Kanälen.

Nicht nur im Parteivorfeld wird es als große Chance bewertet, dass der kulturelle Wind, der nun aus den USA über den Atlantik nach Europa weht, offenbar gedreht hat. Für viele AfD-Politiker scheint sich erneut zu bestätigen, dass grundlegende Veränderungen zunächst in der „Neuen Welt", in den Vereinigten Staaten, beginnen und dann – meist mit einer gewissen Verzögerung – auch die „Alte Welt" erfassen. Das ist jedenfalls ihre Hoffnung.

Um die Trendwende in Deutschland zu beschleunigen, begeben sich AfD-Politiker immer öfter in „metapolitische" Kämpfe – außerhalb parlamentarischer Räume. Nach der Bundestagswahl 2025 sagte der

104 Vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism,* 2021, Yale University Press, New Haven & London, 4

105 Ulf Poschardt, *Der Kulturkampf fängt gerade erst an,* November 2025, (https://www.welt.de/debatte/plus6920596052711a01b9dd5272/kas-bpb-bdk-der-kulturkampf-faengt-gerade-erst-an.html), (aberufen am 24.11.2025)

106 Vgl. Giorgio Ghiglione, *Why Giorgia Meloni Loves Antonio Gramsci*, Dezember 2024, (https://foreignpolicy.com/2024/12/13/giorgia-meloni-antonio-gramsci-italy-hegemony-culture/), (abgerufen am 13.10.2025)

107 Vgl. Octave Larmagnac-Matheron, *Quand Gérald Darmanin cite Antonio Gramsci*, Februar 2021, (https://www.philomag.com/articles/quand-gerald-darmanin-cite-antonio-gramsci), (abgerufen am 13.10.2025)

108 Vgl. Nathan Sperber und George Hoare, *How the Right Hijacked Antonio Gramsci*, March 2025, (https://jacobin.com/2025/03/right-gramsci-de-benoist-trump), (abgerufen am 13.10.2025)

109 Im amerikanischen Original: "Politics is downstream of culture" – Siehe etwa Conor Friedersdorf, How Breitbart Destroyed Andrew Breitbart's Legacy, November 2017, (https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/11/how-breitbart-destroyed-andrew-breitbarts-legacy/545807/), (abgerufen am 28.10.2025)

110 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Trump, Musk und Wir" Martin Sellner auf den Studientagen im Winter 2025*, Februar 2025, (https://open.spotify.com/episode/54W2ATnLn1VLEBeYyCmzlG), (abgerufen am 13.10.2025)

AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich in einem Gespräch mit Philip Stein, Leiter des neurechten Jungeuropa-Verlags, er wolle vor allem das Vor- und Umfeld der AfD stärken, weil dort rechte Kulturpolitik entstehe.[111] Im Oktober 2025 berichtete Helferich aus Venedig, in Italien sei er, um „Melonis erfolgreichen Kulturkampf" zu verfolgen. Die italienische Premierministerin zeige, wie „kulturelle Hegemonie" gelingen könne, etwa, indem (aus seiner Sicht) linke Leiter bedeutender Kulturinstitutionen durch Rechte ausgetauscht würden.[112]

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah betont seit Langem die Notwendigkeit eines „massiven Wandels" in der AfD und der verstärkten Konzentration auf den Kulturkampf. Krah hatte als ehemaliger Abgeordneter im Europaparlament bereits im Europawahlkampf 2024 darauf hingewiesen, dass Abgeordnete, die sich in ihrer täglichen Ausschussarbeit vergrüben und „öffentlich nicht wahrnehmbar" seien, ihre politische Aufgabe verkennten und darum aus seiner Sicht „falsche Volksvertreter" seien.[113]

Folglich setzte auch das AfD-Bundestagswahlprogramm 2025 solche metapolitischen Akzente. Gleich zu Beginn ist von „unseren Bürgern im Mehltau des linken Zeitgeistes" die Rede.[114] Doch statt, wie es etliche Stimmen aus dem AfD-Vorfeld fordern, auf die angeblich linke Vorherrschaft mit eigenen Programmen und Ideen zu antworten, zieht die AfD vor allem gegen die aus ihrer Sicht linke kulturelle Hegemonie zu Felde. Die „politisch aktiven Nichtregierungsorganisationen" werden kritisiert, genauso wie der Einfluss „sogenannter Bürgerräte" auf die demokratische Willensbildung.[115] Ein wirkliches AfD-Gegenprojekt fehlt, das Papier begnügt sich an dieser Stelle weitgehend mit Allgemeinplätzen, ein Programm ist allenfalls in Ansätzen erkennbar und klingt defensiv, zum Beispiel wenn der „ideologische Versuch" kritisiert wird, Preußen und das Kaiserreich „als geistige Vorläufer und ideologische Wegbereiter des nationalsozialistischen Regimes darzustellen".[116] Was die AfD für die Zukunft anbietet, bleibt, abseits von Versprechen wie dem Festhalten an „Werten der Aufklärung und des Humanismus" und Forderungen nach einer „geistig-kulturellen Erneuerung und Wende auf allen Ebenen" unklar.

Jenseits der populistischen Angriffe auf den politischen Gegner ist noch kein wirklich eigenes inhaltliches Profil der AfD erkennbar. Doch der kulturelle Moment ist opportun. Gerold Otten, AfD-Bundestagsabgeordneter, meint, dass schon die Wortmeldungen und der Beistand von Trump, Vance und Musk der AfD im Wahlkampf „durchaus geholfen" hätten, allein schon dank der enormen medialen Aufmerksamkeit.[117] Viele AfD-Vertreter sehen jedoch auch eine Gefahr in einer zu großen Abhängigkeit von den politischen Förderern jenseits des Atlantiks, zumal diese schon morgen wieder ihre Meinung wechseln könnten. Martin Sellner mahnte deshalb auf dem Treffen in Schnellroda: Die deutsche Neue Rechte solle die technologischen Möglichkeiten, etwa auf X, nach Kräften nutzen, aber dabei immer auch an die eigenen Ziele denken, denn „die Welle, die uns trägt, könnte jederzeit brechen".[118]

111 Vgl. Von rechts gelesen, *Matthias Helferich und der Kulturkampf*, März 2025 (https://open.spotify.com/episode/04oz8rJOUWWkgg1gePvhai?si=p9-DW7aHS3agR-dATvHhFQ&context=spotify%3Ashow%3A7lrbJZR7YrYWCn8tJV0EKe), (abgerufen am 13.10.2025)

112 Vgl. Matthias Helferich, @MatthiasMdb, Oktober 2025, (https://x.com/MatthiasMdb/status/1973745254139638162), (abgerufen am 24.11.2025)

113 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 1:28:15, (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=5295s), (abgerufen am 13.10.2025)

114 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 15 (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

115 Vgl. Ebd.135

116 Vgl. ebd. 170

117 Vgl. Gespräch im Mai 2025

118 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Trump, Musk und Wir" Martin Sellner auf den Studientagen im Winter 2025*, Februar 2025, (https://open.spotify.com/episode/54W2ATnLn1VLEBeYyCmzlG), (abgerufen am 13.10.2025)

2. Liberalismuskritik und die schwere Wahl zwischen Ost und West

Eine Analyse der Außenpolitik der AfD ist im Augenblick auch deshalb besonders wichtig, weil sich die Partei in einer Zeit als Alternative zu den „etablierten Parteien" positioniert, in der global alles in Bewegung geraten ist und viele bisherige Gewissheiten in Frage gestellt werden. Immer häufiger ist von einer globalen Krise des Liberalismus die Rede – einem Liberalismus, der nach weitverbreiteter Ansicht spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Sowjetunion als Sieger aus den ideologischen Kämpfen des 20. Jahrhunderts hervorgegangen war. Doch kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 stellte die damalige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock fest: „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht".[119]

Dieses jähe Erwachen hat fast die gesamte Welt erfasst und wird zusätzlich verstärkt, seit Donald Trump zum zweiten Mal ins Weiße Haus eingezogen ist. Die „Zeitenwende", die der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 ausgerufen hatte, gründete maßgeblich auf dem Fundament einer stabilen transatlantischen Partnerschaft und auf den amerikanischen Sicherheitsgarantien, ohne die internationale Politik für große Teile der Berliner Politik bis heute undenkbar ist. Dieses Fundament ist mit der Wahl von Donald Trump und der Infragestellung der bisherigen transatlantischen Ordnung brüchig geworden. Der „Epochenbruch" (Bundeskanzler Friedrich Merz) hat das außenpolitische Establishment in Berlin zusätzlich erschüttert.

Anders ist die Lage für die AfD. Für sie war die Dauerpräsenz amerikanischer Truppen in Europa und vor allem in Deutschland bisher ein Beweis mangelnder Selbstständigkeit und deutschen „Vasallentums". Nun erhält die AfD von Trump auf einmal Schützenhilfe für ihre politischen Positionen. Die neue Nähe zu den USA, vor allem zum amerikanischen Präsidenten und seiner Regierung, rüttelt allerdings an einer bislang zweiten außenpolitischen Konstante der AfD, die insbesondere für ihre Landesverbände in den östlichen Bundesländern lange identitätsstiftend war: die Nähe zu Russland.

In engen Beziehungen zur russischen Regierung unter Wladimir Putin und in der Relativierung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sahen etliche AfD-Vertreter lange eine Möglichkeit, sich von der westlichen, transatlantischen Orientierung der deutschen Außenpolitik deutlich abzugrenzen – und damit zu profilieren. Dass nun in den USA eine postliberale Alternative zum antidemokratischen und illiberalen Russland winkt, stellt die Partei vor eine bedeutende Richtungsentscheidung. Wohin soll sie sich wenden: gen Washington oder gen Moskau? Diese Frage ist auch deshalb wichtig, weil manche AfD-Politiker die Faszination für Russland als eines der großen Hindernisse auf dem Weg zur Koalitionsfähigkeit und Regierungsbeteiligung ausgemacht haben. Auch angesichts mehrerer Landtagswahlen im Jahr 2026, unter anderem in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, liegt hier die wohl wichtigste außenpolitische Richtungsentscheidung für die AfD.

Werden die falschen Signale gesendet, könnte der bisher eingeschlagene Weg für die AfD auch innenpolitisch gefährdet werden. Denn mit Blick auf die derzeit hohen Umfrageergebnisse für die Partei rechnen viele AfD-Vertreter damit, dass ostdeutsche Bundesländer mit der Zeit zum außenpolitischen Gegenmodell werden könnten – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Ostdeutsche Landesregierungen mit AfD-Beteiligung könnten zukünftig im Verbund mit „illiberaleren" osteuropäischen Staaten Teil einer „eurasischen" Bewegung werden, dann möglicherweise auch wieder mit einer engen Anbindung an Russland.

2.1. DER GLOBALE LIBERALISMUS IN DER KRISE

Bisher scheint die Welle, von der Sellner in Schnellroda sprach, nicht zu brechen – im Gegenteil. Mit dem Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump haben sich die Debatten zum Zustand der liberalen Ordnung

119 Vgl. Auswärtiges Amt, *Statement von Außenministerin Baerbock im Anschluss an die Sitzung des Krisenstabes der Bundesregierung im Auswärtigen Amt zum russischen Angriff auf die Ukraine*, Februar 2022, (https://germania.diplo.de/ru-de/baerbock-ukraine-2513404), (abgerufen am 24.11.2025)

weiter beschleunigt. Der eingangs zitierte amerikanische Philosoph Matthew Rose schrieb 2021: „Wir leben in einer postliberalen Zeit. Nach drei Jahrzehnten der Dominanz verliert der Liberalismus seinen Einfluss auf das westliche Denken."[120] Manche Beobachter sehen sich an die 1920er Jahre erinnert und warnen teilweise gar vor einem „neuen Faschismus"[121], der in Europa etwa von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni verkörpert werde. Der Faschismusforscher Sven Reichardt sieht gerade in „Verlustängsten, Unsicherheiten und Abwehrreflexen" von Arbeitern und Mittelschichten und ihrem „Aufstand gegen die Globalisierung" einige Parallelen zu den Entwicklungen im frühen 20. Jahrhundert.[122] Diese Ängste, so Reichardt, schafften den Nährboden für Rechtspopulisten in westlichen Demokratien. Der Soziologe Matthias Quent wiederum sieht vor allem das Gefühl vieler Menschen, in einer dauerhaften Krise zu stecken, als Faktor für anhaltende Wahlerfolge der Rechtspopulisten, auch der AfD. Und Quent warnt vor den Folgen: „Ein AfD-Staat wäre keine liberale Demokratie mehr."[123]

Diese Mahnung führt zu einer Schlüsselfrage in Bezug auf das Verständnis des außenpolitischen Programms der AfD und dessen potenzieller internationaler Anschlussfähigkeit: Wie groß ist der gesellschaftliche Rückhalt für die liberale Demokratie noch? Wie groß der Konsens über das, was der Begriff beinhaltet?

Während der *liberale* Charakter der Demokratie zuletzt in weiten Teilen der politisch-medialen Diskussion als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, wachsen inzwischen Zweifel daran. Der Politikwissenschaftler Manow hält die Entweder-oder-Einteilung von Demokratien als „liberal oder gar nicht demokratisch"[124] für „wagemutig" und „begründungsbedürftig".[125] Für Manow erlebt der Westen nicht eine Krise *der* Demokratie, sondern eine spezifische Krise *liberaler* Demokratien, die den Aufstieg populistischer Kräfte zur Folge habe. Auf 30 Jahre Liberalisierung, Verrechtlichung und entpolitisierte Debatten, so Manow, folge nun die Forderung nach mehr elektoraler Demokratie.[126] Beispiele wie der Brexit oder ein drohender Wahlsieg Marine Le Pens in Frankreich taugen aus seiner Sicht nicht als „Beispiel für Demokratiezerstörung" in Europa.[127]

Manows Hypothesen passen zu einer wachsenden Zahl von Stimmen, die überall auf der Welt die liberale Ordnung in der Krise sehen. So zogen zum Beispiel deutsche und amerikanische Politikwissenschaftler im Sommer 2025 in einem Artikel in *Foreign Affairs* folgenden Schluss: Die Institutionen der „internationalen liberalen Ordnung" seien von der demokratischen Willensbildung auf nationalstaatlicher Ebene inzwischen so weit entfernt, dass sie nicht mehr korrekturfähig seien.[128]

Ähnliche Diagnosen liegen auch einigen der im vorherigen Kapitel genannten Analysen des Rechtspopulismus zugrunde. So schreibt Goodhart etwa, der Populismus habe die „inhärente Spannung" des Begriffspaares „liberal" und „Demokratie" zum Vorschein gebracht – also die Spannung zwischen dem „Willen des Volkes" einerseits und „verfassungsmäßigen Rechten und Gesetzen" andererseits.[129] Auch de Benoist meint, wer die Begriffe „Demokratie" und „liberal" nicht trenne und losgelöst voneinander betrachte, könne die „Krise der Demokratie überhaupt nicht begreifen".[130] Liberalismus und Demokratie, schreibt er, seien in wichtigen Punkten „gegensätzliche Begriffe". De Benoist bezieht sich dabei auch auf den 1985 verstorbenen, deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt, der „Kronjurist" des Dritten Reiches und ein Gegner der parlamentarischen Demokratie sowie des Liberalismus.

Für Schmitt vertragen sich die Prädikate „demokratisch" und „liberal" nicht, repräsentieren aus seiner Sicht im Gegenteil eine strukturelle Unverträglichkeit.

120 Vgl. Matthew Rose, *A world after liberalism*, 2021, Yale University Press, New Haven & London, 2021, 2

121 Vgl. John Haltiwanger, *Why Authoritarians Attack Universities First*, April 2025, (https://foreignpolicy.com/2025/04/16/trump-authoritarians-universities-fascism-jason-stanley/), (abgerufen am 13.10.2025)

122 Sven Reichardt, *Die Neuerfindung des Faschismus*, April 2025, (https://www.faz.net/aktuell/politik/usa-unter-trump/trump-und-afd-jede-zeit-hat-ihren-eigenen-faschismus-110425807.html), (abgerufen am 13.10.2025)

123 Matthias Quent, *Eine Zäsur für die deutsche Demokratie?*, März 2025, (https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/559992/eine-zaesur-fuer-die-deutsche-demokratie/), (abgerufen am 13.10.2025)

124 Vgl. Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 2024, 13

125 Vgl. Philip Manow im Gespräch mit Ralf Hanselle, *Cicero Podcast Politik: „Der Populismus ist der Wiedergänger der liberalen Demokratie*, April 2025, (https://www.cicero.de/innenpolitik/philip-manow-podcast-ralf-hanselle-liberale-demokratie-populismus), (abgerufen am 13.10.2025)

126 Vgl. Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 2024, 25 f. – Die „elektoraler Demokratie" mit ihrem Fokus auf Wahlen wird häufig der „liberalen Demokratie" und ihrem Bemühen, politischer Vorgänge zu verrechtlichen, entgegengestellt.

127 Ein Gespräch von Maria Fiedler und Sebastian Fischer, *Man muss sich fragen, ob dieser spezielle deutsche Weg wirklich intelligent ist*, August 2024, (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gespraech-mit-politologe-philip-manow-deutschland-neigt-dazu-die-politik-durch-recht-zu-ersetzen-a-a677f8b6-d327-4ff2-88bf-bbec6fde8d64), (abgerufen am 13.10.2025)

128 Vgl. Stacie E. Goddard et. al., *Liberalism Doomed the Liberal International Order*, Juli 2025, (https://www.foreignaffairs.com/united-states/liberalism-doomed-liberal-international-order), (abgerufen am 13.10.2025)

129 Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 55

130 Vgl. Alain de Benoist, *Der populistische Moment*, 2021, Junge Freiheit Verlag, Berlin, 46 f.

Seine Ablehnung des Liberalismus erfreut sich bei Autoren der Neuen Rechten großer Beliebtheit, unter anderem bei de Benoist. Große Bedeutung hat Schmitts Freund-Feind-Denken, demzufolge Freunde stets Zugehörige der eigenen politischen Gemeinschaft und Feinde nicht persönliche Feinde, sondern kollektive politische Gegner sind. „Die Deutschen" hält de Benoist dabei für besonders treue Anhänger der liberalen Illusion, hingen sie doch einem „juristischen Moralismus" an, der mit „Gesetzesherrschaft" versuche, das klassische Freund-Feind-Schema Schmitts in der Politik zu vermeiden.[131]

Wir leben in einer postliberalen Zeit. Nach drei Jahrzehnten der Dominanz verliert der Liberalismus seinen Einfluss auf das westliche Denken.

– MATTHEW ROSE

Aufbauend auf Arbeiten des Philosophen Marcel Gauchet kritisierte de Benoist seit Jahrzehnten die weltweite Dominanz des Liberalismus. Sein Argument: Der zunehmend säkulare Westen versuche, über scheinbar universelle liberale Werte das Christentum zu „entokzidentalisieren", eine Art Zivilreligion zu schaffen.[132]

Zuletzt erschienen von de Benoist in deutscher Übersetzung unter anderem „Gegen den Liberalismus" (2019), „Der populistische Moment" (2021) oder die Essaysammlung „Den Westen brechen" (2023).[133] Der Liberalismus, so de Benoist, habe eine Globalisierung befördert, „die nichts anderes ist als die Umwandlung des Planeten in einen riesigen Markt".[134] Volk und Nation seien Hindernisse einer universellen liberalen Ideologie, die er mit Gauchet die „Doktrin der modernen Welt" nennt. Im Gespräch mit dem Autor der vorliegenden Untersuchung fragt de Benoist, mit welchem Recht der Liberalismus heute universelle Gültigkeit beanspruche und weltweit die „Ausübung der Demokratie an Bedingungen knüpft".[135] Für ihn ist es der Liberalismus selbst, der die Demokratie weltweit in die Krise stürze.[136]

Diese Auffassung vertritt auch der amerikanische Liberalismuskritiker Patrick Deneen. Seine Thesen fußen auf der Unvereinbarkeit der Begriffe „liberal" und „demokratisch". Es sei für den Liberalismus charakteristisch, so Deneen, dass er mithilfe verfassungsrechtlicher Schranken immer weiter die Souveränität des Volkes, des *Demos*, zu Gunsten einer neuen, globalen Elite einschränke.[137] Zur Illustration seiner Elitenkritik zieht Deneen die Geschichte des inoffiziellen Wahlspruchs der prestigeträchtigen Princeton University an der US-Ostküste heran: 1896 sei das Motto vom späteren US-Präsidenten Woodrow Wilson mit den Worten „Im Dienst der Nation" festgelegt worden, rund hundert Jahre später lautete es „Im Dienst der Nation und aller Nationen" und seit 2016 „Im Dienst der Nation und der Menschheit".[138] Für Deneen oder de Benoist steht genau dieser universalistische Anspruch im Widerspruch zum nationalen Mandat, das politische Eliten in demokratischen Nationalstaaten auch weiterhin legitimiert.

Überall auf der Welt arbeitet die Neue Rechte an einer postliberalen Ordnung und Teile der AfD schließen sich an. „Sprache und Geist", so der AfD-Vordenker Benedikt Kaiser, „müssen entliberalisiert werden".[139] Er und andere Anhänger neurechter Thesen beziehen sich immer wieder auf klassische deutsche Gegner des

131 Vgl. Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 149
132 Vgl. ebd., 43
133 Über den bereits erwähnten Jungeuropa-Verlag
134 Vgl. Alain de Benoist, *Gegen den Liberalismus*, 2021, Jungeuropa Verlag, Dresden, 7
135 Vgl. Gespräch im Juli 2025
136 Vgl. Alain de Benoist, *Der populistische Moment*, 2021, Junge Freiheit Verlag, Berlin, 46
137 Vgl. Patrick Deneen, *Regime Change*, Penguin Random House, 2023, 103
138 Vgl. ebd., 224
139 Mariam Lau, *Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer*, Juni 2024, (https://www.zeit.de/2024/28/benedikt-kaiser-neonazi-autor-afd-extremismus), (abgerufen am 13.10.2025)

Liberalismus. Carl Schmitt ist eine besonders häufige Referenz. Ein weiteres Mal Kaiser: Schmitt habe richtig erkannt, dass es „Sicherheit" nur im Staat gebe – „außerhalb seiner ist alles Naturzustand".[140] Weil heute das „Friedens- und Fortschrittsversprechen des Liberalismus" nach einem „kurzlebigen ‚Ende der Geschichte' hohl geworden"[141] sei, sehen Kaiser und andere die Gelegenheit für eine Alternative. Diese Überzeugung teilen immer häufiger auch ideengeschichtlich bewanderte Politiker der AfD. Im Vorwort zum Buch von Maximilian Krah, „Politik von rechts", schreibt Alexander Gauland, Bundestagsabgeordneter und AfD-Ehrenvorsitzender, die „Eine-Welt-Ideologie der liberalen Eliten" zerstöre „Lebenszusammenhänge und Traditionen gewachsener Gemeinschaften" und – in Anlehnung an die Thesen des Briten David Goodhart – „Anywheres bestimmen über die Somewheres".[142]

Krah selbst schreibt, der „herrschende Linksliberalismus" hasse das Volk, deshalb müsse die „identitäre Rechte" am „Volk" als „politisch relevanter Identitätsebene festhalten".[143] Er nimmt damit Anleihe an der Kritik Goodharts, de Benoists oder Deneens, die – in unterschiedlicher Abstufung – dem Liberalismus vorwerfen, nur Individuen und die Weltgemeinschaft zu kennen und Organisationsformen dazwischen – Familie, kommunale Gemeinschaften und auch das Staatsvolk – zu zerstören. De Benoist verweist im Gespräch auf Marcel Gauchet, der als erster „anerkannter Wissenschaftler in Frankreich" die Menschenrechtspolitik kritisiert habe, die ein „Oxymoron" sei, weil Politik immer territoriale Verankerung voraussetze, während die Menschenrechte Grenzen überschritten.[144] Es gibt viele weitere Beispiele, den AfD-Europaabgeordneten Tomasz Froelich zum Beispiel, der im April 2025 im Europaparlament Schmitt zitierte: „Wer Menschheit sagt, will betrügen". [145]

Ein klassisches Feindbild der AfD ist in Deutschland in diesem Zusammenhang die sogenannte „wertegeleitete Außenpolitik".[146] Die Abneigung gegen diese vorgeblich liberal geprägte Politik spricht aus dem AfD-Bundeswahlprogramm 2025. Dort heißt es etwa, die wertegeleitete Außenpolitik habe „die Welt nicht sicherer gemacht", und auch nicht den Ukraine-Krieg, den „Ausbruch des größten Krieges in Europa seit 1945" verhindert.[147]

2.2 UNVERHOFFTE SCHÜTZENHILFE AUS WASHINGTON

Das AfD-Wahlprogramm von 2025 erschöpfte sich aber nicht in Kritik an der wertegeleiteten Außenpolitik. Es schwankte zwischen der Hinwendung zu Russland einerseits und andererseits der Annäherung an die USA – die Wiederwahl von Donald Trump hat viele Gewissheiten der AfD durcheinandergeworfen. So forderten die Rechtsaußen „eine Verbesserung der Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten", weil die Trump-Regierung – ganz im Sinne der AfD – das „Ende der Klimaideologie und der Wokeness" einläute.[148]

Das war nach drei Jahren Kritik der AfD an der entschieden transatlantischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik unter Bundeskanzler Olaf Scholz ein deutlicher Positionswechsel der Partei. In den Jahren der verschiedenen Merkel-Regierungen und dann der Ampel-Koalition hatten AfD-Spitzenpolitiker regelmäßig mehr Distanz zu den Vereinigten Staaten gefordert. Als der Demokrat Joe Biden regierte, drängte der damalige AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krah 2023 auf größere „europäische Autonomie", weil sich seiner Ansicht nach die USA, traditionell „engster Partner" Europas, mehr und mehr entfremdeten.[149] Noch vor der Präsidentschaftswahl 2024 empfahl Krah zudem, parallel zum Ausbau der „strategischen Autonomie" Europas die Kontakte zur Neuen Rechten in den USA zu pflegen und weiter auszubauen.[150]

140 Vgl. Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 92

141 Vgl. ebd., 240

142 Vgl. Alexander Gauland in Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 8

143 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 54 f.

144 Vgl. Gespräch im Juli 2025

145 Tomas Froelich in europäisches Parlament, *Ausführliche Sitzungsberichte*, April 2025, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-04-01_EN.html), (abgerufen am 29.11.2025)

146 Siehe für Deutschland etwa Annalena Baerbock, *„Werte und Interessen sind kein Gegensatz"*, Dezember 2021, (https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2502928-2502928), (abgerufen am 13.10.2025)

147 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 86, (https://www.afd.de/wpcontent/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

148 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 91, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

149 Vgl. Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführlicher Sitzungsberichte*, 12. Dezember 2023, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-12-12-INT-2-501-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

150 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 67 f.

Auch mit Blick auf konkrete außenpolitische Positionen zwingt die Wiederwahl Trumps die AfD zu Anpassungen. Noch in der 20. Legislaturperiode (Oktober 2021 bis März 2025) hatte sich der AfD-Bundestagsabgeordnete und damalige außenpolitische Sprecher seiner Partei, Matthias Moosdorf, häufig durch Fundamentalopposition gegen die Ukraine-Politik der Bundesregierung (und ihrer US-Verbündeten) profiliert. 2023 warnte er, Deutschland verlasse bereits mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten den „gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung".[151] Selbst nach der Wiederwahl Donald Trumps erklärte die AfD-Ko-Vorsitzende Alice Weidel im Interview mit einem US-Medium, Amerikaner dürften mit Blick auf den Krieg in der Ukraine nicht erwarten, dass die „unfreien" Deutschen den Kampf „für sie übernehmen".[152] „Sklaven kämpfen nicht", bilanzierte sie die vorherrschende Auffassung der AfD zum deutsch-amerikanischen Verhältnis.

Nur wenige Tage vor diesem Interview hatte Weidel aber die Wahlkampfhilfe des Trump-Vertrauten Elon Musk angenommen. Mit einem Live-Gespräch auf seiner Plattform X unterstützte der Tech-Milliardär die AfD, nachdem er Ende 2024 bereits einen Gastbeitrag samt Wahlempfehlung für die Partei publiziert hatte.[153] Kurz vor der Bundestagswahl im Februar 2025 sorgte dann US-Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) für Aufregung. Er halte nicht Russland oder China für die größte Bedrohung der Freiheit Europas, so Vance, sondern den „Rückzug Europas von einigen seiner grundlegendsten Werte".[154] Aus seiner Sicht bedienten sich viele europäische Regierungen im Kampf gegen die Oppositionsparteien von rechtsaußen zunehmend der Zensur, der Einschränkung der Meinungsfreiheit und „Unterdrückung". Vance schloss seine Ausführungen mit der unverhohlenen Warnung an die in München versammelten europäischen Verbündeten: In Washington gebe es jetzt „einen neuen Sheriff".[155]

In Trumps Wiederwahl sah die AfD die Bestätigung des eigenen Wegs. Im Januar 2025 reisten unter anderem Ko-Parteichef Tino Chrupalla und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD, Beatrix von Storch, zu Trumps Amtseinführung nach Washington. Vertreter der damaligen deutschen Bundesregierung waren nicht eingeladen. Große Aufmerksamkeit widmete die AfD-Delegation dem Rechtsaußen-Publizisten Steve Bannon, einem Architekten des ersten Trump-Wahlsiegs von 2016. Bannon lobte, Deutschland könne nur von der AfD gerettet werden.[156] An ihm lässt sich anschaulich nachvollziehen, wie sehr sich die AfD-Position in den letzten Jahren verändert hat. Bannon, der in Italien seit Jahren den Aufbau einer neurechten Kaderschmiede, das *Dignitatis Humanae Institute* (DHI), vorantreibt und daran arbeitet, die amerikanische Rechte in Europa „zu vernetzen und zu verankern", hatte noch 2018 eine deutliche Absage vom damaligen AfD-Fraktionsvorsitzenden, Alexander Gauland, bekommen.[157]

Doch die Zeiten haben sich geändert und heute äußern sich viele AfD-Politiker enthusiastisch zur Beziehung zu den USA in den nächsten Jahren. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte sieht in der Unterstützung durch die Trump-Regierung eine politische „Legitimierung der AfD".[158] Er erwartet, dass sich die neue US-Regierung weltweit noch mehr als bisher mit Rechtsaußen-Parteien wie der AfD vernetzen wird, etwa über die *Conservative Political Action Conference* (CPAC), eine ursprünglich rein amerikanische Plattform, die zuletzt auch in Europa, vor allem in Ungarn, stattgefunden hat. Und Bundestagsabgeordnete anderer Parteien berichten, dass auf einigen Empfängen der US-Botschaft in Berlin AfD-Parlamentarier nun mitunter die Mehrheit der Gäste aus dem politischen Raum stellen.[159]

Zunehmend wartet die AfD aber nicht mehr nur passiv auf Hilfe, sondern setzt ihre Kontakte in Washington aktiv ein. Im Parteiprogramm für 2025 heißt es, die neue US-Regierung sei Partner im Einsatz „für die

151 Vgl. Moosdorf, *Plenarprotokoll 20/85*, Februar 2023, 68 f., (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20085.pdf#P.10114), (abgerufen am 13.10.2025)

152 Vgl. Alice Weidel in Sumantra Maitra, Slaves Don't Fight: AfD's Weidel Speaks Exclusively to The American Conservative, Januar 2025, (https://www.theamericanconservative.com/slaves-dont-fight-afds-weidel-on-germanys-future/), (abgerufen am 13.10.2025)

153 Vgl. Elon Musk in Jan Phillip Burgard, *Warum Elon Musk auf die AfD setzt – und warum er dabei irrt*, Dezember 2024, (https://www.welt.de/debatte/kommentare/article254982012/Warum-Elon-Musk-auf-die-AfD-setzt-und-warum-er-dabei-irrt.html), (abgerufen am 13.10.2025)

154 Vgl. J.D. Vance in Handelsblatt, *Die Münchener Rede des U.S. Vizepräsidenten im Wortlaut*, Februar 2025, (https://www.handelsblatt.com/politik/international/j-d-vance-die-muenchener-rede-des-us-vizepraesidenten-im-wortlaut/100107881.html), (abgerufen am 13.10.2025)

155 Vgl. ebd.

156 Steve Bannon in Anne Meiritz, *Trumps Amtseinführung euphorisiert die internationale Rechte*, November 2025, (https://www.handelsblatt.com/politik/international/usa-trumps-amtseinfuehrung-euphorisiert-die-internationale-rechte/100101841.html), (abgerufen am 13.10.2025)

157 Vgl. Simon Strauß, *Steve Bannons neurechte Kaderschmiede*, November 2025, (https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/steve-bannons-rechte-akademie-in-trisulti-einzug-in-italienisches-kloster-accg-110778929.html), (abgerufen am 24.11.2025)

158 Vgl. Gespräch im Mai 2025

159 Vgl. Gespräch im September 2025

Meinungsfreiheit und gegen die Internet-Zensur".[160] Maximilian Krah verortet die AfD in „einer Gemengelage [...] aus Innen- und Außenpolitik" und fordert, dass die Partei ihre „außenpolitischen Kontakte" in Washington gezielt ausspielen müsse – zum Beispiel um Druck auf die Bundesregierung und ihren Umgang mit der AfD auszuüben.[161] Ein Beispiel: Als im Mai 2025 das BfV die gesamte Partei als „gesichert rechtsextremistisch" einstufte, wurde das von US-Außenminister Marco Rubio und Vizepräsident J.D. Vance stark kritisiert. Krah vermutete, im Auswärtigen Amt in Berlin habe man ob der Intervention aus Washington „Kopf gestanden", weil deutsche Geheimdienste abhängig von US-Informationen seien: Bekämen die Dienste von der NSA keine Informationen geliefert, seien sie „blind".[162]

Die intensiven Kontakte der AfD in die Vereinigten Staaten bestätigt auch Marc Lindemann. Der ehemalige Bundeswehr-Nachrichtenoffizier und Büroleiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Lucassen berichtet von einer USA-Reise einer AfD-Delegation und den immer besseren Kontakten ins Pentagon, ins Außenministerium oder zu Abgeordneten und Senatoren auf dem Capitol Hill.[163] Dass sich solche Kontakte für europäische Rechtsaußen auszahlen, deutet sich immer häufiger an. So traf im Mai 2025 ein Berater des US-Außenministeriums in Paris Vertreter des rechtspopulistischen RN. Quellen im Außenministerium berichteten, dass dieser Berater anschließend empfohlen habe, die Le Pen-Partei mit Fördergeld der US-Regierung zu unterstützen.[164]

Derartige Unterstützungspläne für die AfD sind bislang nicht bekannt. Dass es sie eines Tages geben könnte, ist allerdings durchaus vorstellbar. Immerhin stellte der Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums im Jahr 2024 eine „Verschlechterung der Lage" in Deutschland fest, bemängelt „Zensur" und die „Einschränkung der Meinungsfreiheit".[165] Auch die im Dezember 2025 veröffentlichte neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA drängt unverhohlen darauf, „Oppositionsparteien" (gemeint sind vor allem Rechtsaußen-Parteien in ganz Europa) zu unterstützen, da sie die einzigen Kräfte seien, die sich gegen die „Auslöschung der Zivilisation" in Europa stemmten.[166] Noch bleiben die Strategie und der Bericht sehr vage, doch sollten die entsprechenden Regierungsstellen in Zukunft weiter politisiert und instrumentalisiert werden, ist eine noch stärkere Parteinahme im Sinne der AfD nicht ausgeschlossen. Jedenfalls bemüht sich die AfD mittlerweile in Washington aktiv um Unterstützung für ihre Belange, was auch Thema im folgenden dritten Kapitel sein wird.

Maximilian Krah verortet die AfD in „einer Gemengelage [...] aus Innen- und Außenpolitik" und fordert, dass die Partei ihre „außenpolitischen Kontakte" in Washington gezielt ausspielen müsse.

Allerdings regt sich in der AfD und ihrem Vorfeld durchaus auch Misstrauen gegen den Einfluss aus den USA, wächst die Sorge vor wachsenden Abhängigkeiten. Unmittelbar nach der US-Wahl im November 2024 warnte zum Beispiel der AfD-Europaabgeordnete

160 AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 91, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf) (abgerufen am 13.10.2025)

161 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Passen Sie sich der Fließrichtung an, Herr Krah?" – Fragen, Antworten, Streit -Podcast 46, Götz Kubitschek*, Juni 2025, (https://open.spotify.com/episode/2ljZbDuBp3KAdykPa2nh0H), (abgerufen am 13.10.2025

162 Vgl. ebd.

163 Vgl. Gespräch im Mai 2025

164 Vgl. Eric Bazail-Eimil, *US State Department adviser wanted to boost French far-right leader Marine Le Pen*, June 2025, (https://www.politico.eu/article/us-state-department-adviser-proposed-funding-french-far-right-marine-le-pen-appeal/), (abgerufen am 13.10.2025)

165 Vgl. U.S. Department of State, 2024 (https://www.state.gov/reports/2024-country-reports-on-human-rights-practices/germany/), (abgerufen am 13.10.2025)

166 White House, National Security Strategy of the United States of America, November 2025, 25, (https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf), (abgerufen am 8.12.2025)

Tomasz Froelich: „Bei aller Euphorie: Wir sollten uns nicht auf ihn verlassen, denn Trump ist US-Präsident."[167]

In Berlin sehen das viele ähnlich. Ein Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Hannes Gnauck, Lennart Krakow, bezeichnet die Münchener Rede von US-Vizepräsident J.D. Vance zwar als „großartig" und nennt Donald Trump einen „Glücksfall". Er schränkt aber sofort ein, denn das Glück könne sich schnell wieder wenden. Deshalb müsse man, so Krakow, die neue AfD-Partnerschaft mit den USA zwar pflegen, eigene Interessen aber immer im Blick behalten.[168] Dieser Meinung ist auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte. Trump sei eine „Chance", hege sicherlich Sympathien für die AfD,[169] sagt Nolte, warnt aber, dass diese Partnerschaft von kurzer Dauer sein könnte und sich die AfD langfristig auf sich selbst konzentrieren müsse.

Im Parteivorfeld der AfD sehen zudem viele Vordenker die Kooperation mindestens mit Teilen des *Make America Great Again* (MAGA)-Lagers sehr kritisch. Die Weltsicht von libertären Tech-Unternehmern wie Elon Musk oder Peter Thiel ist kaum mit neurechten Narrativen rund um die Wiederbelebung des Konservatismus und Kommunitarismus in Einklang zu bringen. Auch lässt sich die Silicon-Valley-Kultur kaum mit rechter Globalisierungskritik versöhnen. AfD-Mitarbeiter Benedikt Kaiser etwa rät deshalb, sich die US-Verbündeten genau auszusuchen. Aus seiner Sicht unkritische Transatlantiker der AfD, Beatrix von Storch zum Beispiel, bezeichnet er als „westextremistische Rechte".[170] Amerikanische Vordenker der Neuen Rechten wie Deneen sowie deren postliberale Programme verfolgt er hingegen „mit großem Interesse".[171] Kaiser hofft folgerichtig, dass die „postliberalen Rechten" um Vizepräsident Vance sich langfristig durchsetzen.

Wie zwiegespalten europäische Neurechte den kulturellen Wandel in den USA verfolgen, zeigen auch die Reaktionen auf die sogenannte „Neoreaktion", eine Bewegung, die Nils Wegner, der im Jungeuropa-Verlag publiziert, „Californian ideology" nennt. Ihr bekanntestes Gesicht ist Curtis Yarvin, dessen Denken laut Wegner sowohl von linksliberalen als auch rechtslibertären Ideen geprägt ist. Wegner nennt dies eine Synthese aus „Halsabschneider-Kapitalismus und Weltverbesserungsfantasien à la Woodstock".[172]

Insgesamt ist der Blick europäischer Rechtsaußen auf die US-Tech-Libertären aber von großem Misstrauen geprägt. Zwar ermöglichten der *Twitter*-Kauf Musks und dessen Entsperrung vieler rechtsaußen-Accounts „metapolitische Siege" (Martin Sellner). Doch mit Argwohn haben viele Neurechte ebenfalls registriert, dass der CEO der Thiel-Firma Palantir, Alexander Karp, 2023 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos damit prahlte, dass seine Software-Firma „im Alleingang den Aufstieg der Rechten in Europa aufgehalten" habe.[173]

2.3 RUSSLANDFASZINATION AUF DER PROBE

Spiegelbildlich zu ihrem USA-Bild befindet sich in den vergangenen Monaten auch der Blick der AfD auf Russland im Umbruch.

Seit der Gründung der Partei attestieren Beobachter der AfD eine „dezidiert russlandfreundliche Linie", die sich „fast zu einem Markenkern entwickelt" habe, wie die Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder und Bernard Weßels 2024 in ihrer umfassenden Analyse „Radikalisiert und etabliert" schrieben.[174] Natürlich hat der Ukraine-Krieg die Russlandpolitik der AfD nicht völlig unberührt gelassen, stellte die Partei vor neue Herausforderungen und Argumentationszwänge. Häufig verwiesen AfD-Politiker in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren auf die Präsenz US-amerikanischer Truppen in Deutschland. So argumentierte der AfD-Ko-Vorsitzende Tino Chrupalla wiederholt, dass ein Abzug der US-Soldaten aus Deutschland und Europa den Kontinent sicherer machen würde, auch

167 Vgl. Tomasz Froelich, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, November 2024, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2024-11-13-INT-2017004985702_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

168 Gespräch im Mai 2025

169 Vgl. Gespräch im Mai 2025

170 Vgl. Von rechts gelesen, *Hat Paneuropa jetzt seine historische Chance?*, März 2025, (https://open.spotify.com/episode/45CQcahv6nheHydydUbJ6F?si=ExGp1yc2Ti-NEETOwrBHzg), (abgerufen am 13.10.2025)

171 Vgl. Gespräch im Mai 2025

172 Vgl. Nils Wegner, *Neoreaktion und Dunkle Aufklärung*, 2024, Jungeuropa Verlag, Dresden, 23

173 CNBC, *Palantir CEO Alex Karp discusses economic and geopolitical outlook from Davos*, Januar 2023, (https://www.cnbc.com/video/2023/01/17/palantir-ceo-alex-karp-discusses-economic-and-geopolitical-outlook-from-davos.html), (abgerufen am 13.10.2025)

174 Vgl. Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels, *Radikalisiert und etabliert*, Juni 2023, 51, (https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

weil dies „ein gutes Signal an Russland" sei.[175] Ähnliche Kritik der AfD gab es ebenfalls an der Präsenz von US-Atombomben in Deutschland – und an der für 2026 geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Tino Chrupalla, der den Ukraine-Krieg im April 2022 einen „Stellvertreterkrieg" Russlands und der USA nannte, sieht seine Partei vor allem als Verteidigerin deutscher Interessen. Er sei weder ein „Putin", noch ein „Washington-Versteher", sagt der AfD-Ko-Vorsitzende.[176]

Der vorgeblich eigenen Unabhängigkeit stellt die AfD die vermeintliche USA-Hörigkeit anderer Parteien und der Bundesregierung gegenüber. Im AfD-Wahlprogramm 2025 heißt es, Russland sei stets ein „zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung" gewesen. Die Partei fordert die „Aufhebung der Wirtschaftssanktionen" gegen Russland und die „Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen", jener Pipelines, die Gas direkt aus Russland nach Deutschland lieferten beziehungsweise im Fall der Leitung Nord Stream 2 liefern sollten.[177]

Die Sprengung der Pipelines im September 2022 ist für die AfD seither ein willkommener Anlass, sich öffentlichkeitswirksam von CDU/CSU, SPD und Grünen abzugrenzen. Wenige Tage nach dem Anschlag sprach der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit vom „ersten kriegerischen Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland seit 1945".[178] Er kritisierte, dass die Bundesregierung einfach die Behauptung der Amerikaner übernehme, die Russen hätten die Pipelines zerstört. Im Februar 2023 warf der außenpolitische Sprecher Moosdorf der Bundesregierung vor, sich wie seinerzeit Angela Merkel, 2013, im Zuge der NSA-Affäre, von den US-Verbündeten vorführen zu lassen. In Anlehnung an das damalige Understatement Merkels bemerkte Moosdorf sarkastisch, die Kanzlerin würde mit Blick auf die Sprengungen wohl auch nur sagen: „Pipeline sprengen unter Freunden, das geht gar nicht."[179] Moosdorfs Nachfolger als außenpolitischer Sprecher der AfD, Markus Frohnmaier, kritisierte im neuen Bundestag ebenfalls die deutsche Position zu der Sabotage: „Kein Wort der Empörung, keine Forderung nach Aufklärung […]."[180]

Dass nun auch im Umfeld der US-Regierung der Aufklärungswillen in Berlin angezweifelt wird, dürfte im Sinne der AfD sein. Im Sommer 2025 erinnerte der ultrakonservative US-Kommentator Tucker Carlson im Gespräch mit dem Journalisten Paul Ronzheimer mit Blick auf die Pipeline-Sprengung daran, dass „die Biden-Regierung gesagt hatte, sie würde es tun", um den deutschen Journalisten daraufhin zu fragen: „Warum würden Sie Ihrem NATO-Verbündeten erlauben, ihre Hauptenergiequelle zu zerstören?"[181] Diese Sicht, die Deutschland als Vasall der USA darstellt, entspricht den Narrativen der AfD, die die „wertegeleitete" Außenpolitik der Bundesregierung und Verweise auf die „regelbasierte internationale Ordnung" immer wieder als naiv kritisieren. In seiner Rede von 2022 etwa zitierte Höcke Franz Josef Strauß, der über Deutschland gesagt habe, „wir sind nur die Stiefelknechte der USA".[182]

Höcke unterstrich dazu anschließend, der Krieg in der Ukraine habe neben den materiellen auch „weltanschauliche" Gründe. Hinter den Abgrenzungen von den USA und der Hinwendung zu Russland steckte über Jahre auch der Kampf gegen liberale Werte, wie zuvor beschrieben. Immer wieder zeigt sich das nicht nur in Äußerungen rund um den Krieg in der Ukraine, sondern auch zu Russland selbst. So schreibt Maximilian Krah, dass „klassische europäische Kultur" ohne Russland „kaum bestehen würde".[183] AfD-Politiker wie Moosdorf (ein Kammermusiker) verweisen gerne auf die große Literaturgeschichte Russlands, klassische Musik oder Ballett. Aus ihrer Sicht sei es

175 Vgl. Axel Wolfsgruber, *AfD-Mann Chrupalla findet US-Truppenabzug aus Deutschland gut und lobt Trump*, August 2020, (https://www.focus.de/kultur/kino_tv/focus-fernsehclub/tv-kolumne-zdf-sommerinterview-afd-mann-chrupalla-vergleicht-rechtsextremen-politiker-mit-angela-merkel_id_12300315.html), (abgerufen am 13.10.2025)

176 Vgl. Tino Chrupalla in Epoch Times, "*Es ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland, der hier stattfindet*", (https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/es-ist-auch-ein-stellvertreterkrieg-zwischen-usa-und-russland-der-hier-stattfindet-a3787076.html), (abgerufen am 13.10.2025)

177 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 91f., (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

178 Vgl. Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera, Oktober 2022, (https://pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/), (abgerufen am 13.10.2025)

179 Vgl. Matthias Moosdorf in Bundestag 2023, https://dserver.bundestag.de/btp/20/20085.pdf#P.10114 – Moosdorf spielte hier auf ein Zitat Merkels von 2013 an, die angesichts der Enthüllungen zur Abhörung ihres Handys durch die NSA gesagt hatte: „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht"

180 Vgl. Markus Frohnmaier in Bundestag, *Plenarprotokoll 21/7*, Mai 2025, 37, (https://dserver.bundestag.de/btp/21/21007.pdf#P.507), (abgerufen am 13.10.2025)

181 Vgl. Tucker Carlson in RONZHEIMER, *Paul trifft Tucker Carlson: Trump, Putin & der Machtkampf in den USA*, Juli 2025, (https://open.spotify.com/episode/1Bw1HYiItjE6wKwCxxoLND), (abgerufen am 13.10.2025)

182 Vgl. Björn Höcke, *Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera*, Oktober 2022, (https://pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/), (abgerufen am 13.10.2025) – eine Quelle zum Originalzitat von Strauß konnte der Autor nicht finden.

183 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 65

Russland gelungen, eine eigenständige europäische Kulturtradition gegen Einflüsse von außen, insbesondere aus den USA, zu bewahren. Krah schreibt dazu, der „Fehler der europäischen Neuzeit" sei „der Verlust des Mythos", der seiner Ansicht nach in Russland noch immer lebendig ist.[184] Für andere AfD-Politiker wie etwa Froelich ist Russland „in vielerlei Hinsicht nicht so degeneriert wie der Westen".[185]

Auf ähnliche Charakterisierungen Russlands stößt man – vor allem unter Postliberalen – ebenso in den USA. Nur wenige Tage nach dem Beginn des Angriffs auf die Ukraine warf Deneen dem Westen auf dem Blog *Postliberal Order*[186] offensive Absichten vor und „Lust, das bestehende Russland zu zerstören […]".[187] Wie für seinen Vertrauten J.D. Vance (in der Münchener Rede), scheint auch für Deneen die größte Bedrohung Europas nicht im aggressiven Revisionismus Russlands zu liegen, sondern in universalistischen Ansprüchen des Westens und der liberalen außenpolitischen Mehrheitsmeinung in seinem eigenen Land.[188]

Doch wie die transatlantischen Beziehungen der AfD, ist auch ihre Russlandpolitik im Umbruch. Sie wird zunehmend zum Vehikel innenpolitischer Richtungskämpfe. Ende 2024 wurde über einen Richtungsstreit berichtet, in dessen Zuge dem damaligen außenpolitischen Sprecher der AfD, Matthias Moosdorf, seine engen Kontakte nach Moskau vorgeworfen wurden.[189] Auch an dem Streit um seinen Nachfolger, Markus Frohnmaier, lässt sich der Konflikt nachvollziehen. Seine Ernennung sorgte in der AfD für Aufregung. Frohnmaier, dem noch vor wenigen Jahren vorgeworfen wurde, mit Reisen nach Russland das Putin-Regime zu legitimieren oder sogar mit russischen Geheimdiensten zu kooperieren[190], galt nun unter Vertretern des Parteivorfelds als Beweis für Versuche der Parteiführung, sich der Union als Koalitionspartner anzudienen. „Ich sehe überall die Tendenz zur Mäßigung", sagte etwa der Rechtsaußen-Verleger Kubitschek im Juni. Er selbst reiste zuletzt Ende 2025 nach Moskau, hielt dort Vorträge.[191] In Frohnmaier sah Kubitschek „eine richtige Figur Weidels". Frohnmaier sei „Transatlantiker" geworden, obwohl er bis vor Kurzem noch „eine vollkommen andere Flöte gespielt" habe.[192]

Für Kubitschek und andere Kritiker ist die Wahl Frohnmaiers Ausdruck der Anfang Juli 2025 in einer Fraktionsklausur vorgestellten Anpassungsstrategie der AfD-Führung.[193] Darin heißt es, die AfD strebe „Regierungsverantwortung in Deutschland" an. Für viele Parteimitglieder ist auf dem Weg dorthin die Außen- und besonders die Russlandpolitik der AfD noch immer das entscheidende Hindernis. Das zeigte etwa eine Rede des Bundeskanzlers in der Generaldebatte des Bundestags, Anfang Juli. Darin warf Friedrich Merz der AfD vor allem ihre außenpolitischen Positionen vor, hielt Oppositionsführerin Weidel vor, eine „rein nationalistische Rede" gehalten zu haben und beharrte auf der Fortsetzung der Ukraine-Unterstützung, „gegen den Widerstand […] der russlandfreundlichen Rechten".[194]

Hier geht inzwischen ein kleiner Riss, wenn nicht durch die ganze Partei, so doch zumindest durch die AfD-Bundestagsfraktion. Während die AfD-Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuss lange als pro-russisch galten, gingen jene im Verteidigungsausschuss auf Distanz zu Moskau. Marc Lindemann, Büroleiter des Bundestagsabgeordneten und Oberst a.D. Rüdiger Lucassen, hofft, dass sich Letztere durchsetzen werden.[195] Gestützt sieht er seine Hoffnung auch auf die neuen Positionen Frohnmaiers. Diesen Trend zu bestätigen scheint auch eine Episode aus dem November 2025: Eine AfD-Delegation mit mehreren Bundes- und

184 Vgl. ebd.

185 Vgl. Tomasz Froelich in Frederik Schindler, *„Auf diese Truppe habe ich keine Lust" – plötzlich kommt es zum Eklat*, August 2023, in (https://www.welt.de/politik/deutschland/plus246746076/AfD-Parteitag-Auf-diese-Truppe-habe-ich-keine-Lust-ploetzlich-kommt-es-zum-Eklat.html), (abgerufen am 13.10.2025)

186 Edward Feser, *Protect Our Flag*, September 2025, (https://www.postliberalorder.com/), (abgerufen am 13.10.2025)

187 Vgl. Carlotta Voß, *Für Gott und gegen das Böse*, April 2025, (https://www.blaetter.de/ausgabe/2025/april/fuer-gott-und-gegen-das-boese), (abgerufen am 13.10.2025)

188 Vgl. ebd.

189 Vgl. Julie Kurz und Kilian Pfeffer, *Selbst für die AfD zu russlandfreundlich*, November 2024 (https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-moosdorf-russland-100.html), (abgerufen am 23.11.2025)

190 Vgl. Maik Baumgärtner et al, *Moskau setzt auf AfD-Politiker Frohnmaier*, Mai 2019 (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-frohnmaier-russland-setzt-auf-jungen-afd-politiker-a-1269129.html), (abgerufen am 13.10.2025)

191 Vgl. Götz Kubitschek, *In Moskau. Teil 1: Vorträge*, November 2025, (https://sezession.de/70480/in-moskau-teil-1-vortraege), (abgerufen am 29.11.2025)

192 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Passen Sie sich der Fließrichtung an, Herr Krah?" – Fragen, Antworten, Streit -Podcast 46*, Juni 2025, (https://open.spotify.com/episode/2IjZbDuBp3KAdykPa2nh0H), (abgerufen am 13.10.2025)

193 Vgl. *Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung*, Juni 2025, (https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/1VR9r0oN9wXMYYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

194 Vgl. Merz in Bundestag, *Plenarprotokoll 21/17*, Juli 2025, 10f, (https://dserver.bundestag.de/btp/21/21017.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

195 Vgl. Gespräch im Mai 2025

Landtagsabgeordneten wollte an einem Gipfel im russischen Sotschi, dem „BRICS-Europa-Symposium", teilnehmen. Der außenpolitische Arbeitskreis der AfD stimmte der Reise zunächst zu, dann intervenierte die Parteiführung. Einige Teilnehmer reisten trotzdem, andere sagten ab.[196]

Außenpolitik bleibt also innerparteilich ein Thema mit Sprengkraft. AfD-Vertreter betonen zwar, Wahlen würden mit innenpolitischen Themen gewonnen und Außenpolitik sei „ein Thema on top für unsere Klientel".[197] Hört man aber Frohnmaier zu, der auch Spitzenkandidat der AfD für die Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 2026 ist, wird das Spannungsverhältnis sehr deutlich: Die Partei müsse geordnet auftreten, sagt er und Sicherheit ausstrahlen.[198] Für viele in seinem Bundesland ansässige Unternehmen seien die USA der wichtigste Absatzmarkt, gute Beziehungen zu Trump seien wichtig. Frohnmaier geht im Industrieland Baden-Württemberg 2026 unter völlig anderen Bedingungen in den Wahlkampf als die östlichen Landesverbände in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Wie groß diese Unterschiede sind, zeigt sich schon daran, wie in der AfD über Ostdeutschland gesprochen wird.

2.4 GEGENMODELLE: OSTDEUTSCHLAND, MITTELEUROPA UND EURASIEN

Nach der Bundestagswahl im Februar 2025 schaute man im In- und Ausland voller Erstaunen auf die Deutschlandkarte. Deutlich zeichneten sich alte und neue Bundesländer entlang der Wahlergebnisse ab. Im Osten (inklusive Berlin) kam die schwarz-rote Regierungskoalition auf gerade noch 30 Prozent, die AfD erreichte 32 Prozent.[199]

Diese Ost-West-Spaltung unterscheidet Deutschland stark von anderen europäischen Ländern, etwa von Frankreich oder Großbritannien, wo die Erfolge (rechts)populistischer Parteien meist vor allem mit der Entfremdung der Hauptstadt vom Rest des Landes erklärt werden. Die Stadt-Land-Spaltung kennzeichnet zwar auch in Deutschland und insbesondere im Osten zumindest einen Teil des Aufstiegs der AfD. Regionale und ökonomische Disparitäten sind aber schwächer ausgeprägt.[200] Die starken Trennlinien zwischen Ost und West gründen hierzulande vor allem auf Eigenheiten der ostdeutschen politischen Identität, deren Verstetigung der Soziologe Steffen Mau „Ossifikation" genannt hat.[201]

Innenpolitisch sieht die AfD in dieser Teilung viele Vorteile, vielleicht sogar ein Zukunftsmodell für die ganze Republik. Aus dem Umstand, dass die Partei im Osten schon heute Volkspartei ist, versucht sie, Lehren für den Rest des Landes abzuleiten. So könnte etwa die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026, in der die AfD nach gegenwärtigen Umfragen nicht nur stärkste Partei werden, sondern auf 40 Prozent der Stimmen kommen könnte (Stand November 2025), die Brandmauer-Strategie bundesweit in Frage stellen. Teile der CDU in Sachsen-Anhalt scheinen bereits heute zur Zusammenarbeit mit der AfD bereit.[202] Mancher in der AfD hofft auf einen Dominoeffekt und dass sich die Debatte schnell auf den gesamten Osten und womöglich von dort auf die gesamte Bundesrepublik ausdehnen könnte. „Sachsen first", schreibt Kaiser, wohl halb scherzhaft, „dann fielen womöglich weitere Länder".[203] Dass solche Gedankengänge für die Zukunft aber nicht ganz abwegig sind, zeigt der Blick über den deutschen Osten hinaus.

Sollten jedenfalls große Wahlerfolge der Rechtsaußen-Partei die CDU absehbar zu weiteren „Brandmauer-Bündnissen" zwingen, die vielleicht nur unter Beteiligung der Linken oder des Bündnisses Sarah Wagenknecht (BSW) möglich sind, rechnet man in der AfD schon jetzt mit wachsenden „Zentrifugalkräften" in der Union.[204] Der Brandenburger

196 Vgl. etwa Julie Kurz in Paul Ronzheimer, *Weidel vs. Chrupalla: Spaltet Putin die AfD? Mit Julie Kurz*, November 2025, (https://open.spotify.com/episode/4JXUl0KyXBXGC2NfiHzOHW), (abgerufen am 23.11.2025)

197 Vgl. NIUS, *AfD im Richtungsstreit: Solidarität mit Israel oder Neutralität*, Juni 2025, (https://www.youtube.com/watch?v=C9W32cLA2DA), (abgerufen am 13.10.2025)

198 Vgl. Gespräch im Mai 2025

199 Vgl. Matthias Quent, *Eine Zäsur für die deutsche Demokratie?*, März 2025, (https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/559992/eine-zaesur-fuer-die-deutsche-demokratie/), (abgerufen am 13.10.2025)

200 Vgl. Philip Manow, *Ein tief verunsichertes Land – politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart*, Oktober 2023, (https://www.ifri.org/de/studien/ein-tief-verunsichertes-land-politische-fragmentierung-und-polarisierung-im-deutschland-der), (abgerufen am 13.10.2025)

201 Vgl. Steffen Mau 2024, Ungleich vereint, Suhrkamp Verlag, Berlin, 20

202 Leonie Feuerbach, *Sie sind einfach immer da*, April 2025, (https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-praesenz-im-osten-sie-sind-einfach-immer-da-110425574.html) oder auch Felix Hackenbruch, Haseloff trifft in Sachsen-Anhalt ab, August 2025, (https://www.tagesspiegel.de/politik/haseloff-tritt-in-sachsen-anhalt-ab-auf-sven-schulze-wartet-eine-mammutaufgabe-14147108.html), (abgerufen am 13.10.2025)

203 Benedikt Kaiser, Die Konvergenz der Krisen [kursiv], 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 79

204 Vgl. Gespräch im Mai 2025

AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Berndt äußerte im März 2025 die Hoffnung, dass die Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die Republik „von hinten aufrollen" werden.[205]

Für viele AfD-Politiker ist die politische und ökonomische Krise Deutschlands vor allem eine Krise des westdeutsch-bundesrepublikanischen Modells. Dank der Angriffe Trumps und der anhaltenden Rezession gerate dieses Modell immer mehr unter Druck, verliere an Attraktivität. Aus Sicht der AfD offenbart sich hier die große Chance für ein eigenes Gegenmodell. Maximilian Krah schreibt, „eine politische Schule, die nicht imstande ist, Wohlstand zu generieren, wird scheitern".[206] Benedikt Kaiser führt den Autor und Journalisten Thorsten Hinz ins Feld, der ein „sukzessives Verlorengehen" des Vertrauens der Ostdeutschen in die Kompetenz des Westens konstatiert habe.[207] In dem im November 2025 erschienenen Buch „Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte" ergänzt Kaiser noch: „Das Vertrauen in die Krisenkompetenz [...], dass es beispielsweise Friedrich Merz diesmal wird richten können, schwindet langsam, aber unaufhörlich."[208]

In den ausgeprägten Unterschieden zwischen Ost- und West-Deutschland sieht die AfD große Chancen. Die Differenzen hat die Partei in den vergangenen Jahren immer wieder genutzt, um sich von der Politik der Bundesregierung abzugrenzen. 2023 zum Beispiel berief sich der damalige außenpolitische Sprecher der AfD, Matthias Moosdorf, mit Bezug auf den politischen Kampf der Bundesregierung gegen die AfD auch auf Ostdeutschland: „Gerade in den neuen Bundesländern erkennen die Menschen dieses Theater und sind es leid."[209]

Die AfD baut nicht nur regional, sondern bundesweit auf eine wachsende Dominanz der Partei in Ostdeutschland. Das Strategiepapier der Parteiführung von Juli 2025 nennt „Ostdeutsche" als Wählergruppe, in der bereits eine „engere Verankerung" der AfD „sichtbar" sei.[210] Der Osten als Basis und Vorhut – diese Erzählung will die AfD in Zukunft nutzen. In dem Strategiepapier heißt es, Ostdeutsche könnten als „Avantgarde von Demokratie und Freiheit" dargestellt werden, die Landbevölkerung als Träger „traditioneller Werte".[211] Jürgen Kaube, Herausgeber der FAZ, warnte im November, die AfD sei dabei, sich „als Utopie von rechts" zu etablieren.[212] Die Tatsache, dass mehrere AfD-Bürgermeister-Kandidaten es in die zweite Wahlrunde der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen schafften, kommentierte Maximilian Krah dann im Herbst 2025 auch mit den Worten: „Ostdeutschland wird größer".[213]

„Eines Tages", schreibt Kaiser, könne eine neue „konservative Revolution" ganz Mittelosteuropa erfassen.

In Fragen der Außenpolitik ist die Ost-West-Spaltung allerdings gefährlich für die Partei. Geht es um Russland und die USA, existieren laut dem Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der nach seiner Emeritierung zeitweise Forschungsdirektor des Brüsseler Ablegers des rechtskonservativen ungarischen *Matthias Corvinus Collegium* (MCC) war, im Osten Deutschlands

205 Vgl. Christoph Berndt in Kanal Schnellroda, *Wir brauchen eine Zivilgesellschaft von Rechts*, März 2025, (https://creators.spotify.com/pod/show/kanalschnellroda/episodes/Wir-brauchen-eine-Zivilgesellschaft-von-rechts----mit-Christoph-Berndt-im-Gesprch--Podcast-45-e2vl039), (abgerufen am 13.10.2025)

206 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 149

207 Vgl. Thorsten Hinz in Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 169

208 Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 249 f.

209 Matthias Moosdorf in Bundestag, *Plenarprotokoll 20/104*, Mai 2023, 93 f., (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20104.pdf#P.12651), (abgerufen am 13.10.2025)

210 Vgl. *Deutschland politisch gestalten – Das Ende der Brandmauer und der Weg in die Regierungsverantwortung*, Juli 2025, (https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/1VR9r0oN9wXMYYdP1VKEIL/1733b85a3101ab17ee119a024875cb66/Strategie_BvS_Fraktionsklausur2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

211 Vgl. ebd.

212 Jürgen Kaube, *Prinzipienreiterei ruiniert die Republik*, November 2025, (https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/prinzipienreiterei-der-afd-gegner-ruiniert-die-republik-accg-110762351.html), (abgerufen am 24.11.2025)

213 Vgl. Maximilian Krah, *@KrahMax*, September 2025, (https://x.com/KrahMax/status/1967925720354787750), (abgerufen am 13.10.2025)

„völlig andere Gemütslagen“ als im Westen.[214] In den östlichen Bundesländern korreliere latenter Antiamerikanismus mit prorussischen Positionen, beides sei für die AfD im Westen und für mögliche Koalitionen auf Bundesebene ein Problem. Die außenpolitischen Richtungskämpfe und umstrittenen Entscheidungen der Parteiführung spiegeln das Ringen um eine einheitliche Linie wider. Auch hier befürchten vor allem im Vorfeld der Partei viele, dass die AfD-Führung in Berlin immer stärker auf Anpassung drängt. Benedikt Kaiser sieht die Gefahr, mit einer Politik der „Majorität westlerisch sozialisierter Abgeordneter […]“, sogenannte „*Anywheres* von rechts“ zu produzieren.[215] Und als Maximilian Krah vermutete, die AfD könne im Osten nur dann auf 50 Prozent und im Westen auf 20 bis 25 Prozent kommen, „wenn wir Menschen die Angst nehmen“ (außenpolitisch etwa die westdeutsche Angst vor der Russlandnähe der AfD), reagierte Götz Kubitschek unwirsch und vermutete dahinter reinen Opportunismus.[216]

Im September 2024 wurde der AfD-Politiker Andreas Lichert mit den Worten zitiert: „Aus dem Osten kommt das Licht“.[217] Der Sprecher des hessischen Parteivorstands meinte damit in erster Linie die Wahlerfolge seiner Partei in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, die aus seiner Sicht eine Inspiration für westdeutsche AfD-Landesverbände sein sollten. Die Aussage lässt sich aber geografisch weiter fassen und auf ganz Europa übertragen. Benedikt Kaiser entwirft Szenarien, in denen der Funke ostdeutscher „Selbstbehauptung“, der Betonung der eigenen Identität, auf Europa überspringt. „Eines Tages“, schreibt er, könne eine neue „konservative Revolution“ ganz Mittelosteuropa erfassen. Die ostdeutschen Bundesländer wären dann eine Avantgarde an der Seite der Visegrád-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn.[218] Aus Kaisers Perspektive wäre eine solche neurechte Bewegung nach der Verwestlichung des Alten Kontinents im Zuge des Mauerfalls eine historische Revanche des vorliberalen Europas.

Auch deshalb registriert man in der AfD mit Genugtuung, dass insbesondere Ungarn als mittelosteuropäischer Staat aktuell die besten Kontakte zur Trump-Regierung hat. In einer Aussprache des Europaparlaments zur Zukunft der euro-amerikanischen Beziehungen nach der Wiederwahl Trumps sagte der AfD-Europaabgeordnete Tomasz Froelich, für die Verteidigung europäischer Interessen und strategische Autonomie Europas brauche es neues politisches Personal, „ein Orbán allein reicht nicht aus“.[219] Der aktuelle außenpolitische Sprecher der AfD, Frohnmaier, berichtet im Gespräch für die vorliegende Untersuchung erfreut über das wachsende Interesse der neuen US-Regierung an „mitteleuropäischer“ Politik.[220] Entsprechend bauen die AfD und ihr politisches Vorfeld ihre Kontakte auch in dieser Region aus, vor allem in Ungarn.

Dabei kommt der Partei entgegen, dass sich die Unionsparteien, lange der bevorzugte deutsche Partner Viktor Orbáns, heute gezwungen sehen, sich vom ungarischen Premier und seiner „illiberalen“ Politik zu distanzieren. AfD-Mann Kaiser berichtet, dass zwar auch die CSU nach wie vor Kontakte zu MAGA-Kreisen in Washington und nach Ungarn pflege. Für ihn sind die Unionsparteien aber absehbar „keine ernstzunehmenden Gegner“ im Streit um die Position als wichtigste rechte Ansprechpartner in Deutschland.[221]

Politikwissenschaftler Patzelt bestätigt diesen Eindruck. Vertreter der Neuen Rechten aus den USA und Osteuropa suchten den Kontakt zu den Unionsparteien, scheiterten aber an den Berührungsängsten der Deutschen, sodass eine Kooperation kaum möglich sei.[222] Die Vorsicht der Unionsparteien im Umgang mit Rechtsaußen, ihre Sorge vor einem Reputations- und Wählerverlust, öffnet der AfD gegenwärtig in den USA und einer Reihe osteuropäischer Staaten die Türen.

214 Vgl. Gespräch im Juli 2025

215 Vgl. ebd., 182

216 Vgl. Kanal Schnellroda, *„Passen Sie sich der Fließrichtung an, Herr Krah?“ – Fragen, Antworten, Streit -Podcast 46*, Götz Kubitschek Juni 2025, (https://open.spotify.com/episode/2ljZbDuBp3KAdykPa2nh0H), (abgerufen am 13.10.2025)

217 https://www.zeit.de/news/2024-09/07/jan-nolte-ist-afd-spitzenkandidat-fuer-bundestagswahl-demos

218 Vgl. Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 65

219 Vgl. Tomasz Froelich, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, November 2024, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2024-11-13-INT-2017004985702_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

220 Vgl. Gespräch im Mai 2025

221 Vgl. Gespräch im Mai 2025

222 Vgl. Gespräch im Juli 2025

3. Europäisch denken, die EU verändern

Spätestens seit den 1970er Jahren hat es immer wieder Versuche von Rechtsaußen-Parteien gegeben, sich europäisch zu vernetzen, um die nationale Isolierung zu durchbrechen. Doch die Versuche scheiterten an der meist streng nationalistisch-souveränistischen Ausrichtung dieser Parteien. In den letzten Jahren ist im Zuge der fortschreitenden Globalisierung und immer enger werdenden europäischen Integration das entstanden, was der Vernetzung lange im Weg stand: Die fortgesetzte Liberalisierung der EU und ihr progressives Selbstbild einer „immer engeren Union" haben dafür gesorgt, dass Rechtsaußen-Parteien in ganz Europa heute ein gemeinsames Feindbild haben, das die Vernetzung sowie den ideologischen und politischen Austausch maßgeblich erleichtert.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei seit vielen Jahren Viktor Orbán. Der Ungar war der erste europäische Staats- oder Regierungschef, der die wachsende europäische Integration offen herausforderte, sich und seiner Politik die Fremdzuschreibung als „illiberal" aneignete und diese politische Ausrichtung zum potenten Gegenmodell entwickelte. Orbán und Ungarn sind für die AfD und andere europäische Rechtsaußen-Parteien inzwischen ein Vorbild. Weil Orbán seinen Weg offensiv zur Nachahmung empfiehlt, entstehen hier neue Debattenräume rechts von den einstmals dominanten christdemokratischen Parteien. Und die gegenwärtige AfD-Führung sieht in der Partnerschaft mit Orbán eine Möglichkeit, den deutschen Wählerinnen und Wählern zu demonstrieren, dass die AfD keinesfalls völlig isolierte Positionen vertritt.

Selbstvertrauen und ideologische Vergewisserung ziehen AfD-Politiker und Intellektuelle im Umfeld der Partei außerdem aus der Tatsache, dass Konzepte wie das „Europa der Nationen", die die nationale Eigenständigkeit der EU-Mitgliedstaaten betonen, lange ein selbstverständlicher Teil europäischer Debatten waren. Der Verweis auf diese historischen Konzepte und Sprachbilder, insbesondere der französischen Politik, erleichtert der AfD die Abkehr vom liberal-progressiven Integrationsprozess der EU – eine Entwicklung, die von den anderen Parteien meist als alternativlos bezeichnet wurden.

Auch in Sachen Europapolitik profitiert die AfD massiv davon, dass die Trump-Regierung die entsprechenden Bestrebungen – anders als andere US-Regierungen zuvor – aktiv unterstützt. Dem Präsidenten, wichtigen US-Ministern sowie auch vielen einflussreichen Vertretern der MAGA-Bewegung ist die Europäische Union als das weltweit am weitesten fortgeschrittene Projekt eines postnationalen politischen Raumes ein Dorn im Auge. Gezielt betreiben sie eine Schwächung der EU in ihrer derzeitigen Form und unterstützen in ganz Europa Rechtsaußen-Parteien, in denen sie Verbündete für eine Renaissance vor allem jenes Westens sehen, der die Nation und das gemeinsame christliche und zivilisatorische Erbe Europas wieder ins Zentrum der Zusammenarbeit rückt.

3.1 EUROPÄISCHE VERNETZUNG DER RECHTSAUSSEN-PARTEIEN

Über Jahrzehnte blieben Vernetzungsversuche der europäischen Rechtsaußen fruchtlos. Die Autoren einer Studie mit dem Titel „Vernetzung der extremen Rechten in Europa" schrieben im Jahr 2000, von einer „ernsthaften Bedrohung" in diesem Sinne könne keine Rede sein. Sie merkten jedoch an, das könne sich ändern, wenn der „Rechtsextremismus seine Zersplitterung überwindet und mit einem gemeinsamen [...] Programm auftritt."[223] Diese Diagnose bietet sich als Ausgangspunkt für eine Betrachtung der Vernetzung der Rechtsaußen-Parteien heute an.[224]

Die Studie konstatiert, die „institutionalisierte Kooperation der Euro-Rechten" der 1970er Jahre sei gescheitert. Die Zusammenarbeit sei für die Zukunft jedoch nicht auszuschließen, vor allem, wenn „Existenz- und Erfolgsbedingungen" der Parteien und ihre gemeinsame Ausgangslage sich im Zuge der ökonomischen und politischen Integration Westeuropa angleichen würden.[225] Das ist geschehen: Heute teilen die Rechtsaußen ein gemeinsames (linksliberales) Feindbild und ein rechtspopulistisches Motto, das die Journalistin Anne

223 Vgl. Richard Stöss, *Zur Vernetzung der extremen Rechen in Europa*, Oktober 2000, 5 (https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

224 Ohne die Einordnung als extremistisch hier zu übernehmen.

225 Vgl. ebd., 20 ff.

Hähnig 2025 in der ZEIT wie folgt zusammenfasste: „Wir machen den Nationalstaat wieder stark".[226] Die Vernetzung ist damit erfolgsversprechender als zuvor.

Zudem sind europäische Rechtsaußen heute in „nahezu allen EU-Entscheidungsprozessen" präsent, ihre Integration in die EU ist „fortgeschritten" und nimmt weiter zu".[227] Dabei ist es vor allem die fortschreitende Liberalisierung, der die Neue Rechte europäisch den Kampf angesagt hat. Anstoß nimmt sie etwa an Machtgewinnen unabhängiger Zentralbanken und europäischer Gerichte, die Politik vielerorts „nationalen demokratischen Entscheidungen" entzogen habe, wie der Journalist David Goodhart 2016 schrieb.[228] Er zitierte Ivan Krastev, einen bulgarischen Politikwissenschaftler, der schon 2006, kurz nach der großen EU-Osterweiterung, anmerkte, dass „Populisten offen antiliberal und Eliten heimlich antidemokratisch" seien.[229] Goodhart sieht in dieser Beschreibung die gesamte europäische Integration zusammengefasst, die eine „lokale Version der Globalisierungsgeschichte" sei. Die EU-Integration, ihre Technokratie und ihr Bestreben, die nationale Ebene zu überwinden, seien Eliten-Vorhaben, ein „Anywhere-Projekt par excellence", schreibt der Brite und sieht darin ein anschauliches Beispiel für die „Anywhere-Übergriffigkeit".[230]

Im Kampf gegen die EU treibt auch die AfD die europäische Vernetzung voran. Während für Teile des AfD-Vorfelds, Rechtsaußen wie Götz Kubitschek etwa, „der Fokus meist national" bleibe, richte Benedikt Kaiser, wie es in einem Portrait heißt, seinen Blick „nach Europa, vor allem nach Frankreich"[231]. Im Gespräch für diese Studie bestätigt Kaiser, dass gerade jüngere Neurechte „gesamteuropäisch denken", kaum jemand nur „auf den Nationalstaat als Referenzrahmen" setze. [232] Er räumt zwar ein, dass nationalistische Impulse wie die *préférence francaise* oder „Deutschland zuerst" europäischer Zusammenarbeit teilweise nach wie vor im Weg stünden. Doch Kaiser arbeitet trotzdem an einer besseren Vernetzung und gemeinsamen Ansätzen.

Auch Abgeordnete engagieren sich für engere Kooperation, in erster Linie in Brüssel, verstärkt aber auch in Berlin. Im Europawahlkampf 2024 fasste der damalige AfD-Spitzenkandidat Krah es im Interview so zusammen: „Die wichtigen Entscheidungen heutzutage werden in Brüssel getroffen. Also gehen wir dahin".[233] Seit 2019, so Krah, habe die AfD in Brüssel ein „gutes Netzwerk aufgebaut, weit über die eigene Fraktion hinaus". In seinem Buch von 2023 schreibt er, „die Musik der Politik spielt nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene".[234] Der wichtigste Beweggrund für mehr Kooperation sei dabei nicht immer die Suche nach Mehrheiten. Für Krah ist das Gefühl entscheidend: „Wir sind nicht mehr allein."[235]

Neben dem Wunsch, dank größerer Vernetzung der nationalen Isolation zu entfliehen, suchen Rechtsaußen-Parteien auch Kontakte, um Strategien gegen die ihrer Ansicht nach repressiven Methoden linksliberaler Regierungen zu diskutieren. Der Europaabgeordnete Froelich berichtet, dass rechtsnationale Parteien aus ganz Europa sich auf der amerikanischen CPAC-Konferenz austauschen und gemeinsam bei der Trump-Regierung um Beistand werben, um „Repressionen zu stoppen".[236] Im Kampf um die Wiedererlangung nationaler Souveränität in der EU ist für Froelich „kluge Bündnispolitik" mit europäischen Partnern unerlässlich. Er glaubt, dass selbst bei bislang zögerlichen europäischen Rechtsaußen-Parteien allmählich ein „Umdenken" und eine (Wieder-)Annäherung an die AfD stattfinde. Rückschläge wie im Europawahlkampf 2024, als der RN umstrittene Interviewaussagen des Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah, zur SS zum Anlass nahm[237], die Deutschen im Europaparlament aus

226 Vgl. Anne Hähnig, *Das ist doch kein Protest!*, September 2025, (https://www.zeit.de/kultur/2025-09/rechtspopulismus-waehlerschaft-globalisierung-diskussion), (abgerufen am 13.10.2025)

227 Vgl. Nicolai von Ondarza et. al., *Die schleichende Integration von Rechtsaußenparteien in Europa*, September 2025, (https://www.swp-berlin.org/publikation/die-schleichende-integration-von-rechtsaussenparteien-in-europa), (abgerufen am 13.10.2025)

228 Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 55

229 Ivan Krastev, *Between elite and people: Europe's black hole*, August 2006, (https://www.opendemocracy.net/en/europe_blackhole_3796jsp/), (abgerufen am 13.10.2025)

230 Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 91

231 Vgl. Mariam Lau, *Für so kleine Ziele springt doch niemand ins Feuer*, Juni 2024, (https://www.zeit.de/2024/28/benedikt-kaiser-neonazi-autor-afd-extremismus), (abgerufen am 13.10.2025)

232 Vgl. Gespräch im Mai 2025

233 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 1:28:15 , (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=5295s), (abgerufen am 13.10.2025)

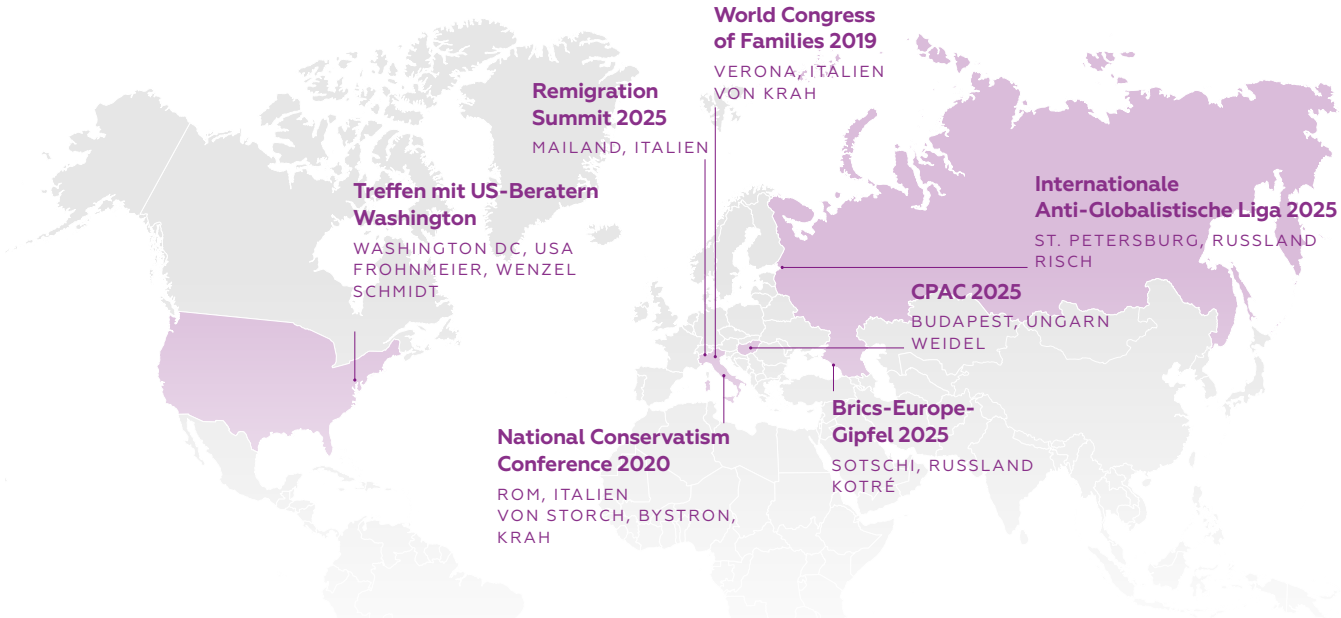
234 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 81

235 Vgl. ebd.

236 Vgl. Gespräch im Mai 2025

237 Mehrere Aussagen Krahs zur SS in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La Repubblica* sorgten im Mai 2024 für Aufregung – vgl. Tonia Mastrobuoni, *La versione di Krah*, 2024, (https://www.repubblica.it/esteri/2024/05/17/news/candidato_elezioni_europee_afd_maximilian_krah_estrema_destra-423009349/), (abgerufen am 21.10.2025)

Beispiele für Teilnahme von AfD-Abgeordneten an Konferenzen und Rechtsaußen-Vernetzungstreffen



Quellen: Für NatCon 2020: https://www.endstation-rechts.de/news/nationalistischer-kongress-rom; Zu WCF 2019: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/alternative-fuer-deutschland-maximilian-krah-afd-europawahl-ostdeutschland/seite-2; Zu CPAC: https://www.dw.com/en/central-europes-right-wing-populist-networks-up-their-game/a-72802046?utm_source=chatgpt.com; Internationale Anti-Globalistische Liga 2025: https://www.fr.de/politik/teil-von-putins-chef-ideologe-geplant-afd-politiker-nimmt-an-rechtsexremisten-treffen-in-russland-zr-93963513.html; Remigration Summit 2025: https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1112000; Brics-Europe-Gipfel 2025: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-11/afd-russland-reise-brics; Treffen mit US Beratern Washington: https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-politiker-usa-reise-frohnmaier-gottschalk-washington-li.3316154?reduced=true

der gemeinsamen Fraktion „Identität und Demokratie" (ID) zu drängen, sind für Froelich und viele andere AfD-Politiker nur vorläufige Rückschläge.

Langfristig scheint für jüngere AfD-Politiker, Intellektuelle und Aktivisten die Vernetzung mit den europäischen Gleichgesinnten Priorität zu haben, prestigeträchtig zu sein. Froelich berichtet aus Brüssel von dem „wachsenden Interesse" von AfD-Bundestagsabgeordneten an Reisen nach Brüssel, um mit europäischen Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen.[238] Auch die AfD-Chefs Alice Weidel und Tino Chrupalla seien schon mehrfach zu Gast gewesen und nun müsse, sagt Froelich, der Aufbau eigener Denkfabriken und Netzwerke folgen. Auch hier leisten Trump und seine MAGA-Bewegung Schützenhilfe, etwa mit dem ihnen nahestehenden Think Tank *Heritage Foundation* oder der bereits erwähnten rechten Kaderschmiede Bannons, DHI und den CPAC-Konferenzen. Selbst Gegner des transatlantischen Annäherungskurses der AfD, Benedikt Kaiser etwa, glauben, dass sich „ein lernender Blick auf die Vereinigten Staaten anbietet", gerade auf die *Heritage Foundation*, die „systematisch, geduldig und beständig" arbeite.[239] Das Feindbild eines als autoritär empfundenen linksliberalen Establishments hilft dabei, bisherige Differenzen im Rechtsaußen-Lager zu überwinden.

An der Spitze der antiliberalen Bewegung in Europa steht, wie bereits beschrieben, Viktor Orbán. Er hat seit rund zehn Jahren „metapolitische" Macht aufgebaut, von der andere Rechtsaußen in Europa bisher nur träumen. Ein häufig zitiertes Beispiel des Erfolgs von Orbáns Strategie ist das Budapester *Mathias Corvinus Collegium* (MCC), dessen Brüsseler Außenstelle sehr aktiv ist. Der Politikwissenschaftler und ehemalige

238 Vgl. Gespräch im Mai 2025
239 Vgl. Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 195

Leiter des Brüsseler MCC-Büros Werner Patzelt sieht das Collegium als Teil einer europäisch-christdemokratischen Bewegung, die von der Union in Deutschland aufgegeben worden sei. Folgt man Patzelt, wird sie aus Ungarn heraus wiederbelebt.[240]

Neurechte übernehmen in dieser Lesart Positionen, die christdemokratische Parteien rechts der Mitte überall in Europa aufgegeben haben. Patzelt beobachtet das mit Blick auf die Annäherung zwischen der AfD und Orbán, sieht ähnliche Entwicklungen auch transatlantisch.[241] Und auch in der AfD wird das aufmerksam verfolgt. Im September 2015, schreibt Kaiser, habe Orbán vor CSU-Politikern dafür geworben, mit national-christlicher Ideologie „die Vorherrschaft nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Europa wiederzugewinnen".[242] Orbán, Vertreter der Trump-Regierung und ihnen nahestehende Think Tanks suchen weiterhin entsprechende Kontakte zur Union. Die aber meidet laut Patzelt solche Rechtsaußen-Gesprächspartner. Das bestätigen auch CDU-Politiker wie Nathanael Liminski, Chef der Staatskanzlei NRW, der in Interviews als „Vordenker der CDU" vorgestellt wird. Die „Christdemokratie deutscher Prägung", so Liminski, habe mit den MAGA-Vertretern kaum noch Berührungspunkte. „Von Schnittmengen würde ich schon gar nicht mehr sprechen."[243]

In diese Lücke stößt die AfD, Kaiser nennt die Leerstelle der Union „gewaltig".[244] Die „inhaltslose Darbietung der Union" hinterlasse „ein ideologisches Vakuum".[245] Er zitiert Journalisten, Mark Siemons von der FAZ zum Beispiel, der im Juni 2025 über das neue CDU-Grundsatzprogramm schrieb, dort sei „kein einziger eigenständiger oder zusammenhängender Gedanke zu erkennen".[246] Oder Mariam Lau von der ZEIT, die in ihrem 2025 veröffentlichten Buch „Merz. Auf der Suche nach der verlorenen Mitte" fragte, wovon die Union „ideologisch leben" solle, wenn gesellschaftspolitisch „nur das grün-rote Weltbild erlaubt bleibt".[247] Das Vakuum versucht nun die AfD zu füllen. Ko-Chefin Weidel reiste vor der Bundestagswahl 2025 erstmals zu einem Treffen mit Orbán. Auf einer Pressekonferenz lobte sie dessen Politik und kündigte an, seinem Weg zu folgen.[248] Nur drei Monate später, die AfD war mit 20,8 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei geworden, bezeichnete Weidel Orbán als „Leuchtfeuer der Freiheit" und sprach vom „gewaltigen Wind des Wandels" in Europa.[249]

Im August 2025 reiste Weidel erneut nach Ungarn, zum „MCC Feszt", einem Kulturfestival des *Collegiums* im ungarischen Esztergom.[250] In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hieß es dazu, die AfD werde unterschätzt, aber anders als vielfach gesagt, „nicht in ihrer Radikalität, sondern in ihrer Professionalität".[251] Für Aufregung in Deutschlantd sorgte der Weidel-Besuch vor allem, weil sie dort auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig traf. Weidel nannte diese Begegnung einen „entspannten Smalltalk unter Abgeordneten".[252]

3.2 UNGARN, „EURASIEN" UND DAS ILLIBERALE EUROPA

Zum Verständnis außen- und europapolitischer Positionen der AfD ist es notwendig, kurz darauf einzugehen, wie Viktor Orbán Leitfigur des Gegenmodells der bisherigen EU-Integration wurde. Zur Erklärung wird häufig eine Rede Orbáns zitiert, die er 2014 in Rumänien hielt und die den Beginn der Konfrontation mit der EU markierte: „Nur weil ein Staat nicht liberal ist", so Orbán, könne er „dennoch eine Demokratie sein". Sein Ungarn werde ein „illiberaler", „nicht-liberaler Staat" sein.[253]

240 Vgl. Gespräch im Juli 2025

241 Vgl. Gespräch im Juli 2025

242 Vgl. Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 154

243 Vgl. Nathanael Liminski in Tina Hildebrandt und Mariam Lau, *„Als Partei der Mitte führen wir keine Kulturkämpfe"*, Oktober 2025, (https://www.zeit.de/2025/42/nathanael-liminski-cdu-kulturkaempfe-rechtspopulismus-usa), (abgerufen am 13.10.2025)

244 Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 28

245 Vgl. ebd., 30

246 Siemons in ebd.

247 Mariam Lau in Benedikt Kaiser, *Der Hegemonie Entgegen. Gramsci, Metapolitik und Neue Rechte*, 2025, Jungeuropa Verlag, Dresden, 29

248 Vgl. Tagesschau, *Weidel lobt Ungarn als „großes Vorbild"*, Februar 2025, (https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/weidel-orban-ungarn-100.html), (abgerufen am 13.10.2025)

249 Spiegel, *Weidel rühmt Orbán und dankt Maaßen*, Mai 2025, (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alice-weidel-ruehmt-viktor-orban-und-dankt-hans-georg-maassen-a-d710ddb2-6690-407d-a94d-b0b46427bb2e), (abgerufen am 13.10.2025)

250 Siehe: (https://mccfeszt.hu/en/), (abgerufen am 13.10.2025)

251 Vgl. Friederike Haupt, *Der Ehrgeiz der AfD*, August 2025, (https://www.faz.net/aktuell/politik/geld-und-netzwerke-der-ehrgeiz-der-afd-110625384.html), (abgerufen am 13.10.2025)

252 Vgl. ebd.

253 Vgl. Viktor Orbán, *Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp*, Juli 2014, (https://2015-2019.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp), (abgerufen am 13.10.2025)

Für Empörung sorgte diese Rede in liberalen Kreisen laut dem Politikwissenschaftler Philip Manow auch, weil sich Orbán „eine zentrale Kategorie der Fremdbeobachtung aneignete und umwertete".[254] „Illiberal": Mithilfe dieses Wortes, so Manow, versuche Ungarns Premier seit Jahren aus der abwertenden Zuschreibung eine positive Alternative zu dem vorherrschenden Modell europäischer Politik zu formen.

Nach vielen Jahren des Streits reagierte 2022 das Europäische Parlament und nahm mit großer Mehrheit einen Bericht an, der Ungarn als „hybrides System der Wahlautokratie" bezeichnete.[255] Der Bericht zeichnet den Konflikt zwischen dem liberalen und verrechtlichten Modell der EU-Integration einerseits und dem elektoralen Gegenmodell andererseits nach, das Rechtsaußen-Parteien in Europa favorisieren und einfordern. Letzteres will statt des liberalen Rechtsstaats und der Betonung von Minderheitenrechten vermehrt Wahlen und Mehrheitsentscheidungen auf nationaler Ebene in den Mittelpunkt der Politik rücken. Geläufige Erklärungen, Orbán habe ein „autokratisches Skript" geschaffen, das Nachahmer nun kopierten, ergänzt Manow durch eine weitere Beobachtung: Die „illiberalen" Methoden Orbáns müsse man als Reaktionen auf die vorherige Liberalisierung und Verrechtlichung der Politik seit den 1990er Jahren verstehen.[256]

Diese Betrachtung kommt aus Manows Sicht zu kurz. Spreche man von einem demokratischen Rückschritt, einem „backsliding", werde das vorherige „progressing", die Phase weitgehender Liberalisierung, übersehen.[257] Ein Demokratiedefizit ließe sich nicht von der Hand weisen, wo Politik zunehmend auf europäischer Ebene, statt in nationalen Parlamenten gemacht werde.[258] Dieses Demokratiedefizit hatte schon 1999 Jean-Claude Juncker illustriert. In einem Interview sagte der damalige luxemburgische Ministerpräsident und spätere EU-Kommissionspräsident, der Orbán 2015 „Diktator" nannte[259]: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab [...]. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."[260] Stefan Auer, der als Professor für Europastudien an der Universität Hong Kong forscht und lehrt, sieht in dem Juncker-Zitat ein klassisches Beispiel für den Streit zwischen Befürwortern und Gegnern eines technokratischen, der Öffentlichkeit weitgehend entzogenen EU-Integrationsprozesses.[261]

An Ungarn scheiden sich also die Geister. Für viele Konservative, Liberale und Linke hat das Land unter Orbán das gemeinsame europäische Wertefundament verlassen. Für die Neue Rechte ist das „illiberale" Ungarn Vorbild. Der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner etwa nennt Orbáns „konservative Revolution" vorbildlich für „rechten *Social change*": In Ungarn sei „rechte kulturelle Hegemonie" erkämpft worden und auch die „Theoriebildung läßt sich sehen".[262] Orbán habe ein „starkes Gegennarrativ zur herrschenden Ideologie in Westeuropa" geschaffen und die „Kulturrevolution von rechts" vorgelebt.[263] Schon bevor Weidel nach Ungarn reiste, bezogen sich viele AfD-Politiker auf Orbán: Björn Höcke etwa sprach 2022 mit Blick auf „illiberale" Staaten wie Ungarn, Russland oder Serbien vom wichtigsten „Frontverlauf" der Gegenwart.[264] Er trenne zwischen Staaten, die „in jedem Volk und jeder nationalen Ordnung etwas sehen, das bewahrt werden muß" und jenen, die sich „globaler Zivilisation" unterwürfen. Hätte er die Wahl zwischen dem „globalistischen Westen" und „traditionellen Osten", wählte er „den Osten!"[265]

Da ist er wieder – der Osten als Gegenmodell zum vermeintlich dekadenten Westen. Auch de Benoist

254 Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 2024, 86

255 Vgl. EP Plenartagung, *Ungarn: „Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte"*, September 2022, (https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220909IPR40137/ungarn-zerfall-der-demokratie-der-rechtsstaatlichkeit-und-der-grundrechte), (abgerufen am 13.10.2025)

256 Philip Manow, *Unter Beobachtung*, 2024, Suhrkamp, Berlin, 2024, 140

257 Vgl. Manow ebd., 158

258 Vgl. Philip Manow im Gespräch von Maria Fiedler und Sebastian Fischer, *Man muss sich fragen, ob dieser spezielle deutsche Weg wirklich intelligent ist*, August 2024, (https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gespraech-mit-politologe-philip-manow-deutschland-neigt-dazu-die-politik-durch-recht-zu-ersetzen-a-a677f8b6-d327-4ff2-88bf-bbec6fde8d64), (abgerufen am 13.10.2025)

259 Vgl. Jean-Claude Juncker in Bild, *„Hallo, Diktator"*, Juni 2015, (https://www.bild.de/politik/ausland/europaeische-parlament/video-vom-gaga-gipfel-41519856.bild.html), (abgerufen am 13.10.2025)

260 Vgl. Jean-Claude Juncker in Dirk Koch, *Die Brüsseler Republik*, Dezember 1999, (https://www.spiegel.de/politik/die-bruesseler-republik-a-3d75c854-0002-0001-0000-000015317086), (abgerufen am 13.10.2025)

261 Vgl. Stefan Hauer, *European Disunion. Democracy, Sovereignty and the Politics of Emergency*, 2022, C. Hurst & Co., London, 4

262 Vgl. Martin Sellner, *Regime Change von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 252 ff.

263 Vgl. ebd., 260

264 Vgl. Björn Höcke, *Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera*, Oktober 2022, (https://pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/), (abgerufen am 13.10.2025)

265 Ebd.

schreibt in „Den Westen brechen", Europa müsse sich „vom Westen loslösen und dem Osten zuwenden".[266] Wo Höcke vom „Frontverlauf der Gegenwart" spricht, erkennt de Benoist „geopolitische Kraftlinien"[267] und verweist auf Klassiker der geopolitischen Schule des 19. und 20. Jahrhunderts. Zu ihnen zählt unter anderem der britische Geograph Halford Mackinder, der Russland als „Heartland" Eurasiens und als Herausforderer der angelsächsischen Seemacht beschrieb. De Benoist leitet daraus Lektionen für die aktuelle Politik ab und führt Argumente an, die man seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine auch aus der deutschen Debatte kennt: Die „verhängnisvolle" Osterweiterung des NATO-Gebiets oder die Bezeichnung der ukrainischen Bürgerproteste auf dem Kiewer Maidan 2014 als „Staatstreich" auf dem „Euromaidan".[268]

Als Gegenmodell zum „verwestlichten" Europa bringt die Neue Rechte seit den 1990er Jahren immer wieder auch das „Eurasien"-Konzept in Stellung. Der russische Philosoph Alexander Dugin prägte zuletzt vor rund zehn Jahren mit diesem geopolitischen und zivilisatorischen Gegenmodell zum liberal-westlichen Modell die Debatten. Er berief sich dabei explizit auf die Denker der „Konservativen Revolution" in Deutschland und Vertreter der geopolitischen Schule in München aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In einem Interview griff Dugin etwa 2014 den westlichen Universalismus an und berief sich dabei ausdrücklich auf Kulturtheoretiker wie „Oswald Spengler, Arnold Toynbee und Nikolai Danilewski". Russland sei heute europäischer als Europa selbst, so Dugin. „Bei uns werden deutsche Romantiker wie Schelling und Hegel, wie Heidegger und Schmitt gepflegt und nicht verflucht."[269]

Während der russische Philosoph, der zwischenzeitlich als Ideengeber Putins galt, heute nur noch für wenige AfD-Politiker und Vertreter des Parteivorfelds eine Referenz ist, sind Verweise auf „Eurasien" beliebt geblieben. Ende 2024 entwarf Björn Höcke in einer Rede ein Europa, „dessen Wirbelsäule von Paris über Berlin nach Moskau verläuft."[270] Im Wahlprogramm der AfD von 2025 wird gefordert, die Beziehungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion auszubauen.[271] De Benoist fragt in seinen Texten seit Jahrzehnten, ob das 21. Jahrhundert ein „eurasisches" sei, ein Szenario, das die USA heute wegen der möglichen sino-russischen Allianz fürchteten. Hinter dem Krieg in der Ukraine vermutet er die Position des Landes als „Drehscheibe Eurasiens"[272].Wenig überraschend sind russische Regierungsvertreter heute bemüht, Eurasien-Referenzen in den westeuropäischen Diskussionen zu verankern. Außenminister Sergei Lawrow zum Beispiel verwies Ende 2024 auf Ergebnisse einer „produktiven internationalen Konferenz für eurasische Sicherheit in Minsk", an der neben eurasischen Ländern auch „Vereinigungen und Delegationen aus allen Teilen des Kontinents, einschließlich Westeuropas, teilnahmen".[273]

Insgesamt aber ist die Bezugnahme auf Eurasien in der AfD inzwischen umstritten. Der Disput ist Ausdruck des Grabens zwischen pro-russischen und den seit Donald Trump zunehmenden pro-transatlantischen Positionen in der Partei. Lange waren auch die Verweise auf das illiberale Ungarn und die eurasische Idee Ausdruck des Versuchs, „einen geistigen Keil zwischen die USA und Europa zu treiben", wie es die Publizistin Liane Bednarz 2023 ausdrückte.[274] Orbán bleibt bis heute eine Referenz, die Kritik in der AfD an Verweisen auf Dugin und die Eurasien-Idee steht also für Kritik an den pro-russischen Positionen insgesamt. Auch das unkritische Russlandbild, das sich hinter der Eurasien-Begeisterung verbirgt, gerät in den Fokus. Der AfD-Europapolitiker Froelich, der Russland laut eigener Aussage gut kennt, plädiert zwar für stärkere eurasische Zusammenarbeit und pragmatische Beziehungen zu Moskau, warnt aber vor einer „romantisch-naiven" Verklärung des Landes, die er bei manchen Mitgliedern seiner Partei erkennt.[275]

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Krah übt Kritik. Während das heutige Europa der EU im Grunde

266 Vgl. Alain de Benoist, *Den Westen Brechen*, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 339

267 Vgl. ebd., 338

268 Vgl. ebd., 341 ff.

269 Alexander Dugin in Spiegel, *„Jeder Westler ist ein Rassist"*, Juli 2014, (https://www.spiegel.de/kultur/jeder-westler-ist-ein-rassist-a-66c183e1-0002-0001-0000-000128101577), (abgerufen am 13.10.2025)

270 Björn Höcke in Kilian Beck, *AfD-Politiker fordern Distanzierung von USA und Annäherung an Russland*, Dezember 2024, (https://www.merkur.de/politik/afd-politiker-fordern-distanzierung-von-usa-und-annaeherung-an-russland-93472733.html), (abgerufen am 13.10.2025)

271 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 92, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

272 Vgl. Alain de Benoist, *Den Westen Brechen*, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 20 f.

273 Sergej Lawrow, *Rede des Außenministers der Russischen Föderation, auf dem Internationalen Science-Fiction-Forum „Die Zukunft gestalten"*, November 2024, (https://mid.ru/de/press_service/photo/meropriyatiya_s_uchastiem_ministra/1979085/), (abgerufen am 13.10.2025)

274 Vgl. Liane Bednarz, *„Multipolare Weltordnung": Israel, Ukraine und die Neue Rechte*, November 2023, (https://heimatkunde.boell.de/de/2023/11/03/multipolare-weltordnung-israel-ukraine-und-die-neue-rechte), (abgerufen am 13.10.2025)

275 Vgl. Gespräch im Mai 2025

ein „Anti-Europa“ sei, schreibt er, ein Europa ohne eigene Tradition, Kultur, Geschichte, sei auch das „Ausweichen“ auf Eurasien „schon vor der russischen Invasion in der Ukraine keine Option“ gewesen.[276] Die „Hinwendung nach Osten“, so Krah, setze, um nicht als Flucht ins Fremde zu enden, eine „vorherige Klärung des eigenen Selbst“ voraus.[277] Diese Klärung ihres Europa-Bilds beschäftigt die AfD zunehmend – in Brüssel und ebenso in Berlin.

3.3 GEGEN DIE EU – FÜR EIN EUROPA DER NATIONEN

Die Europäische Union dient der AfD und anderen europäischen Rechtsaußen-Parteien als Feindbild, vor allem weil sie oberhalb des Nationalstaats eine „neue Ebene politischer Autorität und Souveränität etabliert“ habe.[278] Das Bundestagswahlprogramm 2025 der AfD macht die Kritik an einer Reihe von Beispielen fest: Dem AfD-Gründungsthema von 2013 entsprechend, wird der Europäischen Zentralbank (EZB) „Manipulation der Anleihemärkte“ vorgeworfen, die für die Institution das „tägliche Geschäftsmodell“ sei.[279] Abgelehnt wird auch die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik[280], in der Entwicklungspolitik soll jedes Mitgliedsland für sich entscheiden, um das „Eigeninteresse der Nationalstaaten besser zu vertreten“.[281] Die innere Sicherheit sollte aus AfD-Sicht zukünftig Vorrang vor europäischen Vorschriften genießen, etwa in der Migrations- und Asylpolitik.[282] Kurzum, „zentralistische Bestrebungen“ aus Brüssel werden strikt abgelehnt und die AfD fordert einen „Bund europäischer Nationen“, ein „Europa der Vaterländer“.[283]

Die AfD-Programmatik damit rundweg als „antieuropäisch“ abzutun, wie das in Deutschland oft geschieht, greift aber zu kurz. Dieses oberflächliche Urteil verstellt den Blick auf die Tatsache, dass die Partei europäische Zusammenarbeit nicht pauschal ablehnt, sondern eine ganz andere Vorstellung davon hat. Mit ihrem Plädoyer für ein „Europa der Vaterländer“ präsentiert die AfD mittlerweile ein grobes Gegenmodell zur derzeitigen EU. Außen- und Verteidigungspolitiker der AfD bestätigen ausnahmslos, dass Kooperation notwendig und „jedes europäische Land für sich genommen verloren“ sei.[284] Marc Lindemann, Büroleiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Lucassen, beschreibt die Veränderungen, 2017 habe kaum jemand in der Fraktion europäisch argumentiert.[285] Auch im AfD-Vorfeld plädieren viele Intellektuelle für die Europäisierung der Rechtsaußen-Politik. Benedikt Kaiser sieht den „kommenden Konservatismus“ als „solidarisch, patriotisch und – drittens – europäisch“.[286] Wer auf die De-Nationalisierung „national engstirnig“ und ohne Partner reagiere, so Kaiser, sei zu „realpolitischer Wirkungslosigkeit verdammt“.[287] Langfristig böten „Nationalstaaten, diese Geschöpfe des 19. Jahrhunderts, weder dauerhaften Schutz vor den *Failed states* an den Grenzen Europas noch Sicherheit vor den Verwerfungen der globalistischen Prinzipien […].“[288]

Die ideengeschichtlichen Fundamente dieses Europas der souveränen Vaterländer legten in den 1970er Jahren die Zirkel im Umfeld von de Benoist und des GRECE. So schrieb zum Beispiel Armin Mohler Im Vorwort zu de Benoists Essaysammlung „Kulturrevolution von rechts“, die französische Rechte habe die Europapolitik des „sonst auf der Rechten geächteten General de Gaulle“ akzeptiert.[289] De Benoist selbst schrieb, der „Genius Europas“ sei „essenziell ein Genius der Gemeinschaft“ und weniger denn je sei es „möglich, sich abzusondern“.[290] Bis heute beziehen sich rechte EU-Skeptiker in ihrer Kritik auf de Gaulles Kampf gegen föderalistische Ideen und seine Betonung des „Europas der Nationen“.

276 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Antaois Verlag, Schnellroda, 63
277 Vgl. ebd., 64
278 Vgl. Philip Manow, Ein tief verunsichertes Land – politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart, 23 ff., (https://www.ifri.org/de/studien/ein-tief-verunsichertes-land-politische-fragmentierung-und-polarisierung-im-deutschland-der), (abgerufen am 13.10.2025)
279 https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf, 63
280 Vgl. ebd., 86
281 Vgl. ebd., 96
282 Vgl. ebd., 102
283 Vgl. ebd., 86
284 Gespräch im Mai 2025
285 Vgl. Gespräch im Mai 2025
286 Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 99
287 Vgl. ebd., 100
288 Ebd., 112
289 Vgl. Armin Mohler in Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 25
290 Vgl. de Benoist, Kulturrevolution von rechts, 117

De Benoist beschrieb sich als Anhänger des „Regionalismus". Den Reichtum Europas machen aus seiner Sicht regionale Unterschiede aus, deren Stärkung er für die avantgardistische Antwort auf die zunehmende Vereinheitlichung des Kontinents hält.[291] In jüngeren Publikationen schränkt er aber ein, der „Rückzug auf den Nationalstaat" könne angesichts einer „ohnmächtigen" EU nur eine „vorübergehende Strategie" sein.[292] Bei Autoren wie de Benoist wurden in den letzten Jahren jüngere Neurechte wie Kaiser auf der Suche nach Ideen für die „konservative Revolution europäischer Dimension" fündig.[293] Und der außenpolitische Sprecher der AfD, Frohnmaier, drückt sich zwar wesentlich prosaischer aus, meint im Kern aber dasselbe: Die EU sei ein Smoothie und die AfD wolle zurück zum Obstsalat.[294]

Das Konzept des „Europa der Vaterländer" ist inzwischen zur Lieblingsformel von AfD-Politikern geworden.[295] Der AfD-Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese etwa plädierte 2018 in einer Rede „für ein starkes Europa der Nationen".[296] Er reagierte damit auf die seiner Ansicht nach zentralistischen Vorschläge von Emmanuel Macron, die der französische Präsident in seiner Rede an der Sorbonne-Universität im September 2017 vorgetragen hatte. Und immer wieder verbaten sich AfD-Politiker wie Maximilian Krah vor allem im Rechtsstaats-Konflikt zwischen der EU, Polen und Ungarn die von ihnen behauptete „Allzuständigkeit" der EU. Sie kritisierten den Vorrang des Unionsrechts und forderten, die derzeitige EU durch einen „Bund europäischer Nationen" zu ersetzen.[297] Als damaliger AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl gab Krah im Juli 2023 die Devise eines „Europas der Vaterländer" aus.[298] Und Björn Höcke verkündete etwa zur selben Zeit, die gegenwärtige EU müsse sterben, „damit das wahre Europa leben kann".[299]

Weil auch die AfD die Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit grundsätzlich anerkennt, ist sie inzwischen anschlussfähig für gemeinsame, europäische Vorschläge der Rechtsaußen-Parteien geworden. Zu Besuch in Brüssel sprach der AfD-Ko-Vorsitzende Tino Chrupalla Ende 2023 nach einem Treffen mit Spitzen der Rechtsaußen-Fraktionsgemeinschaft „Identität und Demokratie" von „Aufbruchstimmung" mit Blick auf die Europawahl. Gemeinsam wolle man sich für ein „starkes Europa der Nationen einsetzen".[300] Björn Höcke sprach zugleich vom „Bund europäischer Staaten", der das „Europa der Lobbyisten, der Bürokraten und der Großkonzerne" ersetzen werde.[301] Und im Podcast „Jung & Naiv" erklärte Maximilian Krah, wie die AfD „die EU transformieren" wolle: Die europäische Ebene wolle man zwar erhalten, aber um- und abbauen. Dazu gehöre absehbar die Abschaffung des EU-Parlaments und ein massiver Bürokratieabbau.[302]

Mit ihrem Plädoyer für ein „Europa der Vaterländer" präsentiert die AfD mittlerweile ein grobes Gegenmodell zur derzeitigen EU.

291 Vgl. ebd., 114

292 Vgl. de Benoist, Den Westen brechen, 368

293 Vgl. Kaiser 2023, 111

294 Vgl. Gespräch im Mai 2025

295 De Gaulle selbst verneinte, je vom „Europa der Vaterländer" gesprochen zu haben. Vgl. de Gaulle in INA, https://www.ina.fr/ina-eclaire-actu/video/i00012372/charles-de-gaulle-l-europe-des-patries

296 Vgl. Siegbert Droese in Bundestag, *Plenarprotokoll 19/15*, Februar 2018, 30 ff, (https://dserver.bundestag.de/btp/19/19015.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

297 Vgl. Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Oktober 2021, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-10-19-INT-2-033-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

298 Vgl. Maximilian Krah in Deutschlandfunk, *AfD-Spitzenkandidat Krah fordert im Dlf 80 Prozent der EU-Kommission abzuschaffen – Verfassungsschutz alarmiert*, Juli 2023, (https://www.deutschlandfunk.de/afd-spitzenkandidat-krah-fordert-im-dlf-80-prozent-der-eu-kommission-abzuschaffen-verfassungsschutz--100.html), (abgerufen am 13.10.2025)

299 Vgl. Björn Höcke in Phoenix, *Thüringens AfD-Landesvorsitzender Björn Höcke: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann"*, 2023, (https://www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html), (abgerufen am 13.10.2025)

300 Vgl. Tino Chrupalla, *@Tino_Chrupalla*, November 2023, (https://x.com/Tino_Chrupalla/status/1726584085039181907), (abgerufen am 13.10.2025)

301 Vgl. Björn Höcke in Welt, *„Russland ist ein bedrängtes Land. Und Russland will Frieden", sagt Höcke*, April 2024, (https://www.welt.de/250973992), (abgerufen am 13.10.2025)

302 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 1:28:15, (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=5295s), (abgerufen am 13.10.2025)

Die groben Umrisse des Rechtsaußen-Konzepts für ein post-EU-Europa sind also inzwischen zu erkennen, die Konturen bleiben aber noch unscharf. Dimitrios Kisoudis, Grundsatzreferent des AfD-Ko-Vorsitzenden-Chrupalla, räumt ein, dass das „Europa der Vaterländer" bisher nur „unbefriedigend" definiert sei. Die Frage, in welchen Bereichen in Zukunft wieder verstärkt nationalstaatlich und wo weiter europäisch entschieden werden müsse, bedürfe der Klärung.[303]

Diese Klärung findet abseits parlamentarischer Räume statt, dort werden Ideen entworfen und konzeptualisiert. 2025 publizierten das ungarische MCC und das polnische *Ordo Iuris Institut* eine Studie zur europäischen Zusammenarbeit der Zukunft.[304] Unter dem Titel „The Great Reset: Restoring Member State Sovereignty in the European Union" entwerfen die Autoren Strategien zur Stärkung „nationaler Souveränität" in einigen Schlüsselbereichen staatlichen Handelns.[305] Unter anderem fordern sie eine Stärkung des Europäischen Rats, also der Vertretung der Staats- und Regierungschefs der EU, zulasten des EU-Parlaments und der EU-Kommission, denn nur im Rat säßen national demokratisch legitimierte Vertreter. Die EU, so die Autoren, habe ihren Wahlspruch „in Vielfalt geeint" verraten, wolle die kulturellen und historischen Eigenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten durch ein künstliches „kulturelles Europäertum" ersetzen.[306]

Die AfD und andere europäische Rechtsaußen-Parteien profitieren derzeit zudem davon, dass die EU aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger ihr Schutzversprechen nicht erfüllt. Benedikt Kaiser zitiert den neurechten Publizisten Günter Maschke, der die EU als ein System beschreibt, „das Gehorsam fordert, ohne Schutz zu bieten".[307] Seine Einschätzung gleicht de Benoists. Der französische Autor sieht in der europäischen Integration einen Abbau der Souveränität der Mitgliedstaaten, „ohne daß diese auf eine höhere Ebene übertragen wurde".[308] De Benoist meint, die EU habe die Souveränität der Nationalstaaten in einem „technokratischen Apparat" zerstört, sie in „einer Art schwarzem Loch" verschluckt. Diese Sicht auf die EU greifen auch Vertreter des russischen Regimes gerne auf. In einem Interview mit einer französischen Zeitung spottete Wladislaw Surkow, ehemals Berater von Präsident Putin, die EU habe „überflüssige Pfunde" angesetzt und der „Quantität den Vorzug vor der Qualität gegeben".[309] Im Ergebnis, so Surkow, seien „weder die EU noch ihre Mitglieder vollständig souverän".

Der britische Journalist David Goodhart sieht in dem Souveränitätsverlust einen wesentlichen Treiber des europäischen Rechtspopulismus und eine Hauptursache für Brexit-Entscheidung. Den Slogan der Austrittsbefürworter, „take back control", hätte ein Großteil des EU-Europas überhaupt nicht verstanden und sich stattdessen über die ökonomische Irrationalität der Brexit-Entscheidung gewundert.

Wie aber steht es um die Souveränität der EU? Zwar wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht müde, immer wieder eine „geopolitische Union" auszurufen. Doch vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs haben die EU und ihre Mitgliedstaaten tatsächlich nicht den Eindruck erweckt, auf dem Weg zu echter Souveränität zu sein. Im Gegenteil: Die hektische Krisen- und Gipfeldiplomatie und die ständige Sorge, bei den unter Vermittlung der USA vorangetriebenen Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau außen vor zu bleiben, hat den Eindruck verfestigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten einstweilen von Sicherheitsgarantien der USA abhängig bleiben werden.

3.4 RENAISSANCE EINES ZIVILISATORISCH DEFINIERTEN EUROPAS

Das wiederum öffnet einer zweiten Vision europäischer Kooperation Tür und Tor, die seit Anfang 2025 offensiv aus den USA befördert wird und zuletzt erneut in der bereits zitierten neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA bestätigt wurde. Bereits im Dezember 2023 hatte Maximilian Krah in einer Aussprache im europäischen Parlament von einem Auftritt Trumps in New York berichtet. „Ich kann Ihnen sagen: Wir werden wieder über strategische Autonomie reden müssen",

303 Vgl. Gespräch im Juli 2025

304 Vgl. MCC und Ordo Iuris Institute, *The Great Reset: Restoring Member State Sovereignty in the European Union*, (https://europeanstudies.mcc.hu/uploads/default/0001/01/b9a68e04cc3f4ae7bbbadf037290cd7242feef6b.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

305 Vgl. etwa. ebd., 6

306 Vgl. ebd., 22

307 Günter Maschke in Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 110

308 Vgl. Alain de Benoist, *Den Westen Brechen*, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 325

309 Vgl. Wladislaw Surkow in l'Express, *EXKLUSIV. Wladislaw Surkow, der wahre Magier des Kreml : "Russland wird sich in alle Richtungen ausdehnen, so weit Gott will*, März 2025, (https://www.lexpress.fr/monde/europe/exklusiv-wladislaw-surkow-der-wahre-magier-des-kreml-russland-wird-sich-in-alle-richtungen-ausdehnen-MWH2RMADTFCVLNBB255OB3IJX4/), (abgerufen am 13.10.2025)

denn Trump stehe vor der Rückkehr ins Weiße Haus.[310] Seit dessen Wiederwahl zeigt sich, dass, entgegen dem häufig kolportierten Bild der Isolationisten, Teile seiner Regierung und gerade die postliberalen Zirkel um Vizepräsident J.D. Vance durchaus Interesse an Europa hegen und nicht zögern, sich in europäische Politik einzumischen. In Madrid trafen sich Anfang Februar 2025 prominente europäische Rechtsaußen-Politiker, Matteo Salvini, Geert Wilders, Marine Le Pen und Viktor Orbán etwa, unter dem Slogan „*Make Europe Great Again*".[311] Die Unterstützung der AfD durch Musk und die Rede von Vance in München, im Februar 2025, sind dabei nur die offensichtlichsten Teile einer immer offeneren Einflussnahme auf die europäische Politik.

Ende Mai 2025 erregte dann ein auf einem Blog des US-Außenministeriums publiziertes Essay Aufsehen. Unter dem Titel „Die Notwendigkeit zivilisatorischer Verbündeter in Europa" wurde hier ein Leitmotiv für die transatlantischen Beziehungen der Zukunft entworfen.[312] Der Autor des Essays, Samuel Samson, arbeitet im Referat für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des Außenministeriums. Für ihn machen „gemeinsame Kultur" und „westliches Zivilisationserbe", von Athen und Rom über das mittelalterliche Christentum bis zu den Gründungsdokumenten der USA, die transatlantischen Beziehungen erst „einzigartig". Doch der „globale Liberalismus" habe mit der Überwindung von „Nationalität, Kultur und Tradition" versucht, im Sinne von Francis Fukuyamas berühmten Essay von 1989 das „Ende der Geschichte", also die endgültige Beilegung des ideologischen Wettbewerbs, herbeizuführen.

Diese progressive Forterzählung des Liberalismus wird aus Sicht der Trump-Regierung gerade in Europa zunehmend autoritär erzwungen. Dem müsse man entgegentreten und Rechtsaußen als „kontinentale Avantgarde eines transnationalen revolutionären Projekts" unterstützen.[313] In Europa wird zugleich mit wachsender Aufmerksamkeit und Sorge beobachtet, dass der eigene Kontinent „ganz oben auf der Agenda der MAGA-Bewegung" zu stehen scheint.[314] Der Eindruck, man habe es in Washington mit einer neoisolationistischen US-Regierung zu tun, wird deshalb vielerorts zunehmend korrigiert. Im Zuge der zweiten Präsidentschaft Trumps scheinen Teile der MAGA-Bewegung die europäischen Rechtsaußen aktiv zu fördern.

Im AfD-Programm zur Bundestagswahl 2025 finden sich Hinweise, dass der amerikanische Ruf nach zivilisatorischen Verbündeten Gehör findet. „Erst die christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker brachte die vorgenannten Prinzipien hervor und verwirklichte sie in einem jahrhundertelangen Prozess", heißt es dort mit Blick auf die Gleichheit vor dem Gesetz und die Vertragsfreiheit.[315] Und: „In den letzten Jahrzehnten" sei die Abkehr von „europäischen Grundwerten zu verzeichnen, diesem zivilisatorischen Rückschritt gilt es entgegenzutreten".[316] Der AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah fordert den „Wiedereintritt in die europäische Geistestradition", in dem er eine „völkerverbindende Gemeinsamkeit" sieht.[317] Auch in den USA, so Krah, bekämpfe die Rechte die „Ent-Europäisierung ihres Landes"[318]. Hier entstehen neue transatlantische Verbindungen.

Unterstützung für zivilisatorische Verbündete verbindet die Trump-Regierung mit Drohungen gegen die Widersacher der Rechtsaußen-Parteien. Auch Deutschland scheint im Fadenkreuz. Wahlen würden eingeschränkt, heißt es im Essay von Samuel Samson und die „beliebte Partei" AfD werde vom Inlandsgeheimdienst als „extremistisch" eingestuft.[319] Als das BfV die AfD im Mai 2025 als „gesichert extremistisch" einstufte, kommentierte Außenminister Marco Rubio: „Das ist keine Demokratie – das ist Tyrannei in Verkleidung".[320] Neben Deutschland wollen US-Vertreter

310 Vgl. Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Dezember 2023, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-12-12-INT-2-501-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

311 Sophie Besch und Tara Varma, *Alliance of Revisionists: A New Era for the Transatlantic Relationship*, April 2025, (https://www.iiss.org/online-analysis/survival-online/2025/03/alliance-of-revisionists-a-new-era-for-the-transatlantic-relationship/), (abgerufen am 23.11.2025)

312 Vgl. Samuel Samson, *The Need for Civilizational Allies in Europe*, May 2025, (https://statedept.substack.com/p/the-need-for-civilizational-allies-in-europe?utm_medium=web), (abgerufen am 13.10.2025)

313 Vgl. Ivan Krastev and Mark Leonard, *Trump's European revolution*, Juni 2025, (https://ecfr.eu/publication/trumps-european-revolution/), (abgerufen am 13.10.2025)

314 Vgl. Rosa Balfour et al., *The European Radical Right in the Age of Trump 2.0*, September 2025, (https://carnegieendowment.org/research/2025/09/the-european-radical-right-in-the-age-of-trump-20?lang=en&center=europe&mkt_tok=ODEzLVhZVS00MjIAAAGdD5_HmZe6AmdElDvWoxl7mhkd1dSOcvsfWXQi99G5rEMqU5DfHiV541KlTFpUaXGEb0QyayxOGRRl3aipgA8eRC8BCzzCmDllTxOlgzbuJw), (abgerufen am 13.10.2025)

315 Vgl. AfD Bundestagswahlprogramm 2025, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 132, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

316 Vgl. ebd.

317 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 66

318 Vgl. ebd., 67

319 Vgl. ebd.

320 Vgl. Marco Rubio, *@secRubio*, Mai 2025, (https://x.com/SecRubio/status/1918344238468649055), (abgerufen am 13.10.2025)

auch in anderen europäischen Staaten Angriffe auf die Demokratie ausgemacht haben, zum Beispiel in Polen und Rumänien. Oder in Frankreich, wo ein Pariser Gericht die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen im März 2025 wegen der Veruntreuung europäischer Gelder verurteilte und ihr für fünf Jahre das passive Wahlrecht entzog (ein Berufungsverfahren läuft). Le Pen könnte als Kandidatin von der Präsidentschaftswahl 2027 ausgeschlossen sein. Der Europa-Chefkorrespondent der *New York Times*, Steven Erlanger, schrieb im September 2025, die „Breitseiten der Trump-Regierung gegen Liberale in Europa" seien so heftig, dass viele Staats- und Regierungschefs „zunehmend glauben, dass die Berater des Präsidenten auf einen Regimewechsel in Europa drängen".[321]

Frankreich ist neben Deutschland ein Hauptziel der Trump-Regierung. Im Mai 2025 besuchte eine Delegation der *Heritage Foundation* unter Leitung ihres Präsidenten Kevin Roberts Paris. *Heritage*, der aufgrund der Nähe zu Trump derzeit wohl einflussreichste Think Tank der Welt, hatte im Frühjahr 2023 mit dem „*Project 2025*" ein Programm für die zweite Amtszeit Trumps vorgelegt.[322] In Frankreich standen nun Treffen mit Rechtsaußen-Parteien auf dem Programm, mit Le Pens RN, Reconquête (R!) sowie dem ehemals Mitterechts-Politiker Éric Ciotti, der für ein Bündnis der Konservativen mit dem RN wirbt und 2024 eine neue Partei namens *Union des droites pour la République* (UDR) gründete. Nach den Treffen sollen US-Beamte empfohlen haben, Le Pens RN bei der französischen Präsidentschaftswahl 2027 zu unterstützen.[323]

Laut französischen Medienberichten wurden die Treffen von jenen konservativen Kreisen in Paris angebahnt, die seit Jahren die transatlantische Vernetzung der Rechtsaußen betreiben.[324] US-Think Tanks und Teile der MAGA-Bewegung wurden über Jahre von europäischen Politikern und Ideen beeinflusst. In Paris sagte Roberts im Interview, Orbán habe ihn inspiriert, weil er die „nationale Identität in Ungarn wiederbelebt" habe, gegen die EU.[325] Wie sich das konkret auf die Politikberatung in Washington auswirkte, lässt sich an einem Beispiel illustrieren. Im September 2024 publizierte Melissa Ford Maldonado vom *America First Policy Institute* (AFPI) eine Studie, die den Grenzschutz in Ungarn und Texas vergleicht.[326] Ford Maldonado arbeitete nach 2016 für die erste Trump-Regierung und 2024 als Gastwissenschaftlerin für das *Donau-Institut*, einem Budapester Think Tank. In Ungarn wie in Texas, schrieb sie, seien die lokalen Behörden mit dem Widerstand höherer administrativer Ebenen – der US-Bundesregierung oder der EU – konfrontiert und könnten deshalb voneinander lernen.[327]

Die US-Inspiration durch europäische Ideen und Politik geht über einzelne Vorschläge aber weit hinaus. Europäische Wissenschaftler haben in den vergangenen Monaten konstatiert, wie stark Teile der Neuen Rechten in den USA, besonders auf dem postliberalen Flügel um Patrick Deneen oder J.D. Vance, sich an reaktionären europäischen Denkern des 18. Jahrhunderts wie Joseph de Maistre orientieren oder an der mittelalterlichen Scholastik. Vance zum Beispiel berief sich mehrmals auf Thomas von Aquin.[328] Dass andere Teile der MAGA-Bewegung wie Elon Musk, Peter Thiel oder Teile der Tech-Elite im Silicon Valley mit solchen Denkern wenig gemein haben, mag sein. Doch die Rechte, die in München im Februar 2025 das transatlantische Establishment schockte und nun in Europa aktiv wird, knüpft explizit an die europäische Ideengeschichte an.

Während die US-Rechte in Frankreich auf Partner trifft, die kurz vor einem Wahlsieg stehen, geht es in Deutschland, im Austausch mit der AfD, noch um andere Fragen. Für die Partei war die Abgrenzung von den USA lange ein Teil der außenpolitischen DNA.

Seit der Rückkehr Trumps verschieben sich alte Gleichgewichte. Im September 2025 besuchte die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch Washington.[329] Ihr werden gute Kontakte in die USA nachgesagt, die

321 Steven Erlanger, *Some Europeans Fear Trump Aides Want a Far-Right Takeover*, September 2025, (https://www.nytimes.com/2025/09/20/world/europe/trump-europe-far-right.html?unlocked_article_code=1.n08.LgqC.qq6ygfXRsBRS&smid=url-share), (abgerufen am 13.10.2025)

322 Vgl. Vgl. Heritage Foundation, *Mandate for Leadership, The Conservative Promise*, 2023, (https://static.heritage.org/project2025/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

323 Vgl. https://www.politico.eu/article/us-state-department-adviser-proposed-funding-french-far-right-marine-le-pen-appeal/

324 Vgl. Ivanne Trippenbach, *The Heritage Foundation, les missionnaires du trumpisme à l'assaut de l'Europe*, Juli 2025, (https://www.lemonde.fr/m-le-mag/article/2025/06/18/the-heritage-foundation-les-missionnaires-du-trumpisme-a-l-assaut-de-l-europe_6614138_4500055.html), (abgerufen am 13.10.2025)

325 Vgl. ebd.

326 Vgl. Melissa Ford Maldonado, *Hungary & Texas: A Comparative Perspective*, September 2024, (https://danubeinstitute.hu/en/research/hungary-texas-a-comparative-perspective) , (abgerufen am 13.10.2025)

327 Vgl. ebd., 2

328 Siehe etwa, *Catholicisme et postlibéralisme aux États-Unis et en Europe*, April 2025, (https://www.sciencespo.fr/ceri-evenement/fr/evenements/catholicisme-et-postliberalisme/), (abgerufen am 13.10.2025)

329 Vgl. RND, *AfD-Politikerin von Storch: Treffen mit US-Regierungsvertretern in Washington*, September 2025, (https://www.rnd.de/politik/beatrix-von-storch-treffen-mit-us-regierungsvertretern-in-washington-ETANWF23FBJT5IVTJNJCNO5KJQ.html), (abgerufen am 13.10.2025)

ihr im Osten in der Vergangenheit den Ruf als US-hörig einbrachten. Nun reiste sie in Begleitung von Joachim Paul, Abgeordneter des Landtags von Rheinland-Pfalz. Paul war auf Grundlage von Vorwürfen des BfV von der Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen ausgeschlossen worden, sein Einspruch unterlag in allen Instanzen.[330] In die USA reiste er, um der US-Regierung den Fall zu schildern, der für die AfD ihre Unterdrückung widerspiegelt. Über Außenpolitik soll also innenpolitischer Druck aufgebaut werden. Mehr als die Hälfte aller US-Soldaten in Deutschland sind in Rheinland-Pfalz stationiert. Neben 18.500 Soldaten leben dort rund 12.000 zivile Beschäftigte und 25.000 Angehörige. Während Berlin auf das neue US *Force Posture Review* wartet[331] und sich viele deutsche Regierungsvertreter fragen, ob die US-Präsenz in Deutschland reduziert wird, könnte die AfD hier empfindlichen Einfluss üben.

Zugleich nutzt die AfD Treffen mit der US-Regierung für Kommunikation in Deutschland, um zu zeigen, dass die Partei weniger isoliert dasteht, als hierzulande suggeriert. Von Storch berichtete in sozialen Medien von „offenen und konstruktiven" Gesprächen im Weißen Haus, im Büro des Vizepräsidenten, im nationalen Sicherheitsrat und im Außenministerium.[332] Themen seien die „Demokratie in Deutschland", sowie ein AfD-Verbot und „mögliche Schlussfolgerungen für die deutsch-amerikanischen und EU-US-Beziehungen" gewesen. Im Oktober 2025 reiste auch der außenpolitische Sprecher der Partei, Markus Frohnmaier, für Gespräche nach Washington. Er sprach dort unter anderem mit dem US-Staatssekretär für öffentliche Diplomatie.[333] An der Universität Georgetown hielt er bei dieser Gelegenheit vor Studenten einen Vortrag zum Thema der „aufstrebenden Rechten im Westen".[334]

330 Vgl. Spiegel, *AfD-Politiker scheitert mit Beschwerde zur Bürgermeisterwahl*, September 2025, (https://www.spiegel.de/politik/ludwigshafen-afd-politiker-joachim-paul-scheitert-mit-beschwerde-zur-buergermeisterwahl-a-31508f93-5402-45f6-90ea-4c0223905e0d), (abgerufen am 13.10.2025)

331 Vgl. Giuseppe Spatafora, *No surprises? Preparing for the US defence strategy and posture review*, Juli 2025, (https://www.iss.europa.eu/publications/commentary/no-surprises-preparing-us-defence-strategy-and-posture-review), (abgerufen am 13.10.2025)

332 Vgl. Beatrix Von Storch, *@Beatrix_vStorch*, September 2025, (https://x.com/Beatrix_vStorch/status/1967939418229969111), (abgerufen am 13.10.2025)

333 Vgl. Frohnmaier 2025, https://x.com/frohnmaier_afd/status/1973375716071752135?s=43&t=-9WS5sTBDc0cdwuR0yR0CQ

334 Vgl. Frohnmaier 2025, https://x.com/Frohnmaier_AfD/status/1973456284730138785

4. Multipolare Weltordnung: Wo die AfD sich fortschrittlich gibt

Im folgenden vierten und letzten Kapitel der Arbeit steht der Begriff „Multipolarität" im Zentrum. Es handelt sich insbesondere in Deutschland um einen sehr umkämpften Begriff, den die AfD anderen politischen Kräften zunehmend streitig macht. Für den ehemaligen Bundeskanzler Olaf Scholz, der mit dem Begriff der „Zeitenwende" die politischen Debatten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine prägte, war die Entwicklung zu einer multipolaren Welt maßgeblich für seine außenpolitische Weltanschauung. Als Sozialdemokrat sah Scholz in der Multipolarität die Grundlage für die aus seiner Sicht legitime Forderung nicht-westlicher Staaten nach größerer Teilhabe. Diese Länder wollen ihr in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsenes ökonomisches und politisches Gewicht stärker in der internationalen Ordnung und deren Institutionen vertreten wissen. Auf die AfD übertragen heißt das: Die Partei will sich mit dem Multipolaritäts-Begriff ein zukunftsgewandtes Konzept für die eigene außenpolitische Agenda aneignen.

Auch hier bietet der amerikanische Richtungswechsel unter Trump aktuell neue Möglichkeiten. Denn während US-Regierungen seit dem Ende des Kalten Kriegs peinlich darauf bedacht waren, den amerikanischen Status als „unipolarer Hegemon" zu stärken und zu verteidigen, scheint die Trump-Regierung das Interesse an einer globalen Gestaltungsmacht der USA aufzugeben, ja, sie untergräbt diese Rolle teilweise sogar aktiv. Bisher traten die USA als liberaler Hegemon überall auf der Welt als Anwalt einer regelbasierten Ordnung auf. Mit der erneuerten Fokussierung auf die westliche Hemisphäre zeigen die USA nun aber zunehmend isolationistische Tendenzen, die offenbar mit dem Willen konkurrieren, auf dem europäischen Kontinent Rechtsaußen-Parteien zum Wahlsieg zu verhelfen.

Auch in ihrer Hinwendung zu einer multipolaren Ordnung beruft sich die AfD auf europäische Vordenker. Gerade in Frankreich entwickelte sich aus dem Sonderweg im Kalten Krieg und dem Wunsch, zwischen den USA und der Sowjetunion einen souveränen dritten Pfad zu beschreiten, früh eine Faszination für das Multipolaritäts-Konzept. Neben Paris warb in Europa aber vor allem das postsowjetische Moskau für einen eigenständigen europäischen Pol in der multipolaren Weltordnung der Zukunft. Häufig verband der Kreml dieses Konzept mit dem Werben für ein „eurasisches" Gegengewichts zur transatlantischen Welt.

Global schließlich ist das Streben nach Multipolarität für die AfD ein potenter Türöffner in den Staaten der nicht-westlichen Welt. Die Verteidigung regionaler Ordnungen und Kulturen, von eigenständigen Geschichtsauffassungen und Wertesystemen, ist ein bedeutendes Anliegen, das europäische Regionalisten und Nationalisten mit sehr vielen Regierungen der Welt teilen. Für die AfD liegt hier zukünftig das größte Potenzial, ihr Stigma als rückwärtsgewandte und nationalistische Kraft abzuschütteln und sich progressiv und zukunftsoffen zu positionieren. Mit dem deutschen und europäischen Plädoyer für Multipolarität – in Zukunft womöglich unterstützt und beworben durch eine eigene Parteistiftung und deren Vertretungen überall auf der Welt – würde die AfD eine mächtige Waffe erlangen, um den bisherigen Konsens deutscher Europa- und Außenpolitik unter Druck zu setzen.

4.1. MULTIPOLARITÄT: EIN UMKÄMPFTER BEGRIFF

Auch außerhalb der USA und Europas wird vielerorts die Frage gestellt, wie sich regionale und internationale Ordnungen in Zukunft verändern. Dass sich etwas Grundlegendes verschiebt, ist überall auf der Welt spürbar, ohne dass jedoch absehbar ist, wie der neue Status quo aussehen könnte. Viele Beschreibungen gleichen dem anfangs zitierten Ausspruch Gramscis, der die Zeit des Übergangs eine „Zeit der Monster" nannte. UN-Generalsekretär Antonio Guterres stellte im September 2024 fest, „wir bewegen uns auf eine

multipolare Welt zu, aber wir sind noch nicht dort angekommen. Wir befinden uns in einem Fegefeuer der Polarität".[335]

Im Bericht zur MSC 2025, der die „Multipolarization" im Titel trägt, wird „Polarität" als Variable definiert, die von der Zahl der „Großmächte im internationalen System" abhängt.[336] Drei historische Beispiele heben die Unterschiede hervor: Das römische Reich gilt als (regional) unipolare Ordnung. Das 18. Jahrhundert hingegen war von der bipolaren Rivalität zwischen Frankreich und Großbritannien geprägt. Und die europäische Ordnung, die während des Wiener Kongresses von 1815 entworfen wurde, wird häufig als Beispiel für eine multipolare Ordnung zitiert, dem bei weitem üblichsten Ordnungssystem der Geschichte.[337]

Für Bundeskanzler Scholz und sein Verständnis der „Zeitenwende" war die Multipolarität eine zentrale Referenz. 2022 sagte er in einer Regierungserklärung, „die Welt des 21. Jahrhunderts wird eine multipolare Welt sein".[338] Zuvor hatte er schon einen „globale Zeitenwende" betitelten Beitrag in der US-Zeitschrift *Foreign Affairs* publiziert: Nach dem Fall der Berliner Mauer habe die Annahme vorgeherrscht, dass sich die liberale Weltordnung durchsetze.[339] Spätestens die russische Invasion der Ukraine habe aber bewiesen, dass nicht das „Ende der Geschichte" eintrete. Vielmehr deute sich ein „historischer Wandel" zur „multipolaren Welt" an. Die Frage, die Scholz ableitete, lautete: „Wie können wir als Europäerinnen und Europäer, als Europäische Union in einer zunehmend multipolaren Welt als unabhängige Akteure bestehen?"[340]

Dass Multipolarität die Weltanschauung des deutschen Kanzlers prägte, wurde auch kritisch bewertet. Der Autor und Redakteur für Außenpolitik der ZEIT Jörg Lau ordnete die „multipolare Weltordnung" 2023 als „antiwestliches Projekt" ein, das sich „gegen universale Werte und das internationale Recht" richte.[341] Im Glauben von Olaf Scholz an „unausweichliche Multipolarität" erkannte Lau einen „Eckpfeiler" der „außenpolitischen Weltsicht" des Kanzlers und vermutete, der Sozialdemokrat verstehe das Konzept als „Geste der Fairness" gegenüber nichtwestlichen Staaten, deren Gewicht in der liberalen Weltordnung nach 1989 nicht gebührend berücksichtigt worden sei.[342] In der Tat schrieb Scholz 2022, in einer multipolaren Welt müssten „Dialog und Kooperation [...] auch außerhalb der demokratischen Komfortzone stattfinden".[343] Genau diese Einschätzung dürfte ein Grund dafür sein, warum Multipolarität sich als Zukunftskonzept auch in der AfD großer Beliebtheit erfreut. Für den Ko-Vorsitzenden Tino Chrupalla bedeutet das: „Nicht mehr eine einzige Weltmacht beherrscht die Welt, sondern mehrere gleichberechtigte Mächte setzen in ihren Regionen ihre Vorstellungen durch."[344]

Woher stammt nun aber ein Konzept, das sowohl der ehemalige Bundeskanzler als Begründung für die Zeitenwende nutzte, als auch deren Gegner der AfD, um sie zu kritisieren? Prominenten Eingang in die internationalen Beziehungen fand das Wort „Multipolarität" in der „gemeinsamen Erklärung über eine multipolare Welt und die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung", die Russland und China 1997 über die Vereinten Nationen veröffentlichten.[345] In der Erklärung, die im Zuge eines Besuchs des chinesischen Präsidenten in Moskau entstand, deklarieren beide Staaten, sich „im Geiste der Partnerschaft" zu bemühen, „die Multipolarisierung der Welt und die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung zu fördern". Der Kalte Krieg sei beendet, die bipolare Logik überholt. Der „positive Trend" einer multipolaren Welt gewinne an

335 Vgl. António Guterres, *Secretary-General's remarks at the Opening of the General Debate of the Seventy-ninth Session of the General Assembly*, September 2024, (https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2024-09-24/secretary-generals-remarks-the-opening-of-the-general-debate-of-the-seventy-ninth-session-of-the-general-assembly-trilingual-delivered-scroll-down-for-all-english-and), (abgerufen am 13.10.2025)

336 Vgl. Tobias Bunde, *Sophie Eisentraut und Leonard Schütte, Multipolarization*, Februar 2025, 14 (https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/2025/MSR_2025/Multipolarization_%E2%80%93_Munich_Security_Report_2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

337 Vgl. Emma Ashford, *First Among Equals. U.S. Foreign Policy in a Multipolar World*, 2025, Yale University Press, New Haven, 98

338 Olaf Scholz, *Scholz: Die Welt des 21. Jahrhunderts wird eine multipolare Welt sein*, Dezember 2022a, (https://bundestag.api.proxy.bund.dev/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-regierungserklaerung-924538?utm_source=chatgpt.com), (abgerufen am 13.10.2025)

339 Vgl. Olaf Scholz, *The Global Zeitenwende*, Dezember 2022b, (https://www.foreignaffairs.com/germany/olaf-scholz-global-zeitenwende-how-avoid-new-cold-war), (abgerufen am 13.10.2025)

340 Vgl. ebd.

341 Jörg Lau, *Die „multipolare Weltordnung" ist ein antiwestliches Projekt – gegen universale Werte und das internationale Recht. Sie kann kein Ziel deutscher Außenpolitik sein*, August 2023, (https://internationalepolitik.de/de/wir-leben-einer-multi-polaren-welt), (abgerufen am 13.10.2025)

342 Vgl. ebd.

343 Vgl. Olaf Scholz, *The Global Zeitenwende*, Dezember 2022, (https://www.foreignaffairs.com/germany/olaf-scholz-global-zeitenwende-how-avoid-new-cold-war), (abgerufen am 13.10.2025)

344 Vgl. Tino Chrupalla in Jörg Lau, *Die „multipolare Weltordnung" ist ein antiwestliches Projekt – gegen universale Werte und das internationale Recht. Sie kann kein Ziel deutscher Außenpolitik sein*, August 2023, (https://internationalepolitik.de/de/wir-leben-einer-multi-polaren-welt), (abgerufen am 13.10.2025)

345 UN, *Letter dated 15 May 1997 from the Permanent Representatives of China and the Russian Federation to the United Nations addressed to the Secretary-General*, 1997, (https://digitallibrary.un.org/record/234074), (abgerufen am 13.10.2025)

Dynamik.[346] Rückblickend lässt sich sagen, dass die Einschätzung treffend, aber dreißig Jahre verfrüht war. Dem bipolaren Moment im Kalten Krieg folgte ein unipolar-amerikanischer, der nun endet.

Gleichzeitig hat längst der Kampf um die Deutungshoheit in einer multipolaren Welt begonnen. Dass der Begriff sich wie ein roter Faden durch die MSC 2025 zog, zeigt, dass Vertreter des transatlantisch-westlichen Establishments mit aller Macht versuchen, Multipolarität in die bestehende Ordnung zu integrieren. Christoph Heusgen, deutscher Spitzendiplomat und bis 2025 Vorsitzender der MSC, schreibt im Konferenzbericht, dass er dafür sorgen wolle, dass die Debatten in München eine „sich wandelnde Welt", die Perspektiven eines „breiteren Spektrums von Ländern" widerspiegeln.[347] Es sei mithin eine „Binsenweisheit außenpolitischer Debatten", so Heusgen, dass die Welt „multipolarer" werde: Der Liberalismus, der die unipolare Zeit nach dem Kalten Krieg prägte, habe keine exklusive Deutungshoheit mehr.[348]

Dieses Eingeständnis liefert nicht-westlichen Staaten wie China und Russland genauso einen Ansatzpunkt, um Alternativen in Stellung zu bringen, wie postliberalen Strömungen im Westen und auch der AfD.

In deren Programm zur Bundestagswahl 2025 heißt es, „die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung".[349] Die AfD begrüße diese Entwicklung, damit einhergehende Veränderungen beträfen sowohl die internationale Ordnung als auch die deutsche Politik:[350] Supranationale Organisationen wie etwa die Welthandelsorganisation (WHO) oder die UN seien bestrebt, „souveräne Staaten zu entmachten". Der UN-Migrationspakt sei aufzukündigen, die UN so zu reformieren, dass sie „veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung" trage. Dazu zählt aus Sicht der Partei auch ein ständiger Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.[351]

Hier greift die AfD als alternatives Konzept auch wieder die strategische Autonomie der EU auf und interpretiert diese eigenen Vorstellungen entsprechend um.[352] Wie andere Rechtsaußen-Parteien lehnt die Partei eine weitere EU- und NATO-Osterweiterung ab und plädiert stattdessen für „strategische Autonomie Europas" als „eigenes Machtzentrum" in der multipolaren Welt.[353]

> *Wie können wir als Europäerinnen und Europäer, als Europäische Union in einer zunehmend multipolaren Welt als unabhängige Akteure bestehen?*
>
> – OLAF SCHOLZ

Dass Europa in Zukunft ein eigenständiger Pol in einer multipolaren Welt sein soll, scheint in der AfD Konsens, auch, wenn die Ausgestaltung umstritten ist. Die damit einhergehende Ablehnung der Westbindung Deutschlands zum Beispiel bezeichnen Vertreter des Vorfelds wie Kaiser zwar als „gemeinsame Position" der Partei.[354] Seit Anfang 2025 dürfte die aktive Unterstützung durch Vertreter der MAGA-Bewegung diese Geschlossenheit jedoch in Frage stellen. Kaiser hält das Konzept der Multipolarität ohnehin durch dessen offensive Setzung durch russische Denker wie Dugin und russische Diplomaten für „kontaminiert". Er schlägt stattdessen den „Pluriversum"-Begriff Carl

346 Vgl. ebd., 3

347 Vgl. Tobias Bunde, Sophie Eisentraut und Leonard Schütte, *Multipolarization*, Februar 2025, 6 (https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/2025/MSR_2025/Multipolarization_%E2%80%93_Munich_Security_Report_2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

348 Vgl. ebd., 9

349 Vgl. AfD, *Zeit für Deutschland.*, Januar 2025, 87, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)

350 Vgl. ebd., 90

351 Vgl. ebd.

352 Siehe dazu auch für Frankreich: Jacob Ross und Nicolas Téterchen, *Die Anti-Macrons*, Juni 2024, (https://dgap.org/de/forschung/publikationen/die-anti-macrons), (abgerufen am 13.10.2025)

353 Vgl. ebd., 86 f.

354 Gespräch im Mai 2025

Schmitts vor, der ebenfalls eine Ordnung mit „mehreren kulturellen, historischen und ideengeschichtlichen Kraftzentren“ aufzeige.[355] Schließlich werde die multipolare Wende in der AfD seit Jahren von jenen Stimmen gefordert, die lange dem eurasischen, „prorussischen“ Lager zugerechnet wurden.

Eine gewichtige Stimme dieses Lagers ist Dimitrios Kisoudis, der Grundsatzreferent Chrupallas. Er betont angesichts der Referenzen von Scholz auf das Konzept der Multipolarität, dass es letztlich völlig unerheblich sei, welche deutsche Partei sich zum „Träger der Multipolarität“ in Europa mache.[356] Im August 2025 warnte er in einem Beitrag mit dem Titel „Die Rechte verpasst den multipolaren Moment“, die Rechten, die eine „Vorhut der Multipolarität auf dem Kontinent sein können“, verpassten eine historische Chance. Vielmehr habe Scholz „den Anfang gemacht“ und dafür gebühre ihm Dank.[357] Für entscheidend hält Kisoudis, dass mit der Verwendung des Begriffs auch ein neuer Realismus mit Blick auf die internationalen Beziehungen einhergehe. Während Russland (etwa über die Pipelineprojekte Nord Stream 1 und 2) und China (über die Infrastrukturprojekte der „Neuen Seidenstraße“) sich auf materielle Realitäten konzentrierten, drohten die Europäer, sich in der eigenen Kommunikation zu verlieren.[358]

4.2. DAS ENDE DER USA ALS UNIPOLARER, LIBERALER HEGEMON

Auch die Debatten um Multipolarität in der AfD sind nicht ohne den von Trump eingeläuteten Sinneswandel in den Vereinigten Staaten zu verstehen. 1990, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, hatte Charles Krauthammer, ein einflussreicher konservativer Publizist und Berater des republikanischen Präsidenten Ronald Reagan, in *Foreign Affairs* den „unipolaren Moment“ ausgerufen: Entgegen der Erwartung, dass die bipolare Ordnung von einer multipolaren abgelöst werde, in der die Macht „auf neue Zentren in Japan, Deutschland (oder „Europa“), China und der geschwächten Sowjetunion oder Russland verteilt wäre“, so Krauthammer, sei die Welt nach dem Ende des Kalten Kriegs „unipolar“.[359] Zugleich sagte er das Ende dieser Ordnung voraus: „Zweifellos wird mit der Zeit eine Multipolarität entstehen“.[360] Krauthammer sollte Recht behalten und heute ist die multipolare Ordnung im Entstehen begriffen. Die amerikanische Analystin und Kolumnistin Emma Ashford beschrieb Donald Trump 2025 in einem Buch zur multipolaren Ordnung als den ersten „post-unipolaren US-Präsidenten“.[361]

Überraschend ist für viele Beobachter, dass ausgerechnet die US-Regierung – die traditionelle Verteidigerin des unipolaren Status quo – die Veränderung maßgeblich vorantreibt. Die Zeiten, in denen Washington die liberale Ordnung und seine Rolle als Garant dieser Ordnung sicherte, scheinen vorerst vorbei. Im Bericht der MSC 2025 heißt es dazu: Während seine Vorgänger die Überzeugung geteilt hätten, dass die USA die „unverzichtbare Nation“ sei, fehle Trump ein „Verantwortungsethos“ für die internationale Ordnung.[362]

Diese Veränderung der amerikanischen Position löst in Europa Anpassungen aus, auch bei den Rechtsaußen-Parteien. Noch vor kurzem galten die USA den Rechtsaußen als Gegner des souveränen europäischen Pols einer multipolaren Ordnung. De Benoist fordert in „Den Westen brechen“, die USA und ihr „Sendungsbewußtsein aus Europa fernzuhalten“.[363] Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke, griff die USA 2022 als „raumfremde Macht“ an[364], auch Krah schrieb 2023 über die „raumfremden“ USA.[365] Viele Rechtsaußen vermuten, die Vereinigten Staaten wollten mit der Präsenz in Europa und der Unterstützung der Ukraine die Entstehung europäischer Allianzen verhindern, die ihre Vormacht herausfordern könnten.[366]

355 Vgl. ebd.
356 Vgl. Gespräch im Juli 2025
357 Dimitrios Kisoudis, *Neues Spektrum statt Rechtsruck*, August 2025, (https://kisoudis.substack.com/p/neues-spektrum-statt-rechtsruck) (abgerufen am 28.10.2025)
358 Vgl. Gespräch im Juli 2025
359 Vgl. Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, Januar 1990, (https://www.foreignaffairs.com/articles/1990-01-01/unipolar-moment), (abgerufen am 13.10.2025)
360 Ebd.
361 Vgl. Emma Ashford, *First Among Equals. U.S. Foreign Policy in a Multipolar World*, 2025, Yale University Press, New Haven, vii
362 Vgl. Leonard Schütte, *Multipolarization*, Februar 2025, 56 (https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/01_Publikationen/2025/MSR_2025/Multipolarization_%E2%80%93_Munich_Security_Report_2025.pdf), (abgerufen am 13.10.2025)
363 Vgl. Alain de Benoist, *Den Westen brechen*, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 326
364 Vgl. Björn Höcke, *Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera*, Oktober 2022, (https://pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/), (abgerufen am 13.10.2025)
365 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 128
366 Ebd.

US-Präsident John F. Kennedy, so Höcke, habe 1962 „konsequent reagiert", als er die „raumfremde Macht" Sowjetunion davon abhielt, auf Kuba, im „Vorhof der USA", Raketen zu stationieren. Der russische Krieg in der Ukraine ist nach Höckes Auffassung eine ähnliche Reaktion des Kremls auf die „raumfremde" Präsenz der USA in Europa und die NATO-Osterweiterung.[367] In diesem Sinne fragte 2024 auch der ehemalige außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Matthias Moosdorf im Bundestag rhetorisch, was wohl passieren würde, „wenn ein Land wie China auf die Idee käme, auf Kuba militärische Bündnisgebiete zu errichten".[368]

Auch in Europa gibt die US-Regierung ihren globalen Ordnungsanspruch nun offenbar auf. Doch zugleich demonstriert sie eine geopolitische Vormacht in der „westlichen Hemisphäre", die Beobachter an die Monroe-Doktrin des 19. Jahrhunderts erinnert.[369] Dimitrios Kisoudis, sieht hinter den Ansprüchen Trumps auf Grönland oder auch dem verstärkten Druck, den die US-Regierung auf mehrere mittel- und südamerikanische Staaten ausübt, den Willen Washingtons, die eigene Hemisphäre erneut offen zu dominieren.[370]

Wie Kaiser verweist Kisoudis auf Carl Schmitt. Er bedauert, dass angesichts der dramatischen Verschiebungen in der internationalen Ordnung Denker wie Schmitt fehlten, die ein Völkerrecht der Multipolarität entwerfen könnten.[371] Schmitt taucht als Referenz der AfD immer wieder auf. Im Vorwort seines Buchs „Der Nomos der Erde im Völkerrecht des jus publicum Europaeum" stellte er 1950 fest, die „europa-zentrische Ordnung des Völkerrechts geht heute unter".[372] Laut Schmitt können Rechtssysteme nur dort funktionieren, wo ein „Zusammenhang von Ortung und Ordnung" bestehe, „Recht ist Recht nur am rechten Ort", die „Raumgebundenheit allen Rechts" entscheidend.[373] Schon mit dem europäischen Kolonialismus, so Schmitt, sei das Bewusstsein für diese Grundsätze verlorengegangen und eine „selbstgerechte europäische Zivilisation" habe sich in ihrem Glauben an ein „weltumfassendes liberales Wirtschaftssystem" ins „Allgemein-Universale" aufgelöst.[374] Auf die „Entortung" des Rechts weist laut Schmitt der Umstand hin, dass europäische Autoren im 19. Jahrhundert begannen, statt vom „Europäischen Völkerrecht" vom „Internationalen Recht" oder schlicht vom „Völkerrecht" zu sprechen.[375]

Schmitts Kritik am universellen Anspruch europäischer Rechtsvorstellungen wird nun, 75 Jahre später, von den Rechtsaußen in ihrer Kritik des liberal-westlichen Universalismus aufgegriffen. In der „naivsten Weise" habe die europäische Völkerrechtslehre im späten 19. Jahrhundert den „immer oberflächlicher werdenden Universalisierungsprozeß" für siegreich gehalten, schrieb Schmitt in den 1950er Jahren.[376] Doch universalistische Begriffe, „Menschheit", „Zivilisation" oder „Fortschritt" etwa, die fortan „das Vokabularium der Diplomaten bestimmten", hätten nie verschleiern können, dass der Gesamtprozess tief „eurozentrisch" sei und mit „Zivilisation" selbstverständlich europäische Zivilisation gemeint war und unter „Fortschritt" die „gradlinige Entwicklung" in diese Richtung.[377] Heute scheint sich die historische Entwicklung umzukehren. Ende 2025 schrieb Gideon Rachman, der Chefkolumnist für Außenpolitik der *Financial Times*, „jahrhundertelang hat Europa der Welt seinen Willen aufgezwungen. Jetzt beginnt die Welt, Europa ihren Willen aufzuzwingen".[378]

Für Vertreter der AfD, die Theorien und Argumente für ihre Liberalismuskritik suchen, reicht es, in Schmitts Betrachtungen „europäisch" durch „westlich" zu ersetzen, um sie auf die aktuellen Debatten zur multipolaren Weltordnung übertragbar zu machen. Der AfD-Politiker Krah sieht die Multipolarität als Gegenmodell zum westlichen Universalismus. Nichtwestliche Ordnungen, etwa das chinesische Tianxia – „alles unter

367 Vgl. ebd.

368 Vgl. Matthias Moosdorf in Bundestag, *Plenarprotokoll 20/147*, Januar 2024, 73 f., (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20147.pdf#P.18667), (abgerufen am 13.10.2025)

369 Vgl. etwa: Stewart Patrick, *Trump's Greenland and Panama Canal Threats Are a Throwback to an Old, Misguided Foreign Policy*, Januar 2025, (https://carnegieendowment.org/emissary/2025/01/trump-greenland-panama-canal-monroe-doctrine-policy?lang=en), (abgerufen am 13.10.2025) – Mit der Monroe-Doktrin warnte US-Präsident James Monroe 1823 die europäischen Mächte vor weiterer kolonialer Einflussnahme auf dem amerikanischen Kontinent. Die Doktrin definierte jede Einmischung Europas in die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre als feindlichen Akt gegenüber den Vereinigten Staaten.

370 Vgl. Gespräch im Juli 2025

371 Vgl. ebd.

372 Vgl. Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde*, 2011, Duncker & Humboldt, Berlin, 6

373 Vgl. ebd., 41 und 67

374 Vgl. ebd., 192 ff.

375 Vgl. ebd. 203

376 Vgl. ebd. 206

377 Vgl. ebd., 201

378 Gideon Rachman, *The scramble for Europe is just beginning*, November 2025 (https://www.ft.com/content/307c73cc-3fb7-4165-8455-53c14f4390fc), (abgerufen am 24.11.2025)

dem Himmel" –, so Krah, habe es immer gegeben und werde es auch künftig wieder geben.[379] Die islamische Revolution im Iran von 1979 markiert für ihn den „ersten Rückschlag" westlicher Dominanz, das „Erwachen eines nichtwestlichen Modells".[380] Wohlstand und Fortschritt würden mithin vielerorts, in China, Indien, in der Türkei oder in Saudi-Arabien geschaffen, „ohne westliche Gesellschaftskonzepte", ja sogar bei deren expliziter Ablehnung.[381]

Neben Krah gibt es viele weitere AfD-Vertreter, die in der Multipolarität das Ordnungsprinzip der Zukunft sehen. Moosdorf kritisierte „wertebasierte Außenpolitik" 2023 als westliche Illusion, etwa, wenn in Berlin die „selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft" gelobt werde.[382] Sein Nachfolger, Markus Frohnmaier, folgt dieser Linie und bescheinigt westlichem Universalismus ein „Glaubwürdigkeitsproblem".[383] Er fordert die Rückkehr zu einer interessengeleiteten Politik, die Raum für unterschiedliche Werte lasse. Deutsche Außenpolitik in einer multipolaren Welt solle Beziehungen zu Partnern nicht von den eigenen Werten abhängig machen. Dazu passend begrüßt Lennart Krakow, Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Hannes Gnauck, dass die US-Regierung unter Trump sich von der „werteorientierten" Rhetorik in der Außenpolitik löse, hinter der Krakow westlichen „Wertechauvinismus" vermutet.[384]

Angesichts dieser Veränderungen verweisen AfD-Vertreter auf die Chancen für Europa, machen sich, wie im dritten Kapitel aufgezeigt, Konzepte wie die „strategische Autonomie" zu eigen und kritisieren die Bundesregierung. Während des Kalten Kriegs sei Europa von den Einflusssphären der Weltmächte USA und Sowjetunion geprägt worden, so der Bundestagsabgeordnete Gerold Otten. Die Fokussierung der USA auf China verschaffe Europa nun eine „historische Chance", „strategische Autonomie" zu erlangen.[385] Otten warf der Regierungskoalition im Juni vor, angesichts der „heraufziehenden multipolaren Welt" „verängstigt" zu reagieren, „unfähig", die „regelbasierte Ordnung" zu verlassen und „über die Legislaturperiode hinaus zu denken".[386] Der AfD-Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß stimmte ihm zu, „Deutschland verweigert sich der neuen multipolaren Weltordnung!".[387] Neben der Anschlussfähigkeit liegt hier ein zweiter Wert des Multipolarität-Konzepts für die AfD: Sie kann sich zukunftsgewandt und progressiv geben, als Alternative zu einem Establishment, das sich an überkommene Regeln klammert.

4.3. EIN EUROPÄISCHER POL IN EINER MULTIPOLAREN WELT

Angesichts der sich entwickelnden multipolaren Ordnung setzt sich die AfD, anders als in der Vergangenheit, nicht mehr für Renationalisierung ein, sondern wirbt für europäische Lösungen. Wieder wird Schmitt als Kronzeuge angeführt, um für die Zusammenarbeit der Rechtsaußen zu werben: „'Die Epoche der Nationalstaatlichkeit ist vorbei. Darüber gibt es kein Wort mehr zu verlieren', befand Carl Schmitt 1962 und hatte damit auch recht", schreibt Maximilian Krah in seinem Buch.[388] 2023 forderte er „einen einigen europäischen Pol in der Welt der Zukunft".[389]

Wie in europapolitischen Debatten bietet die französische Debatte auch der Suche nach einem Platz für ein souveränes Europa in der künftigen multipolaren Weltordnung viele Anhaltspunkte. 2005 beschrieb der deutsche Diplomat Hans-Dieter Heumann die Multipolarität als Leitmotiv des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac.[390] Sie entspreche der Konsequenz, die Frankreich aus dem Ende der bipolaren Blockkonfrontation gezogen habe und eröffne die Möglichkeit, den alten Traum Charles de Gaulles von einem souveränen Europa zu verwirklichen: Einem „dritten Weg" zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion. Von

379 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 101
380 Vgl. ebd., 108
381 Ebd., 108 f.
382 Vgl. Matthias Moosdorf in Bundestag, *Plenarprotokoll 20/147*, Januar 2024, 73 f., (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20147.pdf#P.18667), (abgerufen am 13.10.2025)
383 Gespräch im Mai 2025
384 Gespräch im Mai 2025
385 Vgl. Gerold Otten, *Plenarprotokoll 20/181*, Juli 2024, 20f., (https://dserver.bundestag.de/btp/20/20181.pdf#P.23428), (abgerufen am 13.10.2025)
386 Vgl. Gerold Otten, *Plenarprotokoll 21/10*, Juni 2025, 121, (https://dserver.bundestag.de/btp/21/21010.pdf#P.857), (abgerufen am 13.10.2025)
387 Vgl. Rainer Rothfuß, *„Deutschland verweigert sich der neuen multipolaren Weltordnung!"*, April 2025, (https://deutschlandkurier.de/2025/04/rainer-rothfuss-afd-deutschland-verweigert-sich-der-neuen-multipolaren-weltordnung/), (abgerufen am 13.10.2025)
388 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 104
389 Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Dezember 2023, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-12-12-INT-2-501-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)
390 Vgl. Hans-Dieter Heumann, *Multipolarität und „Europe puissance"*, April 2005, (https://internationalepolitik.de/de/multipolaritaet-und-europe-puissance), (abgerufen am 13.10.2025)

der Multipolarität, so Heumann, verspreche man sich in Paris mehr „Handlungsspielraum".[391]

Tatsächlich wird in Berlin heute gerne ausgeblendet, wie anders Paris als engster Verbündeter Deutschlands auf den europäischen Einigungsprozess und die transatlantischen Beziehungen blickt. Claude Martin, langjähriger französischer Botschafter in Berlin, beschrieb 2023 in seinen Memoiren, was viele Pariser Politiker und Beamte in den 1990er Jahren dachten: „Leider wagte es niemand in Paris, öffentlich zu sagen [...] dass die NATO, die aus der sowjetischen Bedrohung hervorgegangen war, mit dieser verschwinden musste".[392] Bonn habe das freilich ganz anders gesehen, für Westdeutschland war die NATO immer mehr als nur Militärbündnis, ein „Zeichen der Verbundenheit" mit den USA.[393]

Wie anders die Dinge in Frankreich lagen, zeigte sich besonders deutlich 2003, im Zuge der Krise der transatlantischen Beziehungen nach der US-Invasion des Iraks. Die Rede des französischen Außenministers Dominique de Villepin vor dem UN-Sicherheitsrat, wo er im Namen des „alten Europa" die USA vor dem Krieg warnte, ist in Paris unvergessen.[394] Schon 2001 hatte Präsident Chirac bei einem Besuch in Moskau den Wunsch geäußert, mit der „Wiederbelebung unserer bilateralen Beziehungen [zu Russland] zur Entstehung einer multipolaren Welt" beizutragen.[395] Chiracs außenpolitischer Berater Maurice Gourdault-Montagne nannte Russland einen „Pol des Westens".[396] Als die USA im März 2003 in den Irak einmarschierten, verletzten sie Völkerrecht. Das „Konzept der Multipolarität", schrieb Heumann 2005, habe in Paris im Verlauf dieser Krise „schärfere Konturen" angenommen.[397] So verfestigte sich die Vorstellung einer europäischen Allianz souveräner Staaten unter Einbindung Russlands. Diese Ideen wurden damals auch von Rechtsaußen vorangetrieben. Aymeric Chauprade etwa, langjähriger außenpolitischer Berater Marine Le Pens, pflegte gute Kontakte nach Moskau, wo er 2013 vor der Duma eine Rede hielt, in der er die amerikanische Unipolarität kritisierte und „geopolitische Multipolarität" forderte.[398]

Der Irak-Krieg spielte Russland und seiner Vision eines europäischen Pols in einer multipolaren Welt also in die Hand. Angesichts des Bruchs, den die neue US-Regierung ausgelöst hat, stehen Rechtsaußen-Parteien wie die AfD zwanzig Jahre später wieder vor der Frage, wie die Beziehung zu Russland künftig gestaltet werden sollte. Immer noch wirbt der Kreml – in Kombination mit Eurasien-Konzepten – für Multipolarität. So drückte der russische Außenminister Sergei Lawrow 2024 seine Hoffnung aus, dass nach mehr als zwei Jahren Krieg in der Ukraine, „die Länder des eurasischen Kontinents [...] Probleme so lösen, dass Groß-Eurasien einen Beitrag zum Aufbau einer nachhaltigen multipolaren Welt leisten kann".[399] In Teilen der AfD stößt er damit auf offene Ohren. Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban begründete seine Teilnahme auf dem im zweiten Kapitel bereits erwähnten BRICS-Symposium zur Multipolarität im russischen Sotschi, im November 2025, mit seinem Interesse, „Einblicke" in die „BRICS-Landschaft" zu gewinnen, „wobei der Fokus auf dem Aufkommen einer multipolaren Weltordnung lag".[400]

Auch global wirbt Russland seit den 1990er Jahren für Multipolarität, etwa bei den VN. Im Juli 2024 fand im Sicherheitsrat unter russischem Vorsitz eine Debatte zum Thema statt. Russlands Vertreter bei den VN schrieb an das Generalsekretariat, nach einer „kurzen unipolaren Phase" ebne Multipolarität den Weg zur „echten Demokratie in den internationalen Beziehungen".[401]

391 Vgl. ebd.

392 Vgl. Claude Martin, *Quand je pense à l'Allemagne, la nuit*, 2023, L'Aube, Paris, 338

393 Vgl. ebd.

394 Vgl. Dominique de Villepin in INA, *Dominique de Villepin «Un vieux pays, la France, d'un vieux continent, l'Europe»*, Februar 2003, (https://www.ina.fr/ina-eclaire-actu/video/i09083557/dominique-de-villepin-un-vieux-pays-la-france-d-un-vieux-continent-l-europe), (abgerufen am 13.10.2025)

395 Jacques Chirac, *Conférence de presse conjointe de MM. Jacques Chirac, Président de la République, et Vladimir Poutine, Président de la Fédération de Russie*, Juli 2001, (https://www.elysee.fr/jacques-chirac/2001/07/02/conference-de-presse-conjointe-de-mm-jacques-chirac-president-de-la-republique-et-vladimir-poutine-president-de-la-federation-de-russie-sur-les-relations-et-la-cooperation-entre-les-deux-pays-lequilibre-strategique-dans-le-monde-le-traite-abm-le), (abgerufen am 13.10.2025)

396 Vgl. Hans-Dieter Heumann, *Multipolarität und „Europe puissance"*, April 2005, (https://internationalepolitik.de/de/multipolaritaet-und-europe-puissance), (abgerufen am 13.10.2025)

397 Vgl. ebd.

398 vgl. Manni Crone und Ian Klinke, *Ruptures on the right. The Franco-German far right after Ukraine*, 2025, Danish Institutefor International Studies (DIIS). DIIS Report Vol. 2025 No. 06, 22 (https://pure.diis.dk/ws/files/27479238/The_Franco-German_far_right_after_Ukraine_DIIS_Report_2025_06.pdf), (abgerufen am 23.11.2025)

399 Vgl. Sergei Lawrow, *Rede des Außenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf dem Internationalen Science-Fiction-Forum „Die Zukunft gestalten"*, November 2024, (https://mid.ru/de/press_service/photo/meropriyatiya_s_uchastiem_ministra/1979085/), (abgerufen am 13.10.2025)

400 Jörg Urban, 2025 (https://x.com/AfD_SLT/status/1990360598186500307?s=20), (abgerufen am 23.11.2025)

401 Vgl. Vassily Nebenzja, *Letter dated 9 July 2024 from the Permanent Representative of the Russian Federation to the United Nations addressed to the Secretary-General*, Juli 2024, (https://docs.un.org/en/S/2024/537), (abgerufen am 13.10.2025)

Russlands Infragestellung der westlich dominierten Ordnung stößt in nicht-westlichen Staaten und bei postliberalen Denkern im Westen auf Zustimmung. Die Ablehnung universalistischer Ansprüche und Forderung, regionale Eigenheiten zu respektieren, werden häufig mit der Kritik an einem vorgeblichen westlichen „Ethnozentrismus" kombiniert, etwa vom bereits erwähnten Alexander Dugin.[402] Denn während in Westeuropa „Menschenrechte über denen des Kollektivs" stünden, so Dugin, setzten andere Teile der Welt andere Prioritäten. Russland etwa gewichte „kollektive Rechte" höher, für die islamische Welt sei die Religion wichtiger „als das Recht des Einzelnen". Seine eurasische Idee, sagt Dugin, habe deshalb überall auf der Welt Anhänger, weil sie „Synonym für Multipolarität" sei.[403] Maximilian Krah stimmt zu: „Nichtwestliche Regionen", schrieb er 2023, strebten eine Ordnung an, die „Prinzipien der politischen Rechten nahekommt". Die „Frontlinie" verlaufe „zwischen Universalismus und Partikularismus".[404]

Die AfD ist überzeugt, dass der deutschen Debatte über die Zeitenwende ein Missverständnis zugrunde liegt. In der Verletzung des Völkerrechts durch den russischen Überfall auf die Ukraine sehen Rechtsaußen wie viele nichtwestliche Regierungen eine Revanche gegen den Westen, der sich – siehe im Irak – oft genug selbst nicht an die Regeln des Völkerrechts gehalten habe. Politiker wie Krah fordern zudem, sich in Russlands Position zu versetzen und zu fragen: „Wie denkt mein Gegenüber?"[405] Solche Positionen wurden bis auf die Landesebene dekliniert. Die bayrische AfD forderte 2023 den Freistaat auf, sich als „Brückenbauer zwischen Ost und West" gegen die „gezielte Spaltung Eurasiens" durch die USA und für direkte Verhandlungen mit Russland einzusetzen.[406] Diesen Aufrufen liegt auch der Vorwurf zugrunde, der Westen habe verlernt, mit Gesprächspartnern umzugehen, die historisch-kulturell anders geprägt seien, als der Westen.

Immer wieder werfen Rechtsaußen der EU schließlich vor, Wertediskurse nur vorzuschieben, in Wahrheit werde so Interessenspolitik betreiben. So unterstellte der AfD-Europaabgeordnete Tomasz Froelich der EU, sich einerseits ständig über „fremde Einmischung" auf ihrem Gebiet zu beklagen, anderseits aber selbst in die Angelegenheiten anderer Staaten einzuschalten, etwa in Georgien. Weil sich dort politische Kräfte durchgesetzt hätten, die die „Brüsseler Agenda" nicht teilten, so Froelich, unterstütze die EU einen „Staatsstreich in Tiflis, der an den blutigen Euromaidan in der Ukraine erinnert."[407] Statt nach außen Einfluss zu üben, fordern AfD-Politiker, stärker den eigenen Raum gegen Einmischung zu verteidigen. Im Thüringer Landtagswahlkampf 2024 warb Höcke für multipolaren Regionalismus: „Der Islam hat einen Kulturraum, wo er sich auch entfalten kann [...] Aber dieser Kulturraum kann nicht Europa sein."[408] Krah nannte es im Europaparlament 2021 einen „Treppenwitz", dass gerade die Rechte Interesse daran habe, „auch mit solchen Weltgegenden Frieden [zu] haben, die eben andere Traditionen haben".[409]

4.4. GLOBALE ANSCHLUSSFÄHIGKEIT DER AFD

Während der AfD hierzulande vorgeworfen wird, hinter ihrem Plädoyer für Multipolarität stecke in Wahrheit „antiwestlicher Kulturrelativismus"[410], macht genau das die Partei in einigen Teilen der Welt satisfaktionsfähig. Dass Russland und China entsprechende Argumente seit dem Ende des Kalten Kriegs in internationalen Foren vorbringen, wurde bereits dargelegt. Im März 2023 sagte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping bei seinem ersten Besuch in Moskau seit dem Beginn der russischen Invasion der Ukraine: „Es stehen Veränderungen bevor, wie es sie seit 100 Jahren nicht

402 Vgl. Alexander Dugin, *"Jeder Westler ist ein Rassist"*, Juli 2014, (https://www.spiegel.de/kultur/jeder-westler-ist-ein-rassist-a-66c183e1-0002-0001-0000-000128101577), (abgerufen am 13.10.2025)

403 Vgl. ebd.

404 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 126

405 Vgl. Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Dezember 2021, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-12-14-INT-2-176-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

406 Vgl. Cornelius Janzen, *"Multipolare Weltordnung": Gefährliche Vision*, Juli 2024, (https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/afd-multipolare-weltordnung-bensmann-100.html), (abgerufen am 13.10.2025)

407 Vgl. Tomasz Froelich, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Januar 2025, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-01-21-INT-2017011265967_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

408 Vgl. Björn Höcke, *„Russland ist ein bedrängtes Land. Und Russland will Frieden", sagt Höcke*,

April 2024, (https://www.welt.de/250973992), (abgerufen am 13.10.2025)

409 Maximilian Krah, *Europäisches Parlament Ausführliche Sitzungsberichte*, Oktober 2021, (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-10-05-INT-2-040-0000_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

410 Vgl. Tomasz Froelich in Frederik Schindler, *„Auf diese Truppe habe ich keine Lust" – plötzlich kommt es zum Eklat*, August 2023, in (https://www.welt.de/politik/deutschland/plus246746076/AfD-Parteitag-Auf-diese-Truppe-habe-ich-keine-Lust-ploetzlich-kommt-es-zum-Eklat.html), (abgerufen am 13.10.2025)

mehr gegeben hat. Und wir treiben diesen Wandel gemeinsam voran."[411]

Immer mehr Staaten, die der Westen „Globaler Süden" nennt, scheinen überzeugt, dass die Multipolarität ihrem politischen und ökonomischen Gewicht besser Rechnung trägt. Brasiliens Präsident Lula da Silva forderte 2024 auf einem Gipfel der BRICS-Staaten[412] in Russland, das internationale Finanzsystem müsse zukünftig multipolar werden.[413] Subrahmanyam Jaishankar, Indiens Außenminister, fügte an, die „wirtschaftliche, politische und kulturelle Neugewichtung" habe den Punkt „echter Multipolarität" erreicht.[414] Auf dem BRICS-Gipfel im Folgejahr forderte der indische Premierminister Narendra Modi eine „multipolare und inklusive" Weltordnung.[415] Paul Mashatile, Vizepräsident Südafrikas, verkündete auf einem weiteren Gipfel in Russland, 2025, seine Regierung sei überzeugt davon, dass eine multipolare Weltordnung zu „nachhaltiger Entwicklung" führe.[416] Das Interesse am Beitritt zum BRICS-Verbund zeigt, wie groß das Streben nach Multipolarität ist. Herbert Wulf, der das Bonn International Center for Conversion (BICC) leitet, sieht als zentrales Anliegen der entsprechenden Staaten eine „neue Weltordnung".[417] Der Krieg Russlands gegen die Ukraine habe, so Wulf, für den Westen unerwartet, eine Stärkung der BRICS-Dynamik zur Folge gehabt.[418]

Die AfD und andere Rechtsaußen-Parteien im Westen können sich hier in einen globalen Trend einreihen, in anderen Teilen der Welt als fortschrittlich präsentieren. Theoretische Grundlagen dafür lieferten neurechte Intellektuelle vor Jahrzehnten. De Benoist schrieb in den 1970er Jahren „auf weltpolitischer Ebene fangen wir gerade erst an [...] herauszufinden, wie wir von der in Jalta [1945] festgelegten Ordnung loskommen können".[419] Im Vorwort der deutschen Ausgabe seiner „Kulturrevolution von Rechts" heißt es, „heute greifen die neurechten Gedanken" – des „Rechts der Völker" oder „Pluriversums" – „verstärkt junge Intellektuelle auf".[420] Europa, so de Benoist, müsse, wenn es die Ordnung (damals bi-, heute unipolar) durchbrechen wolle, sich statt an die Supermächte an die „jungen Nationen der Dritten Welt halten, an die einzigen aufstrebenden Kräfte".[421] Wie aufgezeigt, beziehen sich junge Vordenker der AfD aktuell wieder verstärkt auf de Benoist. Der bereits vielzitierte Benedikt Kaiser etwa, der in „Die Konvergenz der Krisen" die „Tendenz zur Vereinheitlichung der Erde" bedauert.[422]

Die „progressive" Stoßrichtung wird angesichts des Siegeszugs des Multipolarität-Konzepts von anderen Denkern des Vorfelds und ideengeschichtlich bewanderten AfD-Politikern aufgegriffen. In dem Buch „Regime Change" schreibt Martin Sellner, Verweise auf universelle Prinzipien wie Menschenrechte seien außenpolitische Waffen des Westens und würden „mit großem Erfolg bei sogenannten Farbrevolutionen gegen mißliebige Regierungen angewandt".[423] Die Forderung der BRICS-Staaten, alternative Ordnungen zu akzeptieren, greifen Europas Rechtsaußen auf, etwa, wenn Sellner den „Erhalt der ethnokulturellen Identität" Europas fordert.[424] Krah, der dem Thema „Zeitenwende und zukünftiges Völkerrecht" in seinem Buch ein eigenes Kapitel widmet, spitzt es zu: „Wie Indien regiert wird, entscheiden die Inder, in Brasilien die Brasilianer, in Afrika die Afrikaner etc. [...] Die politische Rechte will, daß in Europa die Europäer im Einklang mit

411 Vgl. Al Jazeera, *China's Xi tells Putin of 'changes not seen for 100 years'*, März 2023, (https://www.aljazeera.com/news/2023/3/22/xi-tells-putin-of-changes-not-seen-for-100), abgerufen am 27.11.2025

412 Die BRICS wurde 2009 (mit Südafrika ab 2010) als Zusammenschluss fünf aufstrebender Volkswirtschaften (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zur Förderung der wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gegründet. Die Staatengruppe versteht sich explizit als Gegengewicht zu westlich dominierten Institutionen und setzt sich für eine multipolare Weltordnung ein.

413 Vgl. Luiz Inacio Lula da Silva in Reuters, *Brazil's Lula urges BRICS to create alternative payment methods*, Oktober 2024, (https://www.reuters.com/technology/brazils-lula-urges-brics-create-alternative-payment-methods-2024-10-23/), (abgerufen am 13.10.2025)

414 Subrahmanyam Jaishankar, *Remarks by External Affairs Minister, Dr. S. Jaishankar at the BRICS Outreach Session in Kazan*, October 2024, (https://www.mea.gov.in/Speeches-Statements.htm?dtl/38461/Remarks_by_External_Affairs_Minister_Dr_S_Jaishankar_at_the_BRICS_Outreach_Session_in_Kazan), (abgerufen am 13.10.2025)

415 Vgl. Narendra Modi, *PM Modi Calls for Multipolar, Inclusive World Order at BRICS Summit in Brazil*, Juli 2025, (https://www.newsonair.gov.in/pm-modi-attends-17th-brics-summit-at-rio-de-janeiro/), (abgerufen am 13.10.2025)

416 Shipokosa Paulus Mashatile, *Remarks by the Deputy President of the Republic of South Africa*, 20. Juni 2025, (https://www.thepresidency.gov.za/remarks-deputy-president-republic-south-africa-he-shipokosa-paulus-mashatile-occasion-plenary), (abgerufen am 13.10.2025)

417 Vgl. Herbert Wulf, *Der Traum von einer multipolaren Welt – mit der Kampfansage an die Vorherrschaft des Westens zieht das Brics-Bündnis mehr und mehr Staaten des Südens* an, Oktober 2024, (https://www.nzz.ch/meinung/die-brics-staaten-und-der-traum-von-einer-multipolaren-welt-ld.1851741), (abgerufen am 13.10.2025)

418 Vgl. ebd.

419 Vgl. Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 56

420 Vgl. Michael Böhm in ebd., 20

421 Vgl. Alain de Benoist, *Kulturrevolution von rechts*, 2017, Jungeuropa Verlag, Dresden, 96

422 Vgl. Benedikt Kaiser, *Die Konvergenz der* Krisen, 2023, Jungeuropa Verlag, Dresden, 21

423 Vgl. Martin Sellner, *Regime Change von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 157

424 Vgl. ebd., 212

ihrer gewachsenen Identität entscheiden".[425] Kern des „neuen, partikularistischen Völkerrechts" und „rechter Außenpolitik" sei ein „Interventionsverbot für raumfremde Mächte".[426]

Auch in vielen zu Beginn zitierten Erklärungsansätzen für rechtspopulistische Wahlerfolge im Westen finden sich Anknüpfungspunkte für eine solche multipolare Argumentation. Goodhart hofft in „The Road to Somewhere" auf eine „bessere Globalisierung". Eine „Weltordnung, die auf vielen kooperierenden Nationalstaaten basiert" sei einer homogenen „supranationalen Einheit weit vorzuziehen".[427] Selbst die postliberalen Vorschläge Deneens, die sich ausdrücklich auf die USA und den Westen beziehen, stützen mit etwas Phantasie die multipolare Argumentation: „Was benötigt wird, ist ein Regimewechsel [...] die Schaffung einer postliberalen Ordnung, in der bestehende politische Formen bestehen bleiben können".[428]

Die AfD und ihr Vorfeld verfügen damit zweifellos über das theoretische und weltanschauliche Rüstzeug, um eine eigene Außenpolitik zu formulieren. Doch bislang fehlten den Rechtsaußen strukturierte internationale Netzwerke. Kontakte ins Ausland hängen häufig von persönlichen Verbindungen einzelner AfD-Politiker und ihres Umfelds ab. Sven von Storch zum Beispiel, der Ehemann der stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden Beatrix von Storch, pflegt offenbar sehr gute Verbindungen zu Rechtsaußen-Parteien in mehreren südamerikanischen Staaten.[429] Der AfD-Ko-Vorsitzende Tino Chrupalla reiste im August 2025, von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, nach Japan und etablierte dort Kontakte zu potenziellen Partnern für die Zusammenarbeit. Seine Ko-Vorsitzende Alice Weidel wiederum hat zu Chinas Rentensystem promoviert, dort Arbeitserfahrung gesammelt und spricht angeblich Mandarin. In Artikeln heißt es, sie werde von chinesischen Kommentatoren als „unvoreingenommen" gegenüber China und als „aufsteigender Stern" der Bundespolitik gelobt.[430]

Was bisher jedoch fehlt, ist die Kombination der Kontakte und Netzwerke in einer Strategie und im Rahmen eines schlüssigen außenpolitischen Programms. In diesem Zusammenhang muss am Ende der Untersuchung auf eine Organisation eingegangen werden, die seit 2017 existiert, bisher von der AfD aber nur eingeschränkt genutzt wird: die Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Seit Jahren klagt die AfD gegen die aus ihrer Sicht rechtswidrige Weigerung der Bundespolitik, Fördergelder freizugeben, die der Partei laut dem Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen zustünden.[431] Die derzeitige Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach, eine ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, sehen jüngere Vertreter der AfD und des Vorfelds sehr kritisch. Benedikt Kaiser zum Beispiel nennt Steinbach ein „Überbleibsel der alten Union", die über die AfD-Parteienstiftung „Traumatherapie" betreibe.[432] Steinbach blockiere Verknüpfungen in das Vorfeld der AfD, verhindere so zielgerichtete intellektuelle Vorarbeit und veranstalte lieber das „20. Seminar gegen ‚Gender-Wahnsinn'", als die europäische Vernetzung voranzutreiben.[433]

Gerade jüngere Vertreter der AfD sehen aber riesiges Potenzial in Stiftungsarbeit und Vernetzung neurechter Ideen. Dem Aufbau europäischer und transatlantischer Koalitionen über Institute wie das ungarische MCC oder Netzwerke wie die amerikanische CPAC-Konferenz wollen sie eine AfD-Stiftung zur Seite stellen, die, wie die Stiftungen anderer Parteien, „aus- und fortbildet, Stipendien vergibt und gezielt Talente fördert".[434] Markus Frohnmaier, außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, sieht darin „entscheidende Instrumente deutscher Außenpolitik" und bedauert, dass die eigene Stiftung bisher wenig Anspruch zeige „global tätig zu werden".[435] Egal wohin er reise, so

425 Vgl. Maximilian Krah, *Politik von rechts*, 2023, Verlag Antaios, Schnellroda, 127

426 Vgl. ebd., 128

427 David Goodhart, *The Road to Somewhere*, Penguin Books, London, 2017, 10

428 Patrick Deneen, *Regime Change*, Penguin Random House, 2023, xiv

429 Vgl. Leila Al-Serori et. al., *Wie die AfD ihre internationale Vernetzung forciert*, November 2025, (https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtspopulismus-wie-die-afd-ihre-internationale-vernetzung-forciert/100173543.html), (abgerufen am 28.11.2025)

430 Vgl. ebd.

431 AfD-Vertreter erwarten ein neues Urteil in Bälde. In Brandenburg wurde die Stiftung in den vergangenen Jahren bereits finanziell unterstützt, auf Bundesebene geht es aber um wesentlich höhere Summen. Vgl. etwa Lassiwe 2025, (https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/fast-100000-euro-fur-afd-nahe-stiftung-land-zahlte-unter-anderem-fur-studie-von-zweifeln-des-klimawandels-13983218.html), (abgerufen am 13.10.2025)

432 Gespräch im Mai 2025

433 Ebd.

434 Ebd.

435 Gespräch im Mai 2025

Frohnmaier, hätten „drei andere Stiftungen schon erklärt", wer er sei.[436]

Der Bundestagsabgeordnete Gerold Otten veranschaulicht den „Wettbewerbsnachteil" der AfD an einem Beispiel: Als langjähriges Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags sei er viel gereist. In Malaysia etwa habe er im Gespräch mit Vertretern einer linken Partei dort, die zuvor von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) über die AfD informiert worden seien, eigentlich „viele Gemeinsamkeiten festgestellt", aber zunächst falsche Eindrücke über die AfD korrigieren müssen.[437] Die Überzeugung, dass die Weltordnung in Zukunft multipolar sein wird, bietet der AfD in Zukunft vielerorts eine aussichtsreiche Gesprächsgrundlage. Und Ottens Überzeugung, „universelle Werte gibt es nicht", dürfte in weiten Teilen der Welt ein Türöffner sein.

Dass die AfD dieses Potenzial längst erkannt hat, zeigen auch die Aussagen weiterer Politiker. Der Europaabgeordnete Froelich berichtet aus dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments. Dort würden in jeder Sitzungswoche drei dringliche Angelegenheiten besprochen und entsprechenden Resolutionen verabschiedet. Die AfD bringe nun seit längerem „alternative Resolutionen" mit einem „non-interventionistischen und nicht-moralisierenden" Ansatz ein.[438] Beispielhaft nennt Froelich ein thailändisches Blasphemie-Gesetz, das sehr hohe Strafen für die Beleidigung des Königs vorsieht und im europäischen Parlament im März 2025 kritisiert wurde.[439] Was in Europa abgelehnt werde, so Froelich, könne in Thailand Berechtigung haben. Es stehe Europäern nicht zu, die thailändische Gesellschaft belehren zu wollen. Laut Froelich bedankte sich nach der Debatte ein thailändischer Spitzendiplomat bei ihm.[440]

Ganz ähnlich argumentierte Maximilian Krah 2024 als AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl. Immer wieder wurden ihm Kontakte zu chinesischen Regierungsvertretern vorgeworfen und er musste sich dafür rechtfertigen, dass einer seiner Mitarbeiter im September 2025 der Spionage für China schuldig befunden wurde.[441] Warum er nichtwestliche Länder bereise, werde er häufig gefragt, berichtete Krah in einem Interview und antwortete: Weil die ökonomische und politische Macht der Welt in den globalen Süden wandere.[442] Dort richte man sich nicht nach „westlichen Politikvorstellungen".[443] Und anders als„Annalena Baerbock" wolle die AfD, statt zu belehren, zuhören und wechselseitige Interessen maximieren. Krah bezieht sich wie Froelich auf seine Erfahrungen im Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments. Er wehre sich gegen neokoloniale „Anmaßungen" Brüssels, über Menschenrechte „in Aserbaidschan, in Indonesien, in Nigeria" zu entscheiden. „Diese Leute haben mittlerweile eine Verachtung und einen Hass gegenüber dem Westen, weil sie sich permanent bevormundet und geschulmeistert fühlen".[444]

436 Gespräch im Mai 2025

437 Vgl. Ebd.

438 Gespräch im Mai 2025

439 Siehe etwa: Europäisches Parlament, *Ausführliche Sitzungsberichte. Mittwoch, 12. März 2025,* (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-03-12-INT-2017017994249_DE.html), (abgerufen am 13.10.2025)

440 Vgl. Gespräch im Mai 2025

441 Vgl. Die ZEIT, *Ex-Mitarbeiter von AfD-Politiker Krah wegen Spionage verurteilt*, September 2025, (https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-09/spionagevorwurf-haftstrafe-fuer-ex-mitarbeiter-von-afd-politiker-krah), (abgerufen am 13.10.2025)

442 Vgl. Jung und Naiv, *Maximilian Krah (AfD), Spitzenkandidat bei der Europawahl – Jung und Naiv: Folge 701*, April 2024, 3:33:52, (https://www.youtube.com/watch?v=BuMZzfDUOf8&t=12832s), (abgerufen am 13.10.2025)

443 Ebd.

444 Ebd.

5. Fazit

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass die AfD kein isoliertes deutsches Phänomen ist. Die Partei muss vielmehr als Teil einer internationalen neurechten Bewegung verstanden werden. Aufstieg und ideologische Ausrichtung der AfD werden erst im Kontext einer globalen Krise des Liberalismus deutlich, wachsende Elitenkritik und eine tiefe kulturelle Verunsicherung spielen eine entscheidende Rolle. Die Partei reagiert in Deutschland auf die gleichen Verschiebungen, die in den USA, Frankreich, Italien oder Großbritannien Rechtspopulisten befördern – allerdings unter spezifischen Bedingungen: geprägt durch die deutsche Geschichte, Institutionen wie den Verfassungsschutz und eine politische Kultur, deren Umgang mit rechten Parteien noch immer viel stärker mit Tabus behaftet ist als in anderen westlichen Demokratien.

Zugleich verdeutlicht die Auseinandersetzung mit dem außenpolitischen Programm der AfD, dass es sich mithin um weit mehr als nur eine Protestpartei handelt. Die ideengeschichtlichen Wurzeln der Partei – von der „Konservativen Revolution“ über die Neue Rechte bis hin zu postliberalen Denkern wie Patrick Deneen – zeigen, dass hier ein eigenständiges Programm entsteht. Im Hintergrund von Partei und Fraktion formiert sich ein neues intellektuelles Milieu, das absehbar auch die kulturelle Machtfrage stellen will und Grundlagen der liberalen, westlichen Moderne in Frage stellt. Die AfD begreift sich in Deutschland zunehmend als Trägerin eines kulturellen und politischen Gegenprojekts zur „liberalen Demokratie westlicher Prägung“, mit einem eigenen Projekt, das auf kollektive Identität, Verwurzelung und „authentische“ Volkssouveränität setzt.

Außenpolitisch vollzieht sich aktuell ein bemerkenswerter Wandel, der jedoch nicht final ist. Teile der AfD suchen Anschluss an eine globale, postliberale Rechte, deren Zentrum nach der Wiederwahl Donald Trumps an der US-Ostküste liegt. Traditioneller Antiamerikanismus macht damit einer selektiven Annäherung Platz, getragen von der Hoffnung, dass die USA Trumps in den kommenden Jahren die ideologische Wende gegen die linksliberale Hegemonie und den „Globalismus“ anführen werden. Gleichzeitig droht der Bruch mit der bisherigen Annäherung an Russland innerparteiliche Konflikte zu befeuern. Angebote der MAGA-Bewegung zwingen die AfD, ihre geopolitische Position neu zu definieren und zu klären, ob sie Teil einer „eurasischen“ Zukunft oder einer „postliberal-westlichen“ Renaissance sein will.

Für die deutsche Auseinandersetzung mit der AfD steht fest: Die bisherige Antwort einer weitgehenden Ausgrenzung wird künftig schwerer durchzuhalten sein. Ideologien und außenpolitische Konzepte, die im Umfeld der AfD diskutiert werden, greifen weit über den nationalen Rahmen hinaus und knüpfen an Strömungen an, die in vielen westlichen Gesellschaften zuletzt an Stärke gewonnen haben und auch außerhalb des Westens zukünftig große Anschlussfähigkeit versprechen. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Ideen – jenseits moralischer Argumente und institutioneller Repression – ist dringend notwendig. Sowohl die AfD als auch die restliche deutsche Politik befinden sich hier an einer Wegscheide.

Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 25 42 31 -0
info@dgap.org
www.dgap.org
@dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

ISSN 1611-7034

Design Konzept WeDo

Foto Autor © DGAP

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.